Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 29. Dezember 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 305

1½ Millionen Erwerbslose!

In 15 Tagen Zunahme von über 250000 — Nun erst recht: Achtstundentag, Lohnerhöhung und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 Prozent.

Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000, zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung „nur" 24,4 Prozent. Die Zahl der Krisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 Prozent zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 752 000 auf über 1 000 000 gestiegen, davon 150 000 Frauen. Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 240 000.

In Wirklichkeit sind diese Zahlen noch viel höher. Erstens fehlen die Ausgesteuerten, zweitens die „nicht als bedürftig befundenen" und drittens das große Heer der durch die Witterung lahmgelegten Bauarbeiter (Maurer, Schlosser usw.), die erst nach drei bis vier Wochen Unterstützung erhalten. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen beträgt demnach mindestens 1½ Million.

Was ist zu tun?

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. Dezember.

Die „Rote Fahne" schreibt: Die Zunahme der Erwerbslosigkeit ist ein Alarmruf an das deutsche Proletariat. Selbst der „Vorwärts" mußte zugeben, „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit taucht auf. Wir glauben, daß es gebannt werden könnte, aber wir wissen nicht, ob es gebannt werden wird." So stammeln hilflos die Reformisten. Als die Arbeiterschaft während der großen Konjunktur in den Betrieben war, als die Vorbedingungen für einen sicheren Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen gegeben waren, da waren es gerade die Reformisten, die jeden Tag predigten: Ein großer Streik bedroht die Konjunktur und bringt Arbeitslosigkeit mit sich. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit da, der Achtstundentag ist nicht erobert. Die Arbeiter haben, wie erst der gestrige Schiedsspruch eines sozialdemokratischen Schlichters zeigt, den Zehnstundentag und lumpige Pfennig Lohnzulage, also stehen vor neuem ungeheuren Elend. So wird die Niederlagenstrategie der Reformisten in ganz großem Maßstabe für die gesamte deutsche Arbeiterklasse sichtbar und fühlbar.

Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand:

Gerade weil neue Massenarbeitslosigkeit droht, gerade deshalb jetzt und sofort Organisierung des Kampfes um den Achtstundentag und höhere Löhne. Gerade deshalb Durchsetzung des Metallarbeiterkampfes im Ruhrgebiet. An Stelle der reformistischen Abwürgung des Kampfes ist die Mobilisierung der Arbeiter in allen Gewerkschaften und in allen Betrieben notwendig. Kampf gegen das rationalisierte Trustkapital, für den Achtstundentag und höhere Löhne!

Reformistische Sorge um das Wohl der Bourgeoisie

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. Dezember.

Gestern fand eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre statt. Dort erklärte Eggert vom ADGB. im einleitenden Referat:

„Die gewerkschaftliche Auffassung über den Wirtschaftsverlauf nach der Rationalisierung hat sich als durchaus richtig erwiesen. Die deutsche Wirtschaft vermag sich nur voll zu behaupten, wenn sie sich den modernsten Produktionsbedingungen anpaßt und in jeder Beziehung konkurrenzfähig wird."

Das Vorstandsmitglied des ADGB., der Delegierte zu der kapitalistischen Weltwirtschaftskonferenz, erklärt in dürren Worten ein hundertprozentiges Scharfmacherprogramm. Der heutige „Vorwärts" bringt in seinem langen Bericht über die Konferenz diesen Satz als einzigen in Fettdruck auf der ersten Seite. Daraus kann man sehen, daß die „Vorwärts"-Redaktion mit Eggert sich die größten Sorgen für die deutschen Kapitalisten macht über die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Trustkapitals. Die Sorge um den Achtstundentag und menschenwürdigere Löhne kennt man bei den Reformisten nicht.

Oberstaatsanwalt Luther will die Offiziere der Oexle-Polizei reinwaschen

Berufung im Prozeß Lademann wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt

Der Prozeß der Staatsanwaltschaft Halle gegen unseren Genossen Lademann wegen Widerstandes und Bedrohung gegen hallische Polizeioffiziere vor dem erweiterten Schöffengericht am 25. Oktober d. J. hatte mit einem Freispruch geendet. Die Blamage der Spitzen der hallischen Schutzpolizei war offensichtlich, zumal die Offiziere, die als Zeugen auftraten, als unglaubwürdig vom Gericht bezeichnet werden mußten.

In der stundenlangen Verhandlung am 25. Oktober wurde unstreitig festgestellt, daß die Zeugen vorher vom Polizeimajor Fink zu einer Besprechung zusammengenommen worden waren, die Tatsache der Zeugenbeeinflussung also vorliegt. Die Urteilsbegründung bestätigte das.

In der Verhandlung am 25. Oktober war auch der Oberstaatsanwalt Luther als „Beobachter" zugegen. Das freisprechende Urteil war ein Schlag gegen die liebe Staatsautorität, konnte also den Herrn Oberstaatsanwalt keineswegs befriedigen. Es war für die Bürgerrechte selbstverständlich, daß der Freispruch des Genossen Lademann revidiert werden mußte.

Oberstaatsanwalt Luther waltet nun prompt seines Amtes. Am 24. Dezember erhielt Genosse Lademann sein „Weihnachtsgeschenk" in Form folgenden Schreibens:

In der Strafsache gegen Lademann wegen Widerstands lege ich gegen das Urteil des Schöffengerichts hier vom 25. Oktober 1927 das Rechtsmittel der Berufung ein.

Berufungsrechtfertigung

Die Bedenken, die das Schöffengericht gegen die bestimmten Aussagen der Zeugen Fink, Kegel, Kaufmann, Reichardt, Kaiser, Herz und Keilhak vorgebracht hat, vermögen deren Glaubwürdigkeit nicht zu erschüttern. Die anderen Zeugen haben keine Tatsachen angegeben, die den Bekundungen der genannten Zeugen entgegenstehen. Sie haben nur dahin ausgesagt, daß sie die Worte des Angeklagten zwar gehört haben, aber dem Wortlaute nach nicht wiedergeben können. Das liegt daran, daß sie infolge des Tumultes — die Zeugen waren teilweise auch zu Pferde — die Worte nicht verstanden haben. Dafür, daß die Polizeibeamten unter Eid falsche Aussagen gemacht haben, weil sie bei einer früheren polizeilichen Vernehmung die gleichen Angaben gemacht haben, und zwar vor einem Dienstvorgesetzten zum Zwecke eines an den Herrn Minister des Innern zu erstattenden Berichtes, liegt kein Anhalt vor.

Bei richtiger Würdigung der Zeugenaussagen hätte eine Verurteilung des Angeklagten erfolgen müssen.

(gez.) **Dr. Luther.** Oberstaatsanwalt.

Die Berufungsbegründung ist an den Haaren herbeigezogen und wirkt daher lächerlich. Wichtiger ist,

die politischen Hintergründe der Berufung

festzunageln. Lademann muß verurteilt werden! Wie das geschieht, ist dem Klassenrichter Luther schnuppe. Aber nicht nur die Verurteilung Lademanns ist notwendig, sondern auch die „Ehrenrettung" der Polizeioffiziere, sie sind ja wertvolle Glieder der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Im preußischen Landtag läuft eine kommunistische Anfrage über das Verhalten der hallischen Polizei. Diese ist bis heute noch nicht beantwortet, sicherlich nur, weil bisher das Staatsministerium sehr schlecht um die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Fink und Genossen herumkam. Die Attacke Luthers soll der preußischen Koalitionsregierung die Stellungnahme erleichtern.

Die hallischen Polizeigewaltigen mitsamt ihrem Weihnachtsmann Luther, haben also ein sehr großes Interesse an der Verurteilung Lademanns, denn es gilt das eigene Renommee zu retten und die Regierung aus einer Klemme zu befreien. Für einen sozialdemokratischen Innenminister ist es ja immer unangenehm, wenn er im Interesse der Arbeiterschaft monarchistische Offiziere rügen muß.

Die Staatsanwaltschaft kennt den Ausweg. Die Berufungsverhandlung muß vor der Strafkammer erfolgen. Dort sitzen drei stimmberechtigte Richter, an deren erzreaktionärer Einstellung nicht zu zweifeln ist. Dafür wird Luther bei der Zusammenschiebung schon sorgen. Unter allen Umständen muß das Schöffengerichtsurteil umgestoßen werden. Daß das Luther und seinen Trabanten vor der Strafkammer gelingt, ist bei der heutigen Klassenjustiz absolut nicht in Frage zu stellen.

Genosse Lademann erklärt uns nun zu der Berufung in seinem Prozeß etwa folgendes:

Ich bin freiwillig, ohne Aufhebung der Immunität, der Ladung zum Termin gefolgt. Die Methoden und Gemeinheiten der hal-

Selbstmordrekord in Deutschland

12000 bis 14000 Menschen jährlich in den Tod getrieben

Die Statistik der Todesursachen in Deutschland zeigt mit 12 000 bis 14 000 Selbstmorden im Jahre die höchste Verhältnisziffer zur Bevölkerung gegenüber fast allen Ländern der Erde. Auf 100 000 Menschen treffen in Deutschland jährlich durchschnittlich 23 Selbstmorde. Berlin steht an der Spitze aller Reichsgebiete mit der Höchstziffer von 45,4 Selbstmorden.

Diese Zahlen bilden eine krasse Anklage gegen die Herrschenden der deutschen kapitalistischen Republik. Täglich liest man — seit Jahren schon ist es das Auge gewöhnt — in den Zeitungen: **„Selbstmord beging..."** Dann ist es meistens ein junger oder alter Arbeitsloser, ein verhungerter Rentner, eine in entsetzlichem Elend befindliche, vor der Exmittierung stehende Familie. Immer wieder, in der überwiegenden Zahl der Selbstmordfälle, sind es **wirtschaftliche Ursachen**, die im heutigen Klassenstaat vollkommen zermürbte Menschen zum Gasschlauch oder anderen Arten des verzweiflungsvollen Selbsttötens greifen lassen.

Es ist nichts als Lüge zum Lobe der heutigen „gottgewollten Ordnung", wenn bürgerliche Blätter behaupten, die Selbstmordziffern seien nicht mit der Steigerung des Massenelends in die Höhe geklettert. In den Zeiten der größten Wohnungs- und Arbeitslosigkeit sind stets die höchsten Selbstmordziffern festzustellen: Unzählige Selbstmorde, die unter der Rubrik „Liebeskummer" und ähnlichem gehen, sind auf wirtschaftliche Not zurückzuführen, wobei der niederträchtige Abtreibungsparagraph 218 noch seine besondere Rolle mitspielt, junge proletarische Menschen in den Tod zu hetzen.

Beim statistischen Vergleich mit gefährlichen Krankheiten ergibt sich, daß an Blinddarmentzündung, Magenkrankheiten, Frauenkrankheiten, Tuberkulose (ausschließlich die in Proletarierkreisen so zahlreich vertretene Lungentuberkulose), Genickstarre, Ruhr, Diphtherie, Scharlach und Typhus im einzelnen **nicht so viele Menschen in Deutschland sterben, wie die Zahl der Selbstmörder ist.**

Die Sprache dieser Zahlen ist eine erschütternde Anklage gegen die herrschende unmenschliche Ausbeutungsgesellschaft. Sie ist eine revolutionäre Mahnung, die Verzweiflung dieser 14 000 jährlich in den Tod getriebenen Menschen zu beenden durch den Sturz des kapitalistischen Staates.

Stillegung bei Lindner, Ammendorf?

400 Entlassungen am 13. Januar

Nachdem wir bereits vor einigen Tagen über die Stillegungsverhandlungen bei Lindner, Ammendorf, berichteten, hat jetzt eine erneute Verhandlung mit der Regierung in Merseburg stattgefunden, die folgende Regelung festgesetzt hat: Bis zum 12. Januar wird die Belegschaft so arbeiten wie bisher. Ab 13. Januar kann die Direktion 400 Arbeiter entlassen. Als Begründung für den Entlassungsantrag gab die Direktion Absatzmangel an.

Das sind ernste Zeichen der kommenden Krise. Rüstet zur Abwehr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0001

lischen Schutzpolizei habe ich in aller Oeffentlichkeit gebrandmarkt. In der Arbeiteröffentlichkeit werden einzelne Offiziere mit Recht als unglaubwürdig bezeichnet. Das wurde von einem Schöffengericht bestätigt. Die Schöffen sind nach 1½stündiger, wie ich annehme, gründlicher Ueberlegung zu einem Freispruch gekommen. Als Schiebungs- oder Rehabilitierungsobjekt für unglaubwürdige Offiziere und für eine rationäre Staatsanwaltschaft verwandt zu werden, habe ich keine Veranlassung.

Als ich die Provokationen der Polizeioffiziere und das beabsichtigte Blutbad unter der Arbeiterschaft verhinderte, habe ich meine proletarische Pflicht getan. Das Urteil der Arbeiterschaft ist für mich maßgebend. Die Strafkammer soll von mir nicht behelligt werden. Ich werde zu den kommenden Terminen nicht erscheinen.

Nachfolge Christi

Etwas für sozialdemokratische Arbeiter

„Das Fest der Kinder um die Krippe des Jesukindes" — so nennt Radbruch im Weihnachtsartikel des „Vorwärts" das Weihnachtsfest — und so feiert er es auch. Selig sind die Armen im Geiste — denn das Himmelreich ist ihrer. Diese These der christlichen Religion hat immer den Herrschenden gefallen — und sie haben deretwegen das Christentum stets für eine nützliche Sache gehalten. Neu ist nur das eine, daß Leute, die sich für Vertreter einer unterdrückten Klasse ausgeben, an dem gleichen Volksverdummungsmittel Gefallen finden — wobei sie es nur ein wenig modernisieren wollen. „Wir Sozialisten aber büßen uns als die echten Jünger in einer anderen Zeit fühlen des Zimmermannssohnes, des Freundes der Armen, des Helden am Kreuz." Natürlich muß man mit der Zeit gehen: „Allzulange hat man sich den Christenmenschen unter dem Bilde der schlichten Herzensgüte gedacht, man wird sich gewöhnen müssen, auch in dem scharfblickenden Gesellschaftskritiker und Gesellschaftsreformer den Geist des Christentums zu finden." Denn die Lehre des Jesus von Nazareth — „sie ist in der Tat zum Sauerteig geworden, der die Welt durchsäuert hat". Sie war die geschichtliche Kraft, die die Umwälzungen der Gesellschaftsverfassung am Ausgange der Antike bewirkte — und nicht etwa bloß der Ausdruck der ökonomischen Umwälzungen in den Gehirnen der Menschen, wie ein gewisser Marx (Karl, nicht Wilhelm) behauptet haben soll. Aber damit hat die christliche Religion ihre Wirksamkeit nicht verändert: „Nach der Reformation aber wurde das Christentum auch zum Hebel der modernen Welt. Die Geschichtswissenschaft hat nachgewiesen, daß das Verlangen nach religiöser Freiheit die häretische Freiheit allererst hervorgebracht, daß protestantische Wirtschaftsethik den Kapitalismus geschaffen (!!) hat, daß also in der Staatsform wie in der Wirtschaftsform der Neuzeit christliche Motive wirksam geworden sind."

Ist das nicht klassisch? Das Christentum hat erst den Feudalismus geschaffen und dann das „Verlangen nach religiöser Freiheit" und daraus wurde der bürgerliche Staat. Und weil die Calvinisten durch ihre religiöse Weltanschauung zu wirtschaftlicher Aktivität, zu kühnen Unternehmungen gedrängt wurden (damit jeder am Gelingen oder Fehlschlagen dieser Unternehmungen schon im Diesseits feststellen könnte, ob er zu den zur ewigen Seligkeit Bestimmten gehöre) — darum entstand der Kapitalismus. Das lehrt die „Geschichtswissenschaft" — fragt sich nur, welche. Aber ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode: wenn das Christentum in stets veränderter Gestalt Feudalismus und Kapitalismus produziert hat — warum soll es nicht auch den Sozialismus produzieren können? Warum soll man nicht in der Gestalt des Gesellschaftsreformers den Geist des Christentums finden? Seinerzeit war das Christentum zur Lösung sozialer Probleme ganz gut geeignet.

In den Massen Illusionen über die Möglichkeit einer kampflosen „Beseitigung" des Elends auf dem Wege der Ueberzeugung der Ausbeuter erwecken, das war die Funktion des Christentums zu alten Zeiten, auch zu der seiner Entstehung — wobei seine Gründer noch (im Gegensatz zu Radbruch) das eine zu ihrer geschichtlichen Rechtfertigung anführen können, daß sie zu einer Zeit lebten, wo ein praktischer Ausweg aus dem Massenelend unmöglich und unsichtbar war und daß sie wenigstens Menschen, denen sie nicht helfen konnten, getröstet haben — während Radbruch und ähnliche „christlich-soziale" Schwätzer Menschen, die sich, wenn man ihnen den richtigen Weg zeigt, selber helfen könnten, vom Kampfe abhalten, indem sie fälschlicherweise behaupten, ihnen helfen zu können.

Denn freilich — das Christentum muß mit der Zeit gehen. Zur Zeit seiner Entstehung waren nach Radbruch die Liebesmahle und Sammlungen für die Armen eine zweckmäßige Lösung der sozialen Frage — heute genügt dies nicht mehr: „Franziskanische Liebeseinfalt genügt nicht mehr, sie muß den konstruktiven Sozialverstand in ihren Dienst nehmen." Warum auch nicht? Wenn das Christentum Feudalismus und Kapitalismus geschaffen hat, warum soll es nicht den Sozialismus „konstruieren" können? Die Lösung der sozialen Frage ist furchtbar einfach: hinein in die christliche Kirche: Gelingt es, sie für den „konstruktiven Sozialverstand" zu gewinnen, dann ist alles weitere ein Kinderspiel: das erneuerte Christentum wird auch eine neue Gesellschaftsordnung produzieren. „In diesem Sinne ist Sozialismus die wahre Nachfolge Christi" schreibt Radbruch. Wir können ihm nur zur einen Hälfte Recht geben: Nachfolge Christi mag das sein, was er sagt — aber Sozialismus ist es nicht. Es ist, mag er sich sträuben, soviel er will — das „Fest der Kinder an der Krippe des Jesuskindes", das ihnen, wenn nicht mit Taten, so doch mit schönen Worten helfen soll, daß die Ausbeuter friedlich überzeugen soll — weil sie nicht den Mut haben, sich selber zu helfen. Den sozialdemokratischen Arbeitern, die sich noch nicht als „Kinder des Jesuskindes" fühlen, wollen wir empfehlen, nehmt Radbruchs Artikel, liest ihn ausführlich — und denkt darüber nach, was aus Eurer Partei geworden ist. G. F.

132 Milliarden oder 40 Milliarden?

Reparationen und interalliierte Schulden

Die Ententepresse setzt die Diskussion über die Höhe der deutschen Reparationsverpflichtungen, die durch den Bericht des Reparationsagenten ausgelöst wurde, fort. Der Pariser „Temps" kommt ausführlich auf die Erklärungen Poincarés und des ehemaligen Vorsitzenden der Reparationskommission, Dubois, in der französischen Kammer zurück, um mit aller Entschiedenheit zu unterstreichen: „Dubois hat erklärt, daß die Reparationsschuld Deutschlands am 27. April 1921 in London mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde. Der 1924 angenommene Sachverständigenplan (Dawes-Plan) kann daran nichts ändern." Dubois erklärte, daß er in diesem Sinne bereits an die Reparationskommission geschrieben hat, um jeder Konfusion vorzubeugen. Poincaré hat festgestellt, daß nur die alliierten Regierungen gemeinsam diese Summe ändern könnten. Es ist aber überhaupt unmöglich, die Höhe der deutschen Zahlungsverpflichtungen zu diskutieren, wenn man sich nicht vorher über die interalliierten Schulden geeinigt hat.

Ob man es wahrhaben will oder nicht: **Es gibt keine Möglichkeit einer Revision der Reparationen, als durch Vereinbarung aller interessierten Alliierten, die kann aber nur ins Auge gefaßt werden durch eine enge Verbindung des Reparationsproblems mit dem der interalliierten Schulden. Die Lösung der einen Frage hängt von der anderen ab. Solange die Vereinigten Staaten an dem Standpunkt festhalten, daß sie ohne Rücksicht auf die Erfüllung oder Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen ihre Kriegsschuldenforderungen von den Alliierten rücksichtslos eintreiben,** kann die Revision des Dawes-Planes nicht diskutiert werden. Die einzige Lösung ist die parallele Streichung der alliierten Schulden und der deutschen Reparationen, wobei Deutschland den Ueberschuß seiner Verpflichtungen weiterzahlen müßte."

Die französische Linkspresse erklärt, daß Poincaré rechtlich vollkommen richtig handle, praktisch aber Unmögliches fordere. Die deutschen Reparationsverpflichtungen belaufen sich nach dieser Linkspresse auf rund 40 Milliarden Goldmark. Ungefähr denselben Gedankengang entwickelt der Londoner „Daily Telegraph", der zu dem Ergebnis kommt, daß die von Poincaré geforderte Gesamtsumme von 132 Milliarden Mark praktisch unmöglich wäre, weil sie von Deutschland **Jahreszahlungen in der Höhe von 6,4 Milliarden erfordern** würde. Die im Dawes-Plan festgesetzte Jahreszahlung von 2,5 Milliarden entspräche einer Gesamtschuld von 40 Milliarden.

Die italienische Presse, so „Popolo d'Italia", schreibt ebenso wie die französische, daß von einer Herabsetzung der deutschen Reparationssumme, die rechtlich nach wie vor 132 Milliarden beträgt, nur die Rede sein könnte, **wenn Amerika seine Schuldenforderungen an die europäischen Alliierten ermäßige.**

Der zehnte Jahrestag der GPU. (Tscheka)

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter)

Die Feier des zehnjährigen Jubiläums der Tscheka-GPU. gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung für dieses scharfe Schwert der proletarischen Diktatur, den Wachtposten der Revolution.

Auf dem Roten Platz, unter dem eiskalten, neblig blauen Winterhimmel, marschierten am 18. Dezember vormittags im wuchtigen Gleichschritt die militärischen Formationen der GPU. auf, mit verhängten Zügeln jagten die Kavallerie-Eskadronen über den knirschenden, hartgefrorenen Boden am Lenin-Mausoleum vorüber, Automobile und Motorradfahrer bildeten in gleichmäßiger, rasender Fahrt symmetrische Figuren. Die Parade auf dem Roten Platz wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kollegiums der GPU., Genossen Jagoda, abgenommen.

Am Abend fand die feierliche Sitzung des Moskauer Sowjets zu Ehren der Tscheka-GPU. zusammen mit den Parteiorganisationen, den Sowjetinstitutionen und Gewerkschaften im Großen Theater statt. Der gesamte Saal, in dem Tausende von Gästen anwesend waren, war mit Fahnen und revolutionären Losungen geschmückt. Ueber dem Präsidium hing ein überlebensgroßes Bild des Organisators der Tscheka, Genossen Dscherschinski, und ein gewaltiges Transparent mit der Inschrift: „Die Weltbourgeoisie verwünscht die GPU., es lebe die GPU." Die Genossen Kalinin, Woroschilow, Bucharin und andere gedachten der heroischen Vergangenheit der Tscheka-GPU. und wiesen auf die gewaltigen bevorstehenden Aufgaben dieses Wachtpostens der Revolution hin.

Die Arbeiterschaft Moskaus war durch zahlreiche Demonstrationen vertreten, außerdem waren aus der ganzen Sowjetunion Abgesandte der Arbeiter und Bauern erschienen. Delegierte aus der Ukraine übergaben dem Kollegium der GPU. das Modell eines Hochofens mit der Inschrift „Die GPU. möge in diesem Hochofen die Konterrevolution einschmelzen, wie wir in ihm das Erz schmelzen." Die Begrüßungsansprachen der Arbeiter wurden von dem Vorsitzenden des Kollegiums der GPU., Genossen Menzhinski, beantwortet.

Aber nicht nur in diesen offiziellen Feiern auf dem Roten Platz und im Großen Theater wurde das Jubiläum der Tscheka-GPU. festlich begangen, sondern auch in der gesamten Sowjetpresse, die voll ist von Würdigungen der gewaltigen Leistungen der Tscheka-GPU. und ihres großen Organisators, Genossen Dscherschinski, sowie in den Fabriken, Betrieben und Arbeiterklubs.

In dem Befehl des Kollegiums der GPU. zum 10. Jahrestage heißt es u. a.: „Lenin war der Gründer, Dscherschinski der Organisator, das ZK. der KPSU. der Führer, aber die Arbeiterklasse der Stützpunkt der Tscheka-GPU."

Stresemann findet den Beifall der SPD.

Um den Wahltermin

(Eig. Meld.) **Berlin**, 28. Dezember.

Stresemann teilt durch die „Tägliche Rundschau" über den Termin der Reichstagswahlen mit, „daß von irgendwelchen Vereinbarungen schon deshalb nicht die Rede sein könne, weil die Festsetzung des neuen Wahltermins von dem Willen des Reichsaußenministers in keiner Weise abhängig sei". (?!)

„Es ist aber soviel sicher, daß der Reichstag unter allen Umständen zusammengehalten werden muß, bis der Haushaltungsplan für 1928 verabschiedet ist. Ob dies bis zum rechtzeitigen Termin des 1. April oder wie in früheren Jahren noch wochenlang später erfolge, sei nicht zu entscheiden."

Wie „ernst" die SPD.-Führer ihren Kampf gegen die Bürgerblockregierung und zur Auflösung des Reichstages nehmen, geht daraus hervor, daß der „Vorwärts" die Ansicht Stresemanns über den Wahltermin bestätigt, in dem er schreibt: „Recht geben kann man der „Täglichen Rundschau" darin, daß der Etat für 1928 noch verabschiedet werden muß . . . Ganz irrig ist die Annahme, die Sozialdemokratie versteife sich auf den Frühjahrstermin und sie tue das aus parteipolitischen Gründen. Nur staatspolitische Gründe sprechen für die Frühjahrswahlen."

Mitschuld der SPD. am Phöbus-Skandal

(Eig. Meld.) **Berlin**, 28. Dezember.

Die Bürgerblockregierung stellt sich auch weiterhin in jeder Beziehung schützend vor die Hintermänner der Phöbus-Skandalaffäre. Nachdem der Sparkommissar Saemisch den Reichskanzler Marx unterrichtete und dieser seinerseits die Reichstagsparteiführer, natürlich mit Ausnahme der Kommunisten, über das Ergebnis der Untersuchung informierte, hat man in der Oeffentlichkeit bisher noch nichts über die Ergebnisse der Untersuchung und der Verschleuderung von 10 Millionen Steuergelder erfahren.

Die „Tägliche Rundschau" wendet sich in ihrer heutigen Abendausgabe in der schärfsten Weise gegen die „Aufbauschung" der Phöbus-Affäre durch die Linkspresse, indem sie schreibt: „Zunächst einmal ist der Bericht des Sparkommissars Saemisch noch nicht abgeschlossen, kann also schon aus diesem Grunde nicht veröffentlicht werden . . . Die Linke verlangt über die Information der Parteiführer hinaus eine offene parlamentarische Behandlung dieser Angelegenheit und stellt in Aussicht, der Reichstag werde die Veröffentlichung dieses Berichts erzwingen. Demgegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß diesem drohenden Hinweis der Linkspresse die parlamentarischen Machtverhältnisse in keiner Weise entsprechen. Im Reichstag wird die Mehrheit darüber zu entscheiden haben, wie diese Frage behandelt wird, und dabei wird weder den Sozialdemokraten und erst recht nicht den Demokraten eine entscheidende Stimme zufallen.

Im übrigen eignet sich diese Angelegenheit durchaus nicht als Agitationsobjekt gegen die gegenwärtige Regierung. Die Maßnahmen, die in Betracht kommen, fallen nicht der Verantwortung der gegenwärtigen Regierung zur Last, sondern erstrecken sich zurück in Zeiten, in denen eine andere Regierung am Ruder war. Das gegenwärtige Kabinett befindet sich, wenn man so sagen will, in der Rolle des Staatsanwaltes, der die nötige Aufklärung zu schaffen hat."

Die Aeußerung der „Täglichen Rundschau" über die „Verantwortlichkeit früherer Regierungen für den Phöbus-Skandal ist außerordentlich interessant und werden sich vornehmlich die SPD.-Führer über ihre frühere Tätigkeit in der Reichsregierung usw. äußern müssen.

Aufruf zum Kampf in Rheinland-Westfalen

(Inprekorr.) **Moskau**, 27. Dezember.

Anläßlich des Vorstoßes gegen die Arbeiter der deutschen Schwerindustrie richtet das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale an die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs einen Aufruf, worin es zu einer Unterstützungsaktion für die bedrängten Arbeiter der deutschen Schwerindustrie auffordert.

In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Es geht nicht an, abzuwarten, bis die Initiative zum Kampfe von den Streikbrechern ergriffen wird, die an der Spitze der deutschen Gewerkschaften stehen. Es gilt, die Massen zu mobilisieren durch Betriebskomitee, durch besondere Einheitskomitees, durch Konferenzen der Betriebskomitees und durch Aktionskomitees.

Arbeiter Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, der Kampf in der deutschen Schwerindustrie ist Euer Kampf, denn die deutschen Schwerindustriellen werden von dem europäischen Stahltrust unterstützt. Die Niederlage der deutschen Metallarbeiter wird auch Eure Niederlage sein. Seid dessen eingedenk, daß dieser Kampf nach dem englischen Bergarbeiterstreik der zweite Konflikt ist, der sich auf das Leben und den Kampf des gesamten europäischen Proletariats unmittelbar auswirken wird. Werdet nicht zu Streikbrechern. Keine einzige Tonne Stahl und Eisen nach Deutschland!"

Fememörder Voß frei

Im Fememordverfahren gegen Nikolai Reim und Feldwebel a. D. Voß beim Landgericht III in Berlin wurde Voß auf freien Fuß gesetzt, da „bei ihm eine Verdunkelungsgefahr nicht besteht". Der ins Ausland geflohene und in Sizilien verhaftete Reim bleibt in Untersuchungshaft.

Bei Fememördern besteht keine Verdunkelungsgefahr — für die Klassenjustiz. Die sieht sie nur bei verhafteten revolutionären Arbeitern.

Becher auf der Rückreise nach Deutschland

Vor seiner Abreise aus Moskau nach Berlin sprach sich der deutsche Schriftsteller Becher einem Mitarbeiter der Zeitung „Truch" gegenüber folgendermaßen aus: „Ich kehre nach Deutschland zurück in Verbindung mit den am 18. Januar beginnenden Gerichtsverhandlungen gegen mich, wegen Anklage des „Hochverrats". Dieser soll darin bestehen, daß ich einen Roman unter dem Titel „Levisit" geschrieben und veröffentlicht habe. (Levisit ist eines der giftigsten und gefährlichsten Gase, die im Kriege angewendet wurden.)

Der Roman, in dem ich mich bemüht habe, ein Bild des kapitalistischen Europas zu geben, welches die vollkommensten Mittel der Vernichtung der Menschheit erfindet, ist auf Anordnung der Berliner Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, die in ihm eine „Untergrabung" der deutschen demokratischen Republik und eine Aufforderung zum Aufstand erblickt hat.

Ich könnte natürlich in der USSR. bleiben, wie es mir meine Freunde vorschlagen, doch ich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Gerichtsverhandlung die ganze Verlogenheit der in Deutschland angeblich bestehenden „demokratischen Pressefreiheit" vor der ganzen Welt aufdecken wird."

Ein neuer Schandschiedsspruch

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 28. Dezember.

Der Reichsarbeitsminister Brauns hat für die Eisenindustrie im Siegener Land eine Entscheidung gefällt, die absolut in der Linie seines Schandschiedsspruches für die Großeisenindustrie für Rheinland-Westfalen gehalten ist.

Die Siegener Eisenindustrie hatte beim Bürgerblockminister Brauns beantragt, wegen ihrer „besonderen Notlage" das Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Juli 1927 auf einen Zeitraum von drei Jahren hinauszuschieben. Brauns wagte es zwar nicht, diesem Wunsche der Großindustriellen sofort und in vollem Umfange stattzugeben, er bestimmte jedoch, daß die Siegener Großeisenindustriellen einen Aufschub für das Inkrafttreten der Verordnung bis zum 31. Jan. 1928 erhalten. Für diejenigen Werke, die einen weiteren Aufschub beantragten, bewilligte er, um die Prüfung der einzelnen Anträge später zu ermöglichen, einen weiteren Aufschub bis zum 31. März 1928. Weitere Hinausschiebungen werden nach der Prüfung der einzelnen Anträge entschieden werden

Starke Differenzen im Lager der französischen Reformisten

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 29. Dezember.

In der Mittwochvormittagssitzung des Parteitages der französischen Sozialdemokratie wurde das Programm der französischen Gewerkschaftler sogar von diesem opportunistischen Kongreß als zu bürgerlich abgelehnt. In der Nachmittagssitzung gab es eine Debatte über die Wahltaktik, bei der Zyromski für eine gegenseitige Unterstützung von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die radikalen und bürgerlichen Kandidaten eintrat. Die Radikalen traten für „größtmöglichste Bewegungsfreiheit" ein. Die Debatte fand damit ihren Abschluß. Darauf trat Paul Faure auf mit dem Appell zur „Einigkeit", d. h. einem Aufruf zu der üblichen opportunistischen Verkleisterung aller Gegensätze und Widersprüche.

In den Abendstunden trat eine Kommission zusammen, die im Laufe der Nacht eine Resolution ausarbeiten wird, in der „durch gemeinsame Formulierungen die Gegensätze überbrückt werden sollen, und zwar in der Richtung, daß man am besten den Bezirksverbänden selbst die Entscheidung über die zweckmäßigste Taktik überläßt".

Die Sozialdemokraten gegen die Rheinlandräumung

(Eig. Meldg.) **Paris**, 28. Dezember.

Auf dem französischen Parteitag sprach gestern abend in der außenpolitischen Debatte Paul Boncour u. a. über die Rheinlandräumung. Er wandte sich gegen eine sofortige Räumung des Rheinlandes und erklärte, daß seine Stellungnahme im Einverständnis mit den SP.-Führern in Deutschland erfolge, die gleich ihm überzeugt seien, „daß die Räumung von gewissen Bedingungen für die Sicherheit abhängig sei".

In der heutigen Sitzung kam es bei der Diskussion über das Verhältnis der SPF. zum Gewerkschaftsbund der CGT. zu starken Zusammenstößen, weil der Gewerkschaftsbund kürzlich ein Programm herausgegeben habe, das so bürgerlich ist, daß es selbst von der bürgerlich-radikalen Partei stark angegriffen werden konnte. Der „Vorwärts" berichtet: „Leon Blum gelang es schließlich, die unerfreuliche Diskussion (!!) abzuschließen".

Im Reichsfinanzministerium finden heute Besprechungen über die Besoldung der Angestellten bei den Reichsbehörden statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0002

Hungersnot in Nordchina

Europäer in Schantung bestätigen die Meldung der Gesellschaften zur Linderung der Hungersnot, daß vier Millionen Menschen nahe am Verhungern sind. In 35 Bezirken von den 107 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Prozent der Ernte tatsächlich eingebracht worden, in 30 anderen Bezirken zwischen 10 und 40 Prozent. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist noch nicht erreicht. Früher wohlhabende Bauern verschleudern ihre Viehbestände für geringfügige Beträge, um auszuwandern. Die Lokalbehörden geben der Dürre und dem Heuschreckenfraß sowie der drückenden Besteuerung die Schuld an der Hungersnot. Aehnliche Verhältnisse herrschen in Taningsi im südlichen Tschili, wo nur 20 Prozent der Ernte eingebracht werden konnten.

Englische Kriegsschiffe gegen das revolutionäre China

(Eig. Meldg.) London, 28. Dezember.

Für die Unterstützung der Konterrevolutionäre in Kanton durch den englischen Imperialismus ist die Meldung der „Times" bezeichnend, nach der der britische Zerstörer „Seraph" gestern eine Anzahl italienischer Geistliche und Schwestern, die in den letzten Tagen von Kommunisten gefangen worden waren, „befreite".

Neue Erfolge revolutionärer Truppen?

(Inprekorr.) Schanghai, 27. Dezember.

Hiesigen Meldungen zufolge wurden Waichow und Tschengschin, hundert Kilometer westlich von Kanton, von revolutionären Truppen Ho Lungs und Yeh Tings besetzt.

Massenproteste gegen den weißen Terror in China

(Inprekorr.) Moskau, 27. Dezember.

Aus Tschita, Omsk, Chabarowsk, Samara, Nishni-Nowgorod und anderen Städten werden Massenprotestversammlungen gegen die Greuel der chinesischen Konterrevolution gemeldet. Die angenommenen Resolutionen bringen die Solidarität der Werktätigen der Sowjetunion mit den chinesischen Arbeitern und Bauern zum Ausdruck und verlangen Schutzmaßnahmen für die Sowjetbürger in China.

Der polnische Arbeitsminister über die Arbeitszeit

(Eig. Meldg.) Berlin, 28. Dezember.

Wie TU. meldet, hat der polnische Arbeitsminister eine Verordnung erlassen, die in Ost-Oberschlesien ab 1. Januar 1928 in den Eisenhütten-Stahlwerken, Stahlgießereien, ferner bei Generatorenbetrieben, Beizereien, Zinkhütten und bei der Blei- und Silberhütte in Friedrichshütte den Achtstundentag einführt.

Die Hütten werden in der Verordnung außerdem aufgefordert, bis zum 1. Februar 1928 dem Mobilmachungskommissar einen Plan vorzulegen, der die Ueberleitung der restlichen Betriebskategorien zum Achtstundentag spätestens bis 1. September 1928 regelt. In Ausnahmefällen (!!) soll dieser Termin bis zum 1. November 1928 verschoben werden. Die Betriebsräte der Hütten werden in den nächsten Tagen in einer Konferenz zu dieser Verordnung Stellung nehmen.

*

Die obige Meldung ist völlig unklar. Es ist darin nicht enthalten, ob mit der Einführung des Achtstundentages das Dreischichtensystem eingeführt wird usw., zum anderen ist auch nichts über die Neuregelung der Lohnfrage gesagt. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich bei dem Erlaß des polnischen Arbeitsministers um ein ähnliches Monstrum, wie das, das der Bürgerblockminister Brauns bezüglich der Einführung des Achtstundentages in der Großeisenindustrie für Deutschland herausgegeben hat.

Brotteuerung in Frankreich. Die Erhöhung der Agrarzölle hat zum zweiten Male innerhalb 14 Tagen zur Heraufsetzung des Brotpreises um weitere 10 Prozent geführt. Auch die Preise der anderen Lebensmittel befinden sich in einer scharf ansteigenden Aufwärtsbewegung.

In der Warschauer Kathedrale wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt.

In einem Jahre 84 neue Großbetriebe

Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion

Den obersten Wirtschaftsbehörden der Sowjetunion liegt gegenwärtig

das Programm der Entfaltung der Industrie für das Jahr 1927/1928

(das Wirtschaftsjahr in der USSR. dauert vom 1. Oktober bis 30. September) zur Bestätigung vor. Nach diesem Programm wird im laufenden Jahre der Bau von 84 neuen großen Unternehmungen beginnen. Der Wert der Fabriken, Bergwerke, Sägewerke, Werften usw., deren Bau im laufenden Jahre in Angriff genommen wird, beziffert sich auf 552 Millionen Rubel.

Es wird ferner der im vorigen Jahre in Angriff genommene Bau von 40 Fabriken und Werken zu Ende geführt.

Außerdem enthält das Programm große Posten für die Neuausrüstung der bestehenden und für den Bau neuer Werkstätten in bereits vorhandenen Betrieben.

Die neuen Fabriken und Werke werden 200 000 Arbeitslosen Beschäftigung geben.

Die größte Anzahl der im laufenden Jahre begonnenen Betriebsbauten entfällt auf die Metallindustrie. Zehn neue große Metallfabriken werden bereits Mitte oder Ende des Wirtschaftsjahres in Betrieb gesetzt.

Die größten unter ihnen sind eine Werft, die bereits zu Ende des Jahres neue Schiffe vom Stapel lassen wird, eine Schraubenfabrik mit der Produktionskapazität von 7½ Millionen Rubeln jährlich usw.

In 80 Metallbetrieben werden große Neuausrüstungsarbeiten vorgenommen. Diese Arbeiten sind in vielen Fällen von nicht geringerer Bedeutung als der Bau neuer Betriebe. So werden zum Beispiel auf die Neuausrüstung der Djershinski-Metallfabrik ungefähr 10 Millionen Rubel verausgabt. In der Frunse-Fabrik wird die Gußeisenproduktion infolge der Neuausrüstung auf das Dreifache erhöht. Die Neuausrüstung und der Bau neuer Werkstätten wird die Produktionskapazität der Kominiern-Lokomotiv-Fabrik in Charkow von 6 auf 11 Millionen Rubel jährlich erhöhen. Ebenso werden in vielen Betrieben des Moskauer und des ukrainischen Maschinenbautrusts große Neuausrüstungsarbeiten durchgeführt.

Auch die elektrische Industrie wird in diesem Jahre durch mehrere große Betriebe bereichert. In Moskau wird u. a. der Bau der Fabrik „Transformator" zu Ende geführt, die 2400 Arbeiter beschäftigen wird. In Leningrad befindet sich das zentrale elektrotechnische Laboratorium des Schwachstromtrusts im Bau. Außerdem werden 14 elektrotechnische Betriebe im laufenden Jahre neu ausgerüstet.

Bau von Brikettfabriken im Donezbecken

Die Sowjetregierung plant im laufenden Wirtschaftsjahr 1927/28 den Bau von zwei Brikettfabriken im Donezbecken, und zwar im Tschistjakowski-Bergwerk und im Bergwerk „Parischskaja Kommuna". Die Gesamtproduktion der beiden Fabriken soll sich auf 350 000 bis 400 000 Tonnen Briketts jährlich stellen. Die Baukosten sind auf 2 Mill. Rubel veranschlagt worden, wovon 1 250 000 Rubel noch in diesem Jahr verausgabt werden sollen. Die Bauprojekte für die beiden Brikettfabriken sind nach Deutschland zur Begutachtung gesandt worden.

Die Kinderobdachlosigkeit geht zurück

Vor kurzem tagte im Kreml die Kinderkommission des WZEK. Im Laufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß die Bekämpfung der Kinderobdachlosigkeit große Fortschritte gemacht hat. Die Gesamtzahl der obdachlosen Kinder betrug Anfang 1927 zirka 70 000. Im Laufe der nächsten drei Jahre wird die Kinderobdachlosigkeit liquidiert sein.

Es wird beabsichtigt, im Laufe dieser drei Jahre 68 000 Zöglinge aus den Kinderheimen zu entlassen und einen bedeutenden Teil derselben (25 000) in Betrieben unterzubringen. Die übrigen werden in Gewerbeschulen, im Handwerk, in der Landwirtschaft usw. untergebracht.

Statt der entlassenen Zöglinge werden ebenso viele obdachlose Kinder in die Heime aufgenommen.

Es wird ferner die Errichtung neuer Kinderanstalten für 37 000 obdachlose Kinder, sowie in einigen Fällen die Erweiterung bereits bestehender Anstalten geplant.

Besondere Aufmerksamkeit wird im Arbeitsplan der Kinderkommission der gewerblichen beruflichen Ausbildung der Zöglinge der Kinderanstalten zugewendet. Zu diesem Zweck sieht der Plan eine Ausgabe von über 2 Millionen Rubel vor.

Im Jahre 1926/27 wurden in der Sowjetunion und den autonomen Republiken zur Bekämpfung der Kinderobdachlosigkeit und Verwahrlosung über 46 Millionen Rubel verausgabt.

Ueber 7000 Kinder, d. h. um 60 Prozent mehr als im Vorjahre, wurden in Bauernfamilien untergebracht.

Zahl der Amnestierten

Laut der Statistik der Haupt-Gefängnisverwaltung der Sowjetunion ist ein großer Teil der Gefängnisinsassen von der Amnestie erfaßt worden. Allein aus 50 Gefängnissen (Gesamtzahl der Gefängnisse 395) sind 19 687 Personen laut den Bestimmungen der Amnestie entlassen worden. Der weitaus größere Teil der Amnestierten sind Personen, die zum erstenmal mit den Gerichten in Konflikt geraten sind. Mehrfach Vorbestrafte befinden sich in der Kategorie der Personen mit geringen Freiheitsstrafen, d. h. sie sind keine sozial-gefährlichen Elemente.

Die Befürchtungen, die von manchen Seiten geäußert wurden, die Amnestie würde eine Zunahme der Verbrechen zur Folge haben, haben sich als unbegründet herausgestellt. Es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß nur Wenige der Amnestierten wieder ins Gefängnis zurückwandern werden.

Die trotzkistische Opposition verliert ihre letzten Anhänger

Die Oppositionäre des Urals strecken ihre ideologischen und organisatorischen Waffen

Vier Mitglieder der Uraler trotzkistischen Fünferkommission, Bobylow, Stepanow, Tscherepanow und Jegarow, die in den Reihen der aktivsten und besten Mitarbeiter der trotzkistischen Opposition standen, richten an die Kontrollkommission ein Schreiben, in dem sie sich von den ideologischen Auffassungen der Opposition lossagen und ihre bisherige Fraktionsarbeit als ein Verbrechen gegen Partei und Arbeiterklasse bezeichnen. Sie liefern das ganze Oppositionsmaterial, das in ihren Händen war, aus und bitten, persönlich vor der Kontrollkommission erscheinen zu dürfen, um ausführliche mündliche Aussagen über die ganze Arbeit der Opposition zu machen.

Auch die letzten Anhänger, die die Opposition in Betrieben hatte, kehren ihr den Rücken. Einige Moskauer Arbeiter haben eine Erklärung abgegeben, in der sie ihren ideologischen und organisatorischen Bruch mit der Opposition mitteilen und erklären, „der XV. Parteitag habe ganz richtig beschlossen, als er die Zugehörigkeit zur Opposition und die Propaganda ihrer Auffassungen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei bezeichnete". Diese Genossen schreiben, sie wären nach dem aufmerksamen Studium der Arbeit und der Beschlüsse des XV. Parteitags zu dieser Ueberzeugung gekommen.

Eine andere Gruppe ehemaliger Oppositionsanhänger schreibt: „Der XV. Parteitag hat die Geschlossenheit der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei demonstriert und uns die Augen darüber geöffnet, daß unsere Auffassungen auf falscher Grundlage — auf dem Unglaube n an die Kräfte der Arbeiterklasse — fußten."

Große Empörung herrscht in der bürgerlichen Presse über den Kampfaufruf der Roten Gewerkschaftsinternationale zum Kampf in der Schwereisenindustrie. Die Bourgeoisie begreift, daß die geforderte internationale Abwehrfront ihr tödliche Schläge versetzen kann.

Das heimsuchte Litauen zählt nach amtlichen Feststellungen 2 225 520 Einwohner, wovon noch 139 102 Personen für das Memelgebiet abgehen. Die nationale Zusammensetzung verschweigt die Statistik.

Der falsche Prinz

HARRY DOMELA

Mein Leben und meine Abenteuer

Copyright 1927 by Malik-Verlag / Berlin [46

Die Frau Kammerherr sah hilfesuchend nach ihrem Gemahl. Sie wußte gar nicht mehr, ob sie noch ein Wörtchen sagen sollte oder nicht. Nervös spielte sie mit ihrer Halskette. Sie hielt es jedoch für klüger, ihrem Gemahl die Unterhaltung zu überlassen. Der alte Kammerherr polterte jetzt los. „Ebert ist ein Verräter, jawohl! Sie haben alle dafür gesorgt, daß die Siegesstimmung verflog. Aufhängen hätte man die Kerle sollen, die den Munitionsarbeiterstreik geduldet haben." — „Nun," erwiderte ich kühl, „hören wir auf davon!" Die beiden waren ganz aus der Fassung geraten. Wie erschlagen saßen sie vor mir. Wir sprachen nur noch von gleichgültigen Dingen. Ein ungezwungener Ton wollte nicht mehr aufkommen. Die Intimität der Unterhaltung war zerrissen. Daher trank ich bald mein Glas Wein aus und verabschiedete mich. Der alte Kammerherr begleitete mich. Schweigend ging er eine Weile neben mir her. Dann schlug er plötzlich einen burschikosen Ton an und machte mich auf einige Leute aufmerksam, die uns begegneten. Ich hatte zunächst angenommen, die offene Aussprache habe mir bei ihm geschadet. Ich merkte jedoch bald, wie sehr ich mich irrte. Im Gegenteil, der „Freimut" des Prinzen hatte seinen Eindruck nicht verfehlt. Nur mied der Alte jetzt peinlich jedes politische Thema. Nach seiner Meinung war ich eben ein junger Mensch, der noch vieles zu erlernen hatte. Ich hatte das Empfinden, daß er sich sagte: „Gott sei Dank, daß wir den so bald nicht zum Kaiser bekommen ... Und wenn, dann werden wir ihn schon unter die Fuchtel nehmen und ihm unsere Ansichten beibringen." An meiner Prinzenrolle zweifelte er natürlich nicht im geringsten.

Am nächsten Morgen holte mich der Kammerherr v. Bl. im Hotel ab. Die kleine Verstimmung vom vergangenen Tage war ganz verflogen. Er war wieder der joviale alte Herr, nur legte er ein weniger sicheres Wesen an den Tag und umging wieder sorgfältig Gesprächsstoffe, die auch im entferntesten das „republikanische" Herz des Prinzen hätten in Wallung bringen können. Auf der Fahrt nach Tünneda bat ich ihn, mir einiges über den Jagdherrn zu sagen, damit ich ungefähr wisse, wen ich denn nor mir habe. Er entgegnete: „Na, der olle Kr. ist ein verdrehtes Huhn; seine Frau ist eine geborene Sch." Das war alles, was ich von ihm herauskriegen konnte

Vor dem Portal des Schlosses empfing mich der Kammerherr v. Kr. und bedankte sich, daß ich seiner Einladung Folge geleistet hatte. Ich wies den Dank zurück und bemerkte, in erster Linie hätte ich ihm zu danken. Durch diese Liebenswürdigkeit hatte ich ihn sofort für mich gewonnen.

Die Gäste waren schon alle zur Stelle. Da waren zwei Landjunker, Vater und Sohn, zwei Herren v. R., ausgesprochene Bauerntypen. In Ostpreußen gibt es einen Knechtstyp, dicke, vollgefressene Jungs, die ihre ganze Welt darin sehen, sich Weiber und ein Stück Leberwurst zu Gemüte zu führen, dazu ein Glas Korn. So traten die beiden mir entgegen, nur durch ihr Alter voneinander zu unterscheiden. Ich habe sie während der ganzen Jagd wie Luft behandelt; sie fanden es aber ganz in der Ordnung. Da war ein Major v. S., mit einem roten, verkniffenen Gesicht wie ein preußischer Feldwebel. So etwas an Brutalität habe ich selten in einem Gesicht vereinigt gesehen. Ein Rittmeister v. W., durch und durch Hofmann, äußerst blasiert, mit einer Haltung, die zu allem und allen Abstand beobachtete. Er sprach immer sehr ruhig und ganz leise, dem Aeußern nach die sympathischste Figur. Es waren noch einige andere Herren anwesend, deren Namen ich nicht behalten habe. Die Dame des Hauses war sympathisch, eine ruhige, kühle Erscheinung. Ihr Mann dagegen sah wie ein romantischer Spanier aus, lang und hager, mit wehendem Schnurrbart. Beim Eintritt erhielt ich eine prachtvolle Doppelbüchse ausgehändigt. Unten vor dem Schloßportal stellte sich mir der Förster mit seinem Eleven vor. Die Treiber, etwa hundert Mann, sammelten sich, während die Dame des Hauses mich auf der Höhe der Schloßtreppe begrüßte. Wir wurden in ein Zimmer zum Jagdfrühstück gebeten. Es bestand aus zwei warmen Gängen, wozu viel Kümmel getrunken wurde. Ich hielt mich an den Portwein. Die Herren machten sich selbst einige Jagdbrote zurecht. Als ich die Frau des Hauses fragte, was für gesalzene Brötchen das da seien, erwiderte sie, die stelle sie selbst her; das Salz solle den Jägern tüchtigen Durst machen.

Die Jagd, die nun begann, war für mich etwas Neues. Was ich bisher nur aus Büchern kannte, sollte ich jetzt in höchsteigener Person mitmachen. Um mich Leute vom alten Adel, an Jagd und Jagen gewöhnt, die Herren der großen Jagd, die sie seit Jahrhunderten als ihr unbestrittenes Vorrecht betrachteten, und ich die Hauptperson, um meinetwillen das ganze Drum und Dran. Ich war voll romantischer Erwartungen.

Kurz hinterm Dorf waren die Treiber zur Stelle. Der alte Bl. ging aufgeräumt neben mir her und gab mir noch einige gute Ratschläge. Da es heftig gefroren hatte und das Wetter neblig war, sagte er mir, ich solle etwas höher ziehen, auf gefrorenem Boden liefen die Hasen sehr rasch, und der Nebel täusche. Es wurden vier Kessel getrieben. Beim ersten Kessel war das Wetter sehr trübe. Die Treiber zogen in langer Reihe aus. Es dauerte lange, bevor sie einen Kessel umgangen hatten. Alsdann erfolgten die Abkommandierungen. Als die Reihe an mich kam, hieß es: „Würden Königliche Hoheit die Gnade haben ..." Ich erhielt einen Mann beigegeben, der den Auftrag hatte, mir beim Schießen die Joppe abzunehmen. Ich wußte nicht einmal, ob ich noch schießen konnte. Als ich den ersten Schuß abgab, fieberte ich förmlich. Ich schoß daneben, ebenso beim nächsten Schuß. Ich merkte, daß ich den Hasen unterschoß, also nicht hoch genug hielt. Beim dritten Hasen traf ich glänzend. Es war seltsam. Im leichten Nebel sah ich plötzlich einen Hasen aufspringen, dann mußte ich einfach losschießen. Bald hatte ich meinen guten Anschlag wieder heraus und wurde mit jedem Schuß sicherer. Ich hörte, wie der alte Bl. hinter mir rief: „Königliche Hoheit schießen ja glänzend! Donner noch mal, da sieht man doch die Jagdleidenschaft der Hohenzollern!" Während der Jagdpausen unterhielt ich mich ständig mit dem Rittmeister v. W. Der alte, beleibte Landjunker R. saß derweil auf seinem Jagdstock; er sah wie ein Fliegenpilz aus.

Beim zweiten Kessel hellte sich das Wetter auf und wurde später ganz offen. Beim letzten Kessel wollte der Jagdherr mir einen Fuchs zuschanzen. Er stellte mich mich zwar an die richtige Ecke, doch der Fuchs war schlauer als die Treiber, die vielzuviel Lärm machten; der Fuchs wechselte weiter abwärts.

Auf einmal, o Schreck! kommt beim letzten Kessel ein Landjäger auf mich zu. Blitzschnell fuhr es mir durch den Kopf, in Gotha ist alles heraus! Jetzt hieß es den Kopf nicht verlieren. Er verlangte von mir die Papiere, barsch und kurz. In meiner Verlegenheit fragte ich ihn von oben herab: „Wer sind Sie denn eigentlich?!" — „Sie sehens ja, der Landjäger. Ich bin verpflichtet, die Herren auf ihre Papiere zu prüfen." — „Wissen Sie denn überhaupt, wer ich bin? Hä?!" Er wurde ganz verwirrt und sagte: „Nein, wie kann ich das wissen." Ich gab dem Mann mit meiner Joppe einen Wink und zog meinen Jagdschein heraus. „Bitte sehr!" Der Landjäger verfärbt sich, glotzt mich mit aufgerissenem Munde an, bittet tausendmal um Entschuldigung und retiriert, indem er sich ständig verbeugt. „Sie haben keine Veranlassung, sich zu entschuldigen, haben nur Ihre Pflicht getan, guten Tag!" Mit nachlässiger Handbewegung wende ich mich ab. Gleich darauf wurde die Jagd abgeblasen; der ganze Zauber war vorüber. Ich hatte acht Hasen geschossen und wurde allgemein beglückwünscht.

Bevor die Jagdtafel begann, rief ich den Hoteldirektor in Gotha an, mir sofort andere Schuhe, Größe 41, einzuklaufen und eiligst mit dem Auto herüberbringen zu lassen. Meine gelben Schuhe waren in den gepflegten Räumen des Jagdherrn ganz unmöglich. Als das Auto ankam, stieg der Direktor höchstselbst ab und überbrachte mir seine eigenen, ganz neuen Lackschuhe. So ging ich in gepumpten Stiefeln zum Essen. Am Treppenabsatz erwartete mich ein Diener und geleitete mich schweigend durch mehrere hellerleuchtete Räume, durch deren geöffnete Türen ich einen schönen Durchblick auf den Salon hatte. Er schlug die Portiere zurück und rief: „Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen!" Drinnen wurden einige Stühle gerückt und der Kammerherr und seine Gattin kamen mir entgegen. In der Erscheinung des alten Hofmanns lag etwas unbeschreiblich Vornehmes, was schwer zu definieren war. Er trug einen Gehrock, weiße Weste und Lackschuhe mit weißen Gamaschen. Ich küßte der Dame des Hauses die Hand, ein Diener reichte Zigaretten und wir begannen zu plaudern. Ich entschuldigte mich bei der Dame des Hauses wegen meines einfachen grauen Anzuges. Sie fand jedoch gar nichts Auffälliges darin. Die Leute waren hier offenbar mit Blindheit geschlagen. Sonst hätten sie sich doch sagen müssen, daß nie und nimmer ein königlicher Prinz in der Dezemberkälte so daherreise, mit einem einzigen grauen Anzug, gelben Schuhen, ohne Mantel.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0003

Halles größte Sensation

unser großer Saison-

Räumungs-Ausverkauf

beginnt Montag, den 2. Januar

Nicht einzelne, sondern unsere sämtlichen Angebote sind unübertroffene **Rekord-Leistungen**

Beachten Sie genau die von Sonnabend den 31. Dez. ab erscheinenden Inserate!

J. Lewin

Halle an der Saale, Marktplatz 2 und 3

Biophon-Theater

Ab heute! Nur eine Woche!

Verlängerung unmöglich, da Film zu stark begehrt!

Der Großfilm der Meschrapom

Streik

3949 Regie: Eisenstein

Dazu das große Beiprogramm!

Das Zeichen hoher Qualität

BREHMER

Liköre – Weine

Weinbrand, Rum, Arrak

Silvester-Punsch

Ottomar Brehmer Nachf.

Karl Schulze

Likörfabrik und Weingroßhandlung

Halle-Saale Leipziger Straße 43

3947

Uhren und **Goldwaren** **Trauringe**

gut und billig

Gottfried Schraut

Schmeerstraße 4

Sohlleder-Ausschnitt 629

empfiehlt billigst

Albert Fabig,

Hallorenstraße 1

H. Mannhardt

Le[illegible]inastraße 11

Fernruf 24402

empfiehlt sich zur

Fassaden-Reinigung

Glas-Reinigung

Gebäude-Reinigung

Lokal-Reinigung

Parkett-Reinigung

Teppich-Reinigung

Zur Silvester-Feier

Scherzartikel [3948

Bleigießen

Knallbonbons

Punsch- und Likör-Gläser

in ganz besonders großer Auswahl

SOBEL

Steinweg 45, Große Ulrichstraße 9 und Reilstraße 1

Werbt für den „Klassenkampf"

Für **Silvester-Scherzartikel**

ist die billigste Einkaufsquelle wie bekannt nur bei

3944

Fa. Paul Lange

Merseburger Str. 168

Nähe Riebeckplatz, neb. C. T.-Lichtspiele

Sprechapparate, Näh- und Wringmaschinen

Schallplatten

in großer Auswahl

Anzahlung 10 Mk., Wochenrate 3 Mk.

Fahrrad-Vertrieb

Auslieferungsstelle Halle 626

zur Schwetschkestr. 4, Ecke Bertramstraße

Edison-Theater

Goethestraße 26

Freitag, Sonntag, Montag: [3956

Zwei auserlesene Filme d. Ufa-Produktion 1928 schmücken unser

Neujahrs-programm

Die tolle Lola

Lustspiel in 6 Akten mit Lilian Harvey, Hans Junkermann, Harry Hahn, Julia Serda

„Senorita"

die Frau mit der Peitsche

(Junge oder Mädchen)

7 Sensationsakte mit Bebe Daniels

Sonntag für Kinder

Tom Mix

Stadt-Theater

Heute 3955

Donnerstag, 20 Uhr

Christelflein

Freitag, 20 Uhr

Carmen

Walhalla

Tel. 28385

Anfang 8 Uhr

Letzte 3 Tage!

Der Hexer

Kriminalstück in 4 Akten mit Hans Mierendorf, Friedr. Lobe und anderen erstklassig. Künstlern

Ab 1. Jan. 1928

Gastspiel Rastelli!!

Das Weltwunder

und der grandiose Varieteeteil

Vorverk. ab 11 Uhr

Hausfrauen, kauft nur bei unseren **Inserenten!**

Geschäftsverlegung!!

Meiner geehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am heutigen Tage meine bisher Gr. Ulrichstr. 11 betriebene **Papierhandlung** nach

Gr. Ulrichstraße 51, Eing. Schulstr.

verlege und unverändert weiterführe

3951 Hochachtungsvoll

A. Fritze, Inhaber Frau Anna Burbach

Gegründet 1790

Wollen Sie im neuen Jahre **wichtige Stunden nicht versäumen,** so lassen Sie Ihre **Uhren** preiswert u. gut **reparieren** bei [3950

Alfred Koch

Uhren, Gold- und Silberwaren

Landwehrstr. 7

Neujahrs-Glückwunschanzeigen

von Geschäftsfirmen, Restaurateuren usw. für die Silvester-Ausgabe

bitten wir schon jetzt aufzugeben, damit eine gute Satzordnung erfolgen kann

Verlag Klassenkampf

Halle, Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21045 21047 22251

Fälligkeit von aufgewerteten Sparkassenguthaben

Nach ministerieller Verordnung können die Aufwertungsgläubiger vom 1. Januar 1928 an ein Sechstel ihrer aufgewerteten Sparkassenguthaben kündigen. **Die städtische Sparkasse** (Rathausstraße 5, Landwehrstraße 25 und Große Brunnenstraße 3a) wird, über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehend, auf Wunsch Aufwertungsbeträge bis zu 25 RM. voll auszahlen. Aufwertungsguthaben über 150 RM. können bis zu einem Sechstel ihrer Gesamthöhe in monatlichen Teilbeträgen von höchstens 300 RM. abgehoben werden.

Im volkswirtschaftlichen Interesse und **zum eigenen Nutzen unserer Sparkundschaft** empfehlen wir, die fälligen Aufwertungsbeträge weiterhin als Spargeld zu erhalten und auf Reichsmarkkonten übertragen zu lassen. Neue Konten werden gebührenfrei eingerichtet und zurzeit mit 5¼, 6¼ und 7¼ Prozent verzinst. Um unseren Kunden den Gang zur Sparkasse zum Zwecke der Kündigung des Sechstelbetrages abzunehmen, werden wir im Falle der Uebertragung des gekündigten Betrages auf ein Reichsmarksparkonto die höhere Verzinsung des Sechstels rückwirkend vom 1. Januar 1928 an eintreten lassen, **sofern die Kündigung bis zum 1. April 1928 ausgesprochen wird.** Entsprechende Antragsvordrucke werden auf Wunsch übersandt werden.

Soweit mit 12½ Prozent aufgewertete Sparguthaben bereits restlos abgehoben und die erhöhte Aufwertung um 2½ Prozent den Sparern nicht schon durch die Post überwiesen wurde, wird die Auszahlung der Diferenz nach entsprechender Legitimation gegebenenfalls bei Vorlage des seinerzeit erteilten Abrechnungszettels an die Berechtigten erfolgen.

Zur reibungslosen Abwickelung des erfahrungsmäßig in der ersten Hälfte des Januar starken Zahlungsverkehrs bitten wir, Sparbücher zur Gutschrift von Zinsen nicht vor dem 15. Januar 1928 vorzulegen. Zinsengutschriften auf den einzelnen Konten werden von Amts wegen am 1. Januar 1928 bewirkt und von neuem verzinst.

Halle, den 28. Dezember 1927. *3952

Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Weltuntergang 1928

Lächerliche Prophezeiungen eines „Hellsehers" — „Irdische Katastrophe" und „Papstmord"

Schreckliches steht der Menschheit bevor, wenn auch nur ein Bruchteil dessen eintritt, was ein geheimnisvoller Hellseher und Sterndeuter dem französischen Publikum in diesem Augenblick über die Zukunft verrät. Unverständlich ist nur, daß die Pariser Blätter es wagen, diesen offenbaren Unsinn ihren Lesern ohne jede redaktionelle Einschränkung vorzusetzen. Mit fettem Druck und dicken Ueberschriften wird da eine astronomische Katastrophe vorausgesagt, wie sie unser alter Erdball noch nicht erlebt hat.

„Im Sommer 1928", erklärt dieser geheimnisvolle Prophet, „werden die vielen Sterne, die das Sternbild des Löwen enthält, unter dem Einfluß einer unbekannten Macht plötzlich aneinanderstoßen. Auf der Erde wird man ein donnerähnliches Getöse vernehmen, und ein ungeheurer Regen von Sternschnuppen wird am Firmament niedergehen. In jener Nacht sollen — wohlgemerkt mitten im Sommer! — die Temperaturen in kurzer Zeit weit unter den Nullpunkt sinken, und wenn die Menschen am nächsten Morgen erwachen, werden sie alles mit Eis und Schnee bedeckt finden!"

Das ist aber noch nicht das Schlimmste, was dieser menschenfreundliche Prophet den Parisern verheißt und was die französische Presse ohne jeden kritischen Kommentar verbreitet. „Die schrecklichste Katastrophe wird erst im Laufe des Tages eintreten," meint der „Sternkundige",

„wenn ein ungeheurer Meteor auf die Erde niederfallen wird.

Ganze Erdteile werden durch diesen gigantischen Meteorblock völlig verschwinden." Am übelsten soll es dabei Amerika ergehen mit dem der Prophet anscheinend nicht viel im Sinn hat. Diesen Erdteil läßt er vollkommen verschwinden. Auch auf England ist er nicht besonders gut zu sprechen, denn mehr als die Hälfte der stolzen Insel sieht sein hellseherisches Auge bereits vernichtet.

Um aber nicht ungerecht zu sein, sagt er auch für Frankreich den Verlust wichtiger Landesteile voraus. In Zentraleuropa sollen sich nach seiner Meinung eine Unmenge tiefer Seen bilden und die Bevölkerung dieser Landesteile werde teils ins Wasser stürzen und darin umkommen, teils werde sie sich eben an das neue Klima gewöhnen müssen. Zum Ausgleich verspricht der „Prophet", daß neue Erdteile, besonders in der Gegend von Haiti, auftauchen sollen. Sein Lieblingskontinent scheint Asien zu sein, das nicht nur von der allgemeinen Weltkatastrophe verschont bleibe, sondern auch die Weltherrschaft erringen werde. Fragen über politische Ereignisse scheinen dem Propheten etwas unbequem zu sein; erst auf eindringliche Bitten erklärte er, daß der Papst von einem hohen Priester der Umgebung, der plötzlich wahnsinnig werden würde, ermordet werden solle.

Das dürfte der Gipfelpunkt aller Phantastereien sein, zu denen sich Astrologen bisher verstiegen haben. Nach der Weltkatastrophe sieht der neue Prophet bessere Zeiten für die Menschheit heranahen, denn die Ueberlebenden werden liebevoller und brüderlicher gegeneinander gesinnt sein. Auf jeden Fall soll die Katastrophe im Sommer 1928 eintreten, und den fürchterlichen Naturereignissen werde eine starke Hitzewelle vorangehen.

Es ist anzunehmen, daß der Mann seine „Prophezeiungen" im Sommer geschrieben hat. Total meschugge! Aber es gibt nichts, was verrückt genug wäre und was die bürgerliche Presse nicht ihren Lesern vorsetzen würde.

Neues aus aller Welt

Indianer ertrunken

80 Araucano-Indianer, darunter viele Frauen und Kinder, sind heute bei dem Versuch, den Cautin-Fluß zu Pferde zu durchqueren, ertrunken. Es scheint, daß die Indianer, die von einem Fest der Eingeborenen nach Hause zurückkehrten, eine Furt verfehlten und im tieferen Wasser des Stromes mitgerissen wurden.

Furchtbare Bluttat in Kalifornien

Auf einem einsam gelegenen Landgut im Tulare-Bezirk hat ein 50jähriger Mann namens Villard, der Vater von neun Kindern ist, aus unbekannten Gründen seine drei Brüder erschossen und hierauf Selbstmord begangen

Zwei Meter hoher Schnee in der USSR.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wüten seit einigen Tagen in den mittleren und östlichen Gouvernements des europäischen Rußland heftige Schneestürme. Der Schnee liegt stellenweise zwei Meter hoch. Zahlreiche Eisenbahnlinien sind vollständig verschüttet. Insgesamt sind 30 Züge auf den verschiedenen Eisenbahnlinien steckengeblieben.

Ermordung des italienischen Vizekonsuls in Odessa

Der italienische Vizekonsul Cozzio wurde von Räubern ermordet. Die Leiche wurde völlig ausgeplündert. Die Behörden haben Maßnahmen zur Ermittlung der Verbrecher eingeleitet.

Unwetter in Italien

Wie aus Triest gemeldet wird, weht dort ein heftiger Sturm, der eine Geschwindigkeit von 90, stellenweise von 120 Kilometern in der Stunde erreichte. Die im Hafen vor Anker liegenden Dampfer mußten die Befestigungstaue verstärken. In Neapel hat eine heftige Flutwelle den Kai der Via Caracciola auf eine Strecke von 300 Metern zum Einsturz gebracht und die Keller der am Ufer liegenden Häuser überschwemmt. Die Feuerwehr arbeitet daran, das Wasser zu beseitigen. Auch in Pozzuoli hat eine Flutwelle Beschädigungen verursacht.

Straßenbahnunglück im Teutoburger Wald

Von einem Arbeitszug der Paderborner Straßenbahn löste sich der Anhängewagen und rollte auf der stark abschüssigen Straße nach Horn zurück, wo er mit einem Straßenbahn-Personenwagen zusammenstieß. Die vordere Plattform des letzteren wurde völlig zertrümmert; der Wagenführer und ein Schaffner wurden schwer verletzt. Einige Fahrgäste trugen leichtere Verletzungen davon. Der Straßenbahnverkehr zwischen Paderborn und Detmold erlitt eine mehrstündige Unterbrechung.

Die Ueberschwemmungen in Marokko

Wie Havas aus Rabat meldet, hat infolge der Ueberschwemmungen in der Gegend des Wadibu-Regreg die Eisenbahnstrecke zwischen Tasa und Fes stellenweise nachgegeben. Eine Lokomotive ist aus 40 Meter Höhe abgestürzt. Der Führer wurde getötet.

Sturm und Regen in Portugal

Tajo und Duro sind stark angeschwollen. In der Gegend von Oporto ist der Schiffsverkehr eingestellt worden. In ganz Portugal wurden durch Sturm und Regen große Schäden angerichtet.

Erhängt. Vor kurzem wurde vom Schwurgericht in Meiningen der Messerschmied Roth aus Schweina wegen Muttermordes zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Roth hat sich jetzt in der Gefängniszelle erhängt.

Elli Reinfeldt, eine achtjährige Berliner Schülerin, ist seit mehreren Tagen verschwunden. Ihr Bild wird in allen Kinos dem Publikum zur Teilnahme an der Nachforschung gezeigt.

Das Unwetter im Kanal hat sich etwas gelegt, so daß der Schiffsverkehr mit England teilweise wieder aufgenommen worden ist.

Lindbergh ist, von Mexiko kommend, in Guatemala (Stadt) nachmittags gelandet.

Die Besatzung des gesunkenen U-Bootes S 4 ist amtlich für tot erklärt worden. Die Hebung des Wracks wird vor dem nächsten Frühjahr nicht wieder in Angriff genommen.

Die Nachforschungen nach Frau Grayson, die am Freitag voriger Woche einen Ozeanflug von Amerika aus unternommen hatte, sind eingestellt worden. Die Rekordjagd über den Ozean hat also noch am Ende des Jahres 1927 fünf Menschenleben gefordert.

Infolge Genusses vergifteten Alkohols sind gestern in Winnipeg sieben Personen gestorben, davon fünf im Chinesenviertel.

500 Einbrüche und 7 Ausbrüche in 6 Jahren

Der Berliner Kriminalpolizei ist es nun doch schon gelungen, zwei Schwerverbrecher festzunehmen, die in den letzten sechs Jahren an die 500 Einbrüche an der Spitze ihrer Banden verübt haben. Die beiden Verhafteten sind ein 32 Jahre alter Leo Bursti, der aus Polen stammt, und ein 36 Jahre alter Stephan Nowikoff, ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener, der in seine Heimat nicht zurückkehrte. Beide wurden unmittelbar nach einem Einbruch in Kalkberge-Rüdersdorf ergriffen.

Bursti und Nowikoff hatten sich im Jahre 1921 in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs kennengelernt und Banden gegründet, mit denen sie in Berlin und in der Provinz ihr Unwesen trieben. Bursti ist einer der verwegensten Ein- und Ausbrecher. Siebenmal wurde er festgenommen und eingesperrt, siebenmal gelang es ihm, zu entweichen.

Gastrieg im 13. Jahrhundert

Ben Akibas allzuoft zitiertes Wort, daß alles schon einmal dagewesen ist, soll, wie man jetzt herausgefunden haben will, auch für den modernen Gastrieg gelten. Als die vereinigten Heere der Mongolen und Tataren über Europa hereinbrachen und im 13. Jahrhundert sengend und brennend von Polen aus Schlesien überschwemmten, bedienten sie sich, wie die Chronisten der Zeit zu berichten wissen, auch einer Maschine, die im Jahre 1241 in der Schlacht auf der Walstatt, neun Kilometer von Liegnitz, dazu diente, giftige Gase gegen die vordringende Reiterei der deutschen Ritter, Polen und Schlesier zu entsenden. Wenn man den Chronisten Glauben schenken darf, so handelte es sich dabei um Stinkgase, die einen so unerträglichen Geruch verbreiteten, daß die feindlichen Reiter zum Rückzug aus der vergasten Zone genötigt waren.

Das reiche Amerika

Amerika ist reich — das könnte nun bedeuten, daß das amerikanische Volk, alle Bewohner, reich sind. In diesem Sinne ist Amerika nicht reich. Das beweist schon die Tatsache, daß es in dem Amerika der Hochkonjunktur, dem Gläubigerlande der ganzen Welt, über eine Million Arbeitslose gibt, daß diese Arbeitslosenarmee zunimmt. In Chikago gibt es 120 000 Arbeitslose, in Neuyork 100 000.

Auf der anderen Seite gibt es allein nach der Steuerstatistik 15 000 Dollarmillionäre, davon 4000, die ständig in Neuyork wohnen. Dazu kommen hunderte Millionäre, die vorübergehend in Neuyork wohnen. Sie wohnen alle in der Park Avenue, die damit die reichste Straße der Welt ist. In den Riesenhäusern wohnen oft bis zu 60 Millionäre unter einem Dach.

Die Parallelstraßen der Park Avenue sind die Kaufstraßen der Millionäre. Hier reihen sich Modegeschäfte, Juweliere, Parfümerien und Blumenläden. Es ist berechnet worden, daß die 4000 Millionäre der Park Avenue jährlich ausgeben: für die Toiletten der Damen 85 Millionen Dollar, 21 000 Dollar pro Familie. Die Männer brauchen jährlich 18 Millionen Dollar, für Miete und Möbel 65 Millionen Dollar, Lebensmittel und Restaurantrechnungen 32 Millionen Dollar, Juwelen 20 Millionen Dollar, Parfümerien 8 Millionen, Theater, Konzerte 11 Millionen, Autos 16 Millionen, für verbotenen Alkohol 15 Millionen, für Süßigkeiten und Blumen 10 Millionen Dollar jährlich. Und für Wohltätigkeit — 5 Millionen.

Also 4000 Millionäre in Neuyork geben insgesamt 285 Millionen Dollar jährlich aus, davon 5 Millionen für Wohltätigkeit!

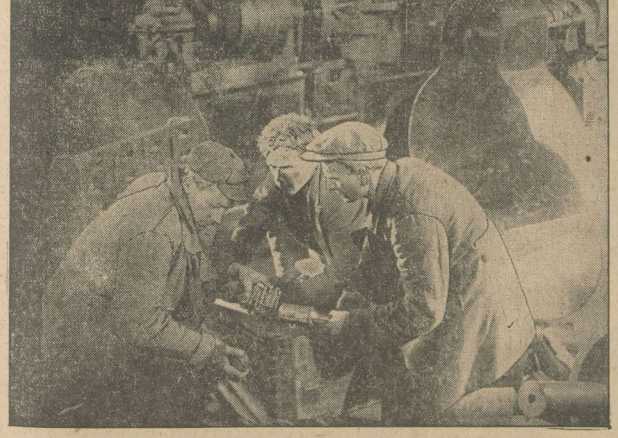
Die „Internationale" Nr. 24 ist erschienen!

Die „Internationale" Nr. 24 (Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus) bringt in ihrer letzten Nummer dieses Jahrganges in dem Leitartikel von E. S. „Abrüstung" eine kritische Betrachtung der Genfer Abrüstungskonferenz, auf der die Delegation der Sowjetrepublik den Manövern der imperialistischen Mächte die klaren und unzweideutigen Maßnahmen, die allein die Erhaltung des Friedens sichern können, entgegengestellt hat. Der Artikel „Der Angriff der Schwerindustrie" von A. Ewert stellt hauptsächlich die Frage der Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft im Lichte der Erfahrungen, die die deutschen Arbeiter in den langen und schwierigen Kämpfen seit 1918 gemacht haben, in den Vordergrund. Günther Reimann schildert in seinem Artikel „Die neue Machtgruppierung des mitteldeutschen Braunkohlenkapitals" die Entwicklung zur Trustisierung der deutschen Kohlenindustrie und der damit zusammenhängenden Produktionszweige. Der Artikel von K. A. Wittfogel über „Renegaten der chinesischen Revolution" wird fortgesetzt.

Als Diskussionsartikel bringt die „Internationale" zwei Beiträge zur Frage eines Aktionsprogramms der KPD. 1. Max Köhler: „Warum braucht die KPD. ein Aktionsprogramm" und 2. Lenz: „Wie ein Aktionsprogramm der KPD. nicht aussehen darf".

Unter Literatur erscheint eine Fortsetzung der kritischen Betrachtungen „Aus dem Lager des Gegners" von R. Gerber: „Die Gesellschaft" und „Sozialistische Monatshefte" (September bis November 1927).

Die „Internationale" ist durch die Zentrale für Zeitungsverlage G. m. b. H., Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, sowie durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen. Preis des Heftes 30 Pf. Wir empfehlen den Bezug dieser Zeitschrift allen Genossen.



Aus dem neuen sowjetrussischen Film „Moskau im Oktober"
Die Arbeiter bewaffnen sich heimlich

Ein Geschenk an den 15. Parteitag der KPSU.
Die Arbeiter der Sormowski-Werke schenkten dem Kongreß eine große Schnellzug-Lokomotive mit einer Widmung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0005

Stadt Halle

Zwischen den Feiertagen

Die erste Serie wäre wieder einmal vorüber. Ein großer Aufwand war vertan. Es ist nicht viel übrig geblieben von der künstlich zum Leben erweckten Menschenliebe, von dem trügerischen Glanz und all der Aufregung, die die Dekoration dieses Weihnachtsfestes war. Die Herzen sind wieder nüchtern und leer geworden. Die Lichter sind abgebrannt an den zwei trüben Wintertagen, die für den gehetzten Proleten wenigstens das eine gute hatten, daß er sich einmal ordentlich ausschlafen konnte. Nun ist wieder ein ganzes Jahr lang Zeit, bis die Konjunktur der Menschenliebe erneut herantritt. Allerdings tröstet man sich mit der Vorfreude auf das Abschiedsfest des alten Jahres, das den meisten wenig Gutes und viel Enttäuschung gebracht hat.

Zum Teufel mit dieser falschen Rührseligkeit, die hinter jedem deutschen Weihnachtsfest steckt. Da haben die reichen Leute plötzlich ihr Herz entdeckt gehabt für die Armen, die sie ein ganzes Jahr lang rücksichtslos unterdrücken und ausplündern. Da wurde ein Tisch gedeckt für ein paar Dutzend Obdachlose, da wurde das Gewissen betäubt, indem man unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe einfach Almosen von seinem Reichtum an ein paar arme Kinder verschenkte, da wurde in den bürgerlichen Zeitungen von dieser Warmherzigkeit die genügende Reklame entfaltet. Wir müssen schon sagen, daß Menschen, die solcher Feste bedürfen, um ihr Gewissen zu betäuben und damit ausdrücken, daß sie wenigstens einmal im Jahre nicht nur an sich selbst denken, armselig in des Wortes wahrster Bedeutung sind.

Und ist dann auch das Fest der Jahreswende mit viel Geschrei und noch viel mehr Alkoholgenuß vorübergezogen, dann dämmert grau und lieblos wieder der Alltag herauf. Die Geschäftshäuser, die während der Hochkonjunktur des Schenkens die Preise hoch hielten, werden alsdann ihre Ausverkäufe zu billigen Preisen veranstalten, wahrscheinlich um zu beweisen, daß die Leute eigentlich recht töricht waren, vor dem Feste zu den teuren Preisen einzukaufen. Das einzige, was bei den Erwachsenen als eine reine Freude und ein ungetrübtes Erinnern zurückbleibt, sind — vielleicht — ein paar gläubig glänzende Kinderaugen. Alles andere hinterläßt einen bitteren Nachgeschmack, weil man sich eigentlich selbst etwas vormachte, was nicht da war. So spannen wir uns wieder ernüchtert und enttäuscht vor den schweren Karren, der Leben heißt.

Wohl dem, der ohne Illusionen nüchtern und klar auch in diesen Tagen nicht vergaß, daß seine Aufgaben im Leben hart und unerbittlich die Weihnachtsstimmung überragen. Nun ruft der Kampf, den wir als Kommunisten um Licht und Sonne für die Arbeiterklasse führen — unermüdlich und ohne uns ablenken zu lassen ...

Wieder ein völkisch-nationaler Betrüger

Völkische Rassenvererbung

Unsere Leser werden sich sicher noch an den früheren Wehrwolfhäuptling Zabel erinnern, der mit der Bundeskasse des „Wehrwolf" und einer illegalen zweiten Ehehälfte von Halle flüchtete, später verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Zabel lebte immer auf großem Fuß und wußte sich das Leben auf Kosten der Wehrwolfkasse so angenehm wie möglich zu machen.

Wie wir jetzt auf Grund eingehender Erkundigungen erfahren, ist auch der Vater des ehemaligen Wehrwolfführers, der Bureauvorsteher Zabel, ein Opfer dieser völkischen Rassen-Erziehungsmethode geworden. Zabel senior war zuletzt Bureauvorsteher bei dem hiesigen Rechtsanwalt Dr. Schreiber. Wie der Sohn, war auch er

national bis auf die Knochen.

Diese teutsche Wesensgemeinschaft hinderte ihn aber nicht, sich an den Geldern seines Arbeitgebers zu vergreifen. Ihm als Bureauvorsteher anvertraute Gelder hat er unterschlagen und für sich verwendet. Diese Unterschlagungen blieben längere Zeit unentdeckt und erreichten im Laufe der Zeit eine ansehnliche Höhe. Als schließlich doch die Unterschleife des nationalen Mannes entdeckt wurden, wurde Herr Zabel ohne Kündigung sofort entlassen. Ob darüber hinaus Strafantrag gegen ihn gestellt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht nimmt aber der Herr Oberstaatsanwalt Luther diese Notiz zum Anlaß, sich einmal um Herrn Zabel zu bemühen.

Ergänzend wird uns noch mitgeteilt, daß Herr Zabel seine Verfehlungen dem Rechtsanwalt Schreiber gegenüber damit entschuldigt haben soll, daß ihn nur der Leichtsinn zu den Betrügereien verführt habe. Was der Sohn kann, bedeutet für den Vater auch keine Schwierigkeit. So pfeifen es die Spatzen vom Dache, daß Herr Zabel ebenfalls der holden Weiblichkeit sehr zugetan war und es ist anzunehmen, daß er

die veruntreuten Gelder restlos vergeudet

hat. Denn von einer wirtschaftlichen Notlage konnte beim Bureauvorsteher Zabel keine Rede sein. Herr Zabel müßte doch nun eigentlich zum Ehrenmitglied der faschistischen Organisationen ernannt werden, denn schließlich ist es doch eine gewisse Heldentat, wenn ein aufrechter teutscher Mann einen nicht so sehr teutschen Mann, nämlich einen Demokraten, schädigt und betrügt.

Am Grabe von Karl Stauch

Das Begräbnis des Genossen Karl Stauch, der am „Heiligen Abend" den Freitod gesucht hatte, fand unter allergrößter Beteiligung der gesamten Einwohnerschaft von Böllberg-Wörmlitz und des angrenzenden hallischen Stadtteiles statt. Auch der RFB. Halle hatte mehrere hundert Kameraden zu der Trauerfeierlichkeit entsandt. Durch Einspruch des Pfarrers war es nicht möglich, daß die RFB.-Kapelle auf dem Friedhofe selbst spielen konnte. So ertönte denn der russische Trauermarsch von außen über die Friedhofsmauer, während der Sarg langsam im Grabe versenkt wurde. Ein Mitglied der Bezirksleitung der KPD. gedachte dann der Taten des unvergeßlichen Kämpfers Karl Stauch, der sich dadurch ein Denkmal in den Herzen besonders der Böllberger Arbeiterschaft gebaut hat. Drei Dinge waren es, die besonders an seinem Leben nagten und ihn zu dem letzten Schritt veranlaßten: eine schleichende Magenkrankheit, wiederholte Arbeitslosigkeit und der neue Entlassungsschein als Weihnachtsgeschenk des Leuna-Werkes und schließlich die mißlichen Wohnungsverhältnisse mit Frau und Kind als Untermieter in einer kleinen Proletarierbehausung. Mit Recht wies der Redner auf das Dichterwort hin:

„Keinem ist das Recht gegeben,
Da zu richten, wo die Not
Und Verzweiflung hat ein Leben
Abgelöst durch freien Tod!"

Sein Tod ist eine harte Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft; er ist es besonders deswegen, weil es sich um keinen Einzelfall handelt, sondern um eine Tat, zu der jährlich so lange viele Tausende der Menschen getrieben werden, bis durch Beseitigung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus Not und Elend aufgehoben worden sind. Nach einigen trostreichen Worten an die Familienangehörigen betonte der Referent, daß der Freitod des Genossen Stauch uns alle mahnt, nun erst recht den Kampf zu führen für die Beseitigung der Ausbeuterherrschaft: **„Was Du ersehnt, wofür gekämpft Du hast, durch unsere Tatkraft soll es Wahrheit werden".**

*

Obwohl die übergroße Mehrheit der Böllberger Bevölkerung sich zur Kommunistischen Partei bekennt, wagte es der Pfarrer, zunächst ein Grab in einer Ecke an der Friedhofsmauer ausschaufeln zu lassen. Durch das Eingreifen unserer Genossen wurde diese offensichtliche Degradierung eines revolutionären Arbeiters verhindert. Außerdem gestattete er nur dann freireligiöse Feier auf dem Friedhofe, wenn der Referent keinerlei Weltanschauungsfragen berühren würde und verbot, daß die Musik auf dem Friedhofe andere als religiöse Lieder spiele. Diese Tatsachen der Arbeiterschaft nur mit der Aufforderung zur Kenntnis: Macht Schluß mit der Kirche, werdet Mitglieder des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung, schafft weltliche Friedhöfe. Darüber hinaus muß der tragische Tod unseres Genossen Karl Stauch zu einer verstärkten Offensive in allen Arbeitergemeinden für den Wohnungsbau benutzt werden.

Auf eine schmutzige Anpöbelei durch das gestrige „Volksblatt" einzugehen, halten wir für unter unserer Würde.

„Fürsorge" in Halle

A.-K. Auch ich bin einer der „Glücklichen", dessen Existenz jetzt den Bestimmungen des Ausnahmegesetzes der Erwerbslosenversicherung abhängig gemacht ist. Drei Wochen Karenzzeit! Von was soll man leben? Ich habe mich an das Jugendamt gewandt. Die erste Frage lautete: Wann und wieviel Lohn haben Sie zuletzt erhalten? Wahrheitsgemäß lautet die Antwort: Vor acht Tagen erhielt ich den letzten Lohn in Höhe von 50 Mark. Ein junges Fräulein, die die Bezirksdame ist, erwidert, dann kommen Sie gar nicht in Frage, denn mit 50 Mark müßte man doch zwei bis drei Wochen auskommen können. Nebenbei bemerkt, von November 1926 bis März 1927 bin ich stempeln gegangen, habe dann gerade acht Monate gearbeitet und soll nun von dem wenigen Lohn, den ich während dieser Zeit verdient habe, bereits für den Winter gespart haben, wo ich in der Zeit kaum die Schulden bezahlen konnte, die während meiner Stempelzeit notwendigerweise gemacht werden mußten. Die zweite Frage lautete: Sind Sie evangelisch oder katholisch? Ich gab zu verstehen, daß mir mit der Beantwortung dieser Frage nicht geholfen wird, denn ich war schon den ganzen Tag von einem Amt zum anderen gelaufen und wurde überall mit nichtssagenden, teilweise groben Redensarten weitergeschickt. Jedenfalls erhielt ich nun endlich an dieser richtigen Stelle 15 Mark für meine vierköpfige Familie. Ich wollte es erst nicht glauben, aber es wurde mir bestätigt, daß

diese 15 Mark für drei Wochen bestimmt waren.

Als dann acht Tage später meine Frau noch einmal vorstellig wurde, wurde ihr erklärt, daß es nichts mehr gibt, da wir das Geld sowieso nicht zurückzahlen würden. Nun mit einem Male weiß man also, daß wir Proleten kein Geld gespart haben. Mit vieler Ueberregungskunst wurde dann auch ein Antrag auf Unterstützung befürwortet, der sich aber nur auf die Kinder erstrecken soll. Auch hierbei gab es wieder hochtragende und bornierte Redensarten zu hören. Am Sonnabend vor Weihnachten wollte man mir dann ganze 6 Mark in die Hand drücken. Ich habe darauf verzichtet.

So steht diese Gesellschaft, genannt Fürsorge, aus, mitsamt ihrem verlogenen heiligen Abend.

Metallarbeiter-Jugend. Heute, Donnerstag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Gesellenheim, Klosterstraße, unser Gruppenabend statt. Da er in diesem Jahre der letzte ist, hoffen wir, daß alle Kollegen der Metallarbeiterjugend bestimmt und pünktlich erscheinen. Jugendleitung.

Brutale Methoden in SPD.-Parteibetrieben

Wer nicht pariert, fliegt — Die Betriebsräte haben keine Nummer — Ueberstunden trotz alledem

Daß das „Volksblatt" das dümmste aller sozialdemokratischen Parteiblätter ist, haben wir schon oft festgestellt. Das mag daran liegen, daß sich das ganze Unternehmen jetzt fest in den Händen des Parteivorstandes befindet, nach dessen Pfeife nun getanzt werden muß. Der große Ethiker mit den drei Vornamen bemüht sich nun verzweifelt, seinen großen Auftraggebern auch seine Tüchtigkeit zu beweisen. Weil jetzt gerade vom Parteivorstand die Parole herausgegeben wurde, eine große Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen die immer noch nicht toten „Moskauer Sendlinge" zu unternehmen, so macht F. O. H. eben das, was ihm befohlen wurde. Mit allzuviel Schlauheit ist er ja nun erfreulicherweise nicht belastet. Und da passieren ihm manchmal die ulkigsten Sachen.

Gestern z. B. regte er sich darüber auf, daß die russische Staatsbank an die deutschen Banken zum Neujahrstage die übliche Empfehlung schickt. Eine selbstverständliche, geschäftliche Höflichkeitsformel, die jedes Unternehmen macht, so z. B. die „Volksfürsorge", die „Bank der Arbeiter und Angestellten" usw. Es wäre zu viel Ehre, auf die indiziösen Bemerkungen und wüsten Schimpfereien des „Volksblatt" näher einzugehen.

Aber etwas anderes möchten wir bei dieser Gelegenheit der Arbeiterschaft erzählen. Die Berliner „Welt am Abend" hatte vor einigen Tagen sensationelle Enthüllungen über die

„Personalpolitik einer Arbeiter-Bank"

gebracht. Es handelt sich um die oben erwähnte und in sozialdemokratischen Händen befindliche „Bank der Arbeiter und Angestellten" in Berlin. Dort wurden oppositionelle sozialdemokratische Angestellte einfach auf die Straße geworfen. Kommunisten kommen natürlich für eine Anstellung überhaupt nicht in Frage. Bei den leitenden Beamten herrscht die Korruption in fast unverhüllter Form. Auf der anderen Seite werden Beamte angestellt, die überhaupt nicht freigewerkschaftlich oder in gegnerischen Verbänden organisiert sind.

Der schlimmste Terror herrscht gegen die, die nicht im Fahrwasser der vom SPD.-Parteivorstand vorgeschriebenen politischen Anschauung schwimmen.

Diese Feststellungen, auf die die SPD.-Presse bisher mit keinem Sterbenswörtchen geantwortet hat, sind um so interessanter, als diese Patentdemokraten bei jeder Gelegenheit sich den Hals ausbrüllen über Gesinnungsdiktatur, die angeblich in der Kommunistischen Partei herrschen soll. Wir lassen eine Zuschrift an die „Welt am Abend" folgen, die diese erhielt und die folgendermaßen lautet:

„Es ist nicht erst jetzt so, daß die Angestellten in der Arbeiter-Bank — sowohl in der Berliner Zentrale wie in den Filialen im Reiche — Mitglied der SPD. sein müssen. Schon seit der Gründung dieser Bank werden andersdenkende Kollegen nicht geduldet. Es stimmt auch vollkommen, daß die mehr oder weniger oppositionell eingestellten sozialdemokratischen Kollegen von der Leitung schief angesehen werden und bei der ersten besten Gelegenheit unter nichtigen Vorwänden auf die Straße fliegen.

In der Vergebung der leitenden Posten haben sich — gelinde gesagt — unwürdige Zustände herausgebildet. Herr Henke ist nicht der einzige, der den Posten eines Betriebsratsvorsitzenden in der Diskontogesellschaft mit der einträglicheren Position eines Oberbeamten in der Arbeiter-Bank vertauschte. Ein gewisser Fürstenberg, der jetzt in Dresden die Filiale der Arbeiter-Bank leitet, tat das gleiche. Dasselbe geschah in Hamburg. Innerhalb des Zentralvorstandes und des Reichsbeirats des Verbandes ist geradezu eine Jagd nach den Posten in der Arbeiter-Bank entstanden. Intrigen werden gesponnen, und der Wettlauf um die hohen Positionen hat die übelsten Formen angenommen. Allerdings sind die Posten einträglich genug. Ein Prokurist der Arbeiter-Bank verdient so seine 12 000 bis 15 000 Mark im Jahre allein an Gehalt. Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Verbandes müßte im Interesse der Sauberkeit der Organisation ganz entschieden ihre Aufmerksamkeit auf die Zustände innerhalb der Zentralverwaltung richten."

*

Aber nun zum „Volksblatt" selbst. Der Parteivorstand hat bekanntlich diktatorisch gegen den Willen der Mitglieder die Hallesche Genossenschaftsdruckerei liquidiert und dafür die Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH. gegründet, die von ihm finanziert und natürlich auch rücksichtslos beherrscht wird.

Wie wetterte F. O. H. Schulz gegen die Kapitalisten, die vor Weihnachten ihre Arbeiter auf die Straße setzen. Wie pries Scheidemann in seinem Weihnachtsartikel die SPD.-Politik, bei deren Befolgung sich alles, alles wenden müsse. Die Praxis sieht allerdings etwas anders aus, wie das oben angeführte Beispiel bereits zeigt. Wir erhalten folgende Zuschrift, die zeigt, wie brutal und rücksichtslos Arbeiterinteressen in den Parteibetrieben der SPD. mit Füßen getreten werden:

Weihnachtsgeschenk im „Volksblatt"

Ich höre die Botschaft wohl, jedoch fehlt mir der Glaube. Kampf dem Kapitalismus, dem Arbeiter eine Erleichterung seines Daseinskampfes. So liest man in der SPD.-Presse. Und wie steht es in Wirklichkeit? Dafür ein Beweis von dem Parteibetrieb der SPD. in Halle, dem „Volksblatt".

Es regiert dort ein Betriebsleiter Bückner, als weitere Instanz Faktor Schröter.

Füge Dich und schmiege Dich! Seinen Vorgesetzten hat er anscheinend gut studiert, sogar den Namen. Und was sieht er da, Büd — ner? Der angebliche Wohlfahrtsminister bückt sich vor dem Betriebsleiter, daß er auf seine Stiefel kommt.

Seit einiger Zeit ist überall Schnellschuß im „Volksblatt".

Ueberstunden werden gemacht.

Am Freitag, dem Tag des Heils, kommt ein Weihnachtsgeschenk an vier Mann in Form einer Kündigung wegen Arbeitsmangels. Am gleichen Tage zwei Ueberstunden. Sollten es nicht die Feiertage sein, die die Triebfeder dazu sind? Warum wurde dem Betriebsrat nichts mitgeteilt? Es war doch am Donnerstag eine beschlossene Sache. Dabei wurde auch schon der genaue Plan festgelegt. Faktor Schröter schweigt und weiß von nichts. Der Betriebsleiter verschwindet durch eine Hintertür, sobald die Kündigung ausgesprochen wird, damit ihn der Betriebsrat nicht erwischt. Er kommt erst nach den Feiertagen wieder zurück und das Geschäft geht auch ohne ihn. Er fühlt sich wohl nicht hasenrein, daher sein fluchtartiges Verschwinden.

Theorie und Praxis ist ein Unterschied. Die SPD. bekämpft den Kapitalismus und geht mit gutem Beispiel voran, wenn es an ihren Geldbeutel geht.

Jeder Kommentar ist eigentlich dazu überflüssig. Wir werden mit weiteren Veröffentlichungen aufwarten, um den frechen Betrug, das demagogische Geschrei und die unverschämten Verleumdungen dieser sozialdemokratischen Demagogen der Arbeiterschaft aufzuzeigen.

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!

Proletarische Weihnachtsfeier der JAH. im „Volkspark"

(Wegen Platzmangels bisher zurückgestellt)

Die Ortsgruppe Halle hatte vorbildliche Arbeit geleistet und den Besuchern wurde ein wirklich reichhaltiges Programm geboten. Zum ersten Male trat der Kinder-Bewegungschor der JAH. (Laban-Gruppe) auf. Trotzdem mit den Kleinen von acht bis zwölf Jahren nur in sechs Uebungsstunden geübt worden war, fand ihr Auftreten den stärksten Beifall bei klein und groß. Eine ganze Anzahl Kinder ließen sich für die Kurse des neuen Jahres einzeichnen.

Die Proletarische Tribüne brachte als Erstaufführung „Die große Not" von Walter Troppenz. Die Wirkung war um so stärker, weil es sich um eine Handlung aus dem Bergarbeiterleben handelt und Genosse Höcker in seiner Ansprache darauf hinwiesen konnte, daß der Landesvorstand vor acht Wochen den mitteldeutschen streikenden Bergarbeitern für 4000 Mark Lebensmittel übermittelte. Genosse Höcker wies auch die Auffassung zurück, daß die Mitgliedschaft der JAH. ein Anrecht auf Unterstützung bedeute. Die Hilfsaktionen der JAH. seien Maßnahmen, um kämpfende Arbeitergruppen in ihrer Widerstandsfähigkeit zu stärken, aber nicht, um der herrschenden Klasse ihre sozialen Verpflichtungen abzunehmen.

Der Bau des Arbeiterkinderheimes Halle-Thüringen erfordert den stärksten Ausbau der JAH. in Halle, wo die Genossenschaft ihren Sitz hat. Alle, die an diesem Tage als Ausdruck der proletarischen Solidarität unterstützt werden, sollen ein neues Mitglied für die JAH. werben. Weiteren Dank verlangen die Mitarbeiter und besonders die Nähstube für ihre Arbeit nicht.

Es erfolgte dann die Bewirtung von etwa 300 Kindern und die Verteilung von 135 Paketen mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken sowie Kleidern und Wäsche. Zehn Neuaufnahmen wurden gemacht.

Auszahlung aufgewerteter Sparguthaben

Wir verweisen auf die im Anzeigenteil enthaltene Bekanntmachung der Sparkasse der Stadt Halle über die Auszahlung aufgewerteter Sparguthaben. Wenn auch vielen, namentlich den „kleinen" Sparern, die Auszahlung ihrer Guthaben recht gelegen kommen wird, möchten wir doch die in der Bekanntmachung enthaltene Anregung unterstreichen, nicht unbedingt notwendige Gelder auf höher verzinsliche Reichsmarkkonten übertragen zu lassen. Um ihren Kunden den Gang zur Sparkasse abzunehmen, will die Kasse im Falle der Uebertragung des zur Kündigung zugelassenen Aufwertungsbestandes auf ein Reichsmarkparkonto die höhere Verzinsung des Schecktels rückwirkend vom 1. Januar 1928 an eintreten lassen, sofern die Kündigung bis zum 1. April 1928 ausgesprochen wird. Der Antrag auf Kündigung und Bildung eines neuen Reichsmarkparkontos wird auch schriftlich entgegengenommen. Antragsvordrucke werden auf Wunsch auch zugesandt.

Theater und Konzerte

Stadttheater

Heute, Donnerstag, „Christkeslein"; Freitag „Carmen"; Sonnabend (Silvester) 15½ Uhr „Aschenbrödel", 20 Uhr „Rinnemarie", Operette von Gilbert; Sonntag (Neujahrstag) 15 Uhr „Aschenbrödel", 19½ Uhr zum erstenmal „Ich hab Dich lieb", Operette von Leo Ascher; Montag „Oberon".

Im Thalia-Theater wird am Neujahrstage das Lustspiel „Rechtsanwalt Bolbec und sein Gatte" von Perneuil und Berr wiederholt.

Walhalla-Theater

Das Kriminalstück „Der Heyer" bleibt nur noch drei Tage in Halle. Ab 1. Januar 1928 Gastspiel Raketti und der große Varietéteil.

(Schluß des lokalen Teils auf Seite 8)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

Die Papierarbeiter rüsten zum Kampf

Am 18. Dezember tagte in Naumburg a. d. S. eine Konferenz der Papierarbeiter in der Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt und Magdeburg. 66 Delegierte waren anwesend. Auf der Tagesordnung stand:

Gesamtarbeitsvertrag und Bezirkslohntarif.

Der Gauleiter Kollege Schneider, Erfurt, hielt das Referat. Nach seinen Ausführungen, angefangen vom ersten Tarif bis zum jetzigen Gesamtarbeitsvertrag, sind diese ein einziger Siegeszug der Gewerkschaften gewesen. Den Delegierten aus den Betrieben blieb bei diesen Ausführungen bald die Spucke weg. Es kam uns gerade so vor, als ob Schneider nicht in der Lage wäre, den Gesamtarbeitsvertrag in seiner heutigen Form auszulegen. Mit einer Oberflächlichkeit ohnegleichen ging er über die einzelnen Paragraphen hinweg, betonte aber zum Schluß, daß der neue Gesamtarbeitsvertrag

ein großer Erfolg

gegen den alten sei.

Beim Bezirkslohntarif gebrauchte Kollege Schneider dieselben Argumente wie im ersten Referat. Trotzdem er schon im Referat zugeben mußte, daß der Lohn äußerst tief stehe, brachte er es doch nicht fertig, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Als tariftreuer Gewerkschaftsführer glaubte er, daß eine

zwischentarifliche Regelung der Löhne

nicht stattfinden könne. Nicht als Bittender, sondern als Fordernder will er den Papiergewaltigen entgegentreten, **aber erst am 28. März 1928**, denn bis dahin läuft bekanntlich der Tarif und bis dahin wird sich schon eine Hintertür finden, durch welche man gegebenenfalls schlüpfen kann.

In der Diskussion trat der Kollege Bretschneider, Papierfabrik Muldenstein, den Ausführungen Schneiders sehr scharf und sachlich entgegen. An Hand der einzelnen Paragraphen zeigte Kollege B., was dieser Gesamtarbeitsvertrag für die Arbeiterschaft bedeutet. B. erklärt, daß doch eine Konferenz nicht dazu da sei, um sich gegenseitig mit ein paar schönen Redensarten abzuspeisen, sondern um kritisch das Bestehende zu beurteilen und die Fehler und Mängel abzustellen. Man sah es an den langen Gesichtern der Gauleiterangestellten und des Vertreters vom Hauptvorstand, daß die Ausführungen des Kollegen B. sie ordentlich verdattert hatten, denn manch bittere Wahrheit mußten sie mit in den Kauf nehmen, das hatten sie wohl nicht erwartet, denn die Kollegen aus den Betrieben hält man ja immer für etwas dumm.

Zum Bezirkslohntarif erklärte Kollege B., daß der jetzige Tarif eine gründliche Aenderung erfordere,

die vielen Gruppen und Abstufungen müssen abgeändert werden.

Ebenso muß die Prozent-Forderung infolge ihrer schädlichen Wirkung abgelehnt werden. Eingehend auf die Weltwirtschaftslage und die Lage der Papierindustrie im allgemeinen erklärte Kollege B., daß die Löhne in keiner Weise der notwendigen Lebenshaltung der Arbeiterschaft entsprechen. An Hand von statistischem Material wies B. nach, daß die Löhne in der Sektion VIII fast **an letzter Stelle** in der deutschen Papierindustrie stehen. Kollege B. trat energisch für eine sofortige Regelung der Lohnfrage ein. Er geißelte treffend die übergroße Tariftreue der Gewerkschaften, wenn es zum Nutzen der Unternehmer ist. Der Fall Cosmig bewies aber das Gegenteil, da wurde dem „notleidenden" Unternehmer gestattet, einen Lohnabzug vorzunehmen, also den Tarif zu brechen. Kollege B. forderte zum Schluß, daß man ebenfalls eine reichstarifliche Regelung der Löhne erzwingen muß, damit sich nicht die einzelnen Sektionen totstreiten, sondern der Angriff auf der ganzen Linie erfolgen kann.

Nach den Ausführungen des Kollegen B. hatte man nichts Eiligeres zu tun, als die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken, um nicht noch mehr in die Enge getrieben zu werden. Aber es wurde nicht viel besser, einmütig verurteilten alle Diskussionsredner, daß man die Mitgliedschaft bei allen Fragen ausschaltet und sie einfach vor vollendete Tatsachen stellt (Gesamtarbeitsvertrag). Es wurde verlangt, daß in allen Fragen eine

Urabstimmung

erfolgen soll: Ein Antrag, sofort Lohnforderung auf 20 Pf. pro Stunde zu stellen, wurde abgelehnt. Ein zweiter Antrag, den Tarif zu kündigen und Forderungen zum Ablauf des Tarifs zu stellen, wurde angenommen. In der Diskussion mußte der Vertreter des Hauptvorstandes des öfteren sich schützend vor die Gauleiter stellen. In seinem Schlußwort versuchte Schneider durch einige Winkelzüge die Situation zu retten, was aber nicht gelang. Außer einigen persönlichen Bemerkungen war es ihm nicht möglich, die sachlichen Argumente der Opposition zu widerlegen. Auf die Frage des Reichslohntarifs ging er gar nicht ein, darauf wird er wahrscheinlich nicht vorbereitet gewesen sein. Zum Schluß erklärte Schneider, daß wir alles daran setzen müssen, um zum Frühjahr gerüstet zu sein. An der Papierarbeiterschaft der Sektion VIII liegt es nun, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß wir nicht wieder vor eine fertige Tatsache gestellt werden, sondern mithelfen, daß die Kollegen und Kolleginnen sich restlos in den freien Gewerkschaften organisieren, und den Führern den Weg zeigen, welcher gegangen werden muß.

Warum schlechter Lohn bei der Reichsbahn?

Unter dieser Ueberschrift brachte das „Volksblatt" am 19. Dezember einen Bericht von der am 18. Dezember stattgefundenen Ortsgruppenleiterkonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner. In diesem Bericht hieß es u. a.:

Die Diskussionsredner stellten sich einheitlich hinter die Auffassung des Redners. Besonders begrüßt wurden die Ausführungen eines maßgebenden, zur Kommunistischen Partei gehörenden Ortsgruppenleiters, der ebenfalls feststellte, daß die Arbeit der Verbandsinstanzen restlos Anerkennung verdiene und das alles getan worden sei, was die Interessen der Kollegenschaft erfordere.

Das „Volksblatt" hütet sich wohl, näher auf die Ausführungen unseres Genossen einzugehen, da es dann nämlich gezwungen wäre, gerade das Gegenteil von dem zu berichten, was es hier in seinem Bericht behauptet. Damit jedoch unter den Eisenbahnern nicht etwa die Meinung auftaucht, die Kommunisten wären mit der Taktik, wie sie von seiten der Reformisten bei der letzten Lohnbewegung angewandt wurde, ohne jede Hemmung einverstanden, lassen wir nachstehend einen kurzen Bericht von der Konferenz folgen:

Im Anfang des Referats des Bezirksleiters Möller wurden die Verhandlungen über die Ortslohnzulage geschildert. Möller war der Meinung, daß der Bezirk Halle nicht aktiv genug gewesen wäre. Der „Klassenkampf" hätte die Aktion des Eisenbahnausbesserungswerkes gehemmt. Es hätte sich erwiesen, daß diejenigen, die das größte Maul hätten, nachher zurückweichen (s. reformistische Leitung des Einheitsverbandes, radikale Resolutionen, nichts dahinter. D. Red.) In der Diskussion wurde eine wüste Kommunistenhetze getrieben. Vor allem beschäftigte man sich mit den angeblichen kommunistischen Zellen. Jedoch war man nicht in der Lage, irgendwelches konkretes Material über das Bestehen solcher Zellen bzw. über die verbandsschädigende Tätigkeit derselben vorzubringen.

Der Kollege Wagner, Delitzsch, den das „Volksblatt" in der oben angeführten Notiz als Kronzeugen für die Richtigkeit der reformistischen Taktik anzurufen gedenkt, stellte zu Anfang seiner Ausführungen fest, daß die Rede Möllers nichts anders denn als ein Auftakt zum kommenden Verbandstag, als Auftakt zu der sich dann entfaltenden Kommunistenhetze zu betrachten sei. Die Kommunisten würden es sich jedoch nicht nehmen lassen, als Gewerkschaftsmitglieder ihre Meinung zu äußern, haben sie doch bewiesen, daß sie Gewerkschaftsarbeit zu leisten vermögen. Der Kollege Wagner stellte denn fest, daß allerdings auf dem Wege, den die Verbandsleitung eingeschlagen habe, bei den Verhandlungen nicht mehr herauszuholen gewesen sei. Dieses sei aber auf die **falsche Taktik der reformistischen Gewerkschaftsleitung** zurückzuführen. Die von der Verbandsleitung entfachten Einzelstreiks seien absolut kein Mittel, um gerade bei der Struktur des Eisenbahnbetriebes einen nachhaltigen Druck auf die Direktion ausüben zu können. Notwendig sei vielmehr, über den Rahmen des Eisenbahnerverbandes hinaus mit den anderen großen Gewerkschaftsorganisationen Verbindungen herzustellen, um gemeinsam den Kampf führen zu können. Auch dürfe sich dieser Kampf nicht in den längst ausgetretenen Pfaden des Nur-Gewerkschaftskampfes bewegen, sondern müsse als politischer Kampf geführt werden. Jederzeit würden sich die Kommunisten hinter die Organisation stellen, womit allerdings nichts gesagt sein soll, daß sie sich auch hinter die reformistischen Führer stellen und deren Maßnahmen vorbehaltlos unterstützen.

Wie aus diesen wenigen Andeutungen schon hervorgeht, ist dem „Volksblatt" seine Taktik des Gegeneinanderausspielens von kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären und Parteileitung wieder einmal vorbeigelungen.

Ortsausschuß Schleudits für die Erwerbslosen

Die Tagesordnung der letzten Kartellsitzung hatte nichts Besonderes aufzuweisen, auch der Vortrag über das Arbeitsgericht mußte, da der Referent nicht erschienen war, ausfallen. Wichtig war, die Bekanntschaft zu machen mit der neuesten Verordnung über Karenzzeit der Arbeitslosen. Dieses war eine gute Gelegenheit für den Kollegen Rübiger, auf den Lohnsang des Bezirkssekretärs Wernicke über die Arbeitslosenversicherung zurückzukommen und seine damalige Kritik als zu Recht geführt, nachzuweisen. Eine vom Kollegen Rübiger eingebrachte Entschließung an den ADGB. mit folgendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen:

Die heute tagende Gewerkschaftskartellsitzung, Ortsausschuß Schleudits, protestiert gegen die Verordnung, die Karenzzeit der Arbeitslosen betreffend. Die Versammelten fordern vom ADGB., die Zurückziehung dieser Verordnung an maßgebender Stelle mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fordern.

Der Vorsitzende glaubte, dieses dem ADGB. selbst überlassen zu können, aber die Empörung selbst der SPD.-Kollegen zwang ihn, doch die Entschließung annehmen zu lassen. Allen SPD.-Kollegen rufen wir zu, ihre Führer zur Konsequenz zu zwingen und den **Kampf gegen die Bürgerblockauswüchse** aufzunehmen.

Sozialdemokrat läßt freie Gewerkschaft beschnüffeln

In verschiedenen Orten unseres Bezirks ist die Polizei an Mitglieder der Partei herangetreten und hat diese um die Angabe der Namen der Funktionäre, der Zahl der Mitglieder usw., ersucht. Daß hier eine ganz planmäßige Arbeit geleistet wird, davon zeugt eine Meldung, die wir der „Holzarbeiter-Zeitung" Nr. 52 entnehmen. Dort wird berichtet, daß in Herzberg a. d. Elster die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes nachstehendes Schreiben von der Polizeiverwaltung erhielt:

„Zu statistischen Zwecken ersuchen wir um Beantwortung der nachstehenden Fragen bis zum 8. d. M. Den Termin bitten wir pünktlich innezuhalten, da wir höheren Orts berichten müssen. Die Angaben können auch mündlich im Polizeibureau bis zum 8. Dezember gemacht werden: 1. Genaue Bezeichnung der Partei bzw. des Verbandes. 2. und 3. Vor- und Zunname des Vorsitzenden, dessen Stellvertreters sowie des Geschäftsführers und dessen Stellvertreters. 4. Geschäfts- bzw. Versammlungslokal. 5. Pressorgan (Zeitung). 6. Welchem größeren Verbande ist die Organisation angeschlossen? 7. Mitgliederzahl. 8. Bezeichnung der Fahnen und Abzeichen; bei den politischen Verbänden pp. möglichst mit bildlicher Wiedergabe."

Unwillkürlich wird man an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnert, wo sich der Kampf der Polizei nicht nur gegen die politische Partei, sondern auch gegen die freien Gewerkschaften richtete. Damit entfällt auch das immer wiederkehrende Geschwätz der Reformisten, die Gewerkschaften hätten mit der Politik nichts zu tun und mit der Staatsgewalt schon gar nichts. Die Streikverbote durch Gerichtsurteile und jetzt diese Maßnahme beweisen das Gegenteil. Interessant wird die Angelegenheit jedoch noch dadurch, daß die Polizeibehörde in Herzberg angibt, sie müsse „höheren Orts berichten". „Höheren Orts", das würde doch letzten Endes die preußische Koalitionsregierung sein. Ja, aber dort sitzt doch der Sozialdemokrat Grzesinski als Innenminister, verantwortlich für die Polizei. Aber wir verstehen, der „Genosse Innenminister" hat damit natürlich nicht etwa die freien Gewerkschaften, in diesem Falle den Holzarbeiter-Verband, bespitzeln lassen wollen. Seine Polizei hat mit dieser Art Erkundigung nicht etwa Unterlagen für künftige Maßnahmen, evtl. Verbot usw., beschaffen wollen. Nein, „Genosse Innenminister", der sicher auch Mitglied einer freien Gewerkschaft ist, nutzt seine Regierungsposition bekanntlich nur im Interesse der Arbeiterbewegung aus, er hat durch „keine" Polizei wahrscheinlich statistisches Material für das nächste Jahrbuch des ADGB. sammeln lassen wollen. Na, also!

Betriebsmord!

Durch ausströmendes Ammoniakgas schwer vergiftet

wurde der in einer Essenzfabrik zu Piesteritz beschäftigte Arbeiter P. Schulze. Er mußte ins Dessauer Krankenhaus gebracht werden.

Kein „Heiliger Abend"

Am Sonnabend verunglückte bei der Döllinger Bergbaugesellschaft der Tiefbauhauer Hermann Wilhelm aus Plessa. Er wurde ins Krankenhaus Senftenberg überführt.

Der Kampf gegen die Sozialversicherung

In der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 17. Dez. lesen wir den Erguß angeblich eines Lesers dieser Scharfmacherzeitung, der sich mit den augenblicklichen Wirtschaftskämpfen der Arbeiterschaft beschäftigt. Zunächst ist für uns von Wichtigkeit, daß dieser Unternehmer die politische Bedeutung der jetzigen Wirtschaftskämpfe sehr wohl erkannt hat. Befürchtet er doch für die kommenden Parlamentswahlen ein unangenehmes Ergebnis für die Unternehmerparteien und einen starken Linksruck unter der Arbeiterwählerschaft. Dann beschäftigt sich dieser Schreiber jedoch mit den Ursachen der augenblicklichen Wirtschaftskämpfe und da wird er etwas deutlicher. Wörtlich heißt es:

Es soll ohne weiteres zugegeben werden: Die Löhne bzw. der Lohnbetrag, den der einzelne Arbeiter nach allen Abzügen nach Hause bringt, sind nicht zu hoch. Ist der Unternehmer daran schuld? Nein! Schuld daran ist die Gefühlsduselei, die sich mehr und mehr in Deutschland breit macht. Die Sozialversicherung ist schuld daran. Die Sozialversicherung, die in einer Republik überhaupt keine Berechtigung hat. Der frühere Staat war ein Obrigkeitsstaat. Dieser war verpflichtet, für seine Untertanen zu sorgen. In der Republik ist eines der Hauptmotive: Freie Bahn dem Tüchtigen. Weg mit allen Hemmungen und Schnurrpfeifereien. Was hat denn der Arbeiter von der Sozialversicherung? Zum Leben zu wenig. Wenn jeder Arbeiter die Beträge, die er für sozial: Zwecke aufbringen muß, selbst verwalten könnte, so würden sehr viele — wie in früheren Jahren — sich ein eigenes Anwesen schaffen.

Also die Sozialversicherung soll gänzlich abgebaut werden. Es soll keine Krankenkasse, keine Invalidenversicherung, keine Altersfürsorge mehr geben. Der Arbeiter soll alles selbst aus eigener Tasche bezahlen. Wie es dann mit der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung aussehen wird, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Wie soll der einzelne Arbeiter jemals in der Lage sein können, selbst den Arzt, selbst die teueren Medikamente zu bezahlen. Nur in einem hat dieser „Leser" recht: Freie Bahn dem Tüchtigen, jawohl, dem tüchtigen Ausbeuter, der im Interesse der Ausbeutung alle Schranken, allen notdürftigen Schutz der Arbeitskraft beseitigen möchte.

Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes

Prinzipielle Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich jüngst mit der Revision einer Firma M. in Nowawes gegen den Arbeiter M. Dieser war vom Januar bis 27. Mai 1927 bei der Firma beschäftigt und wurde nach dreimonatiger Tätigkeit zum Betriebsrat der Firma gewählt. Nach seiner Entlassung klagte M. auf Schadensersatz und Wiedereinstellung. Das Arbeitsgericht Berlin gab dieser Klage statt; die Firma legte beim Landesarbeitsgericht Berlin Berufung ein. Auch dieses entschied zugunsten des Arbeiters. Die Firma begründete nun vor dem Reichsarbeitsgericht die Revision damit, daß M. bei der Wahl zum Betriebsrat noch keine volle sechs Monate in ihrem Betriebe gearbeitet hätte. Das Reichsarbeitsgericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß Betriebsratsmitglieder nur unter Zustimmung des gesamten Betriebsrates entlassen werden könnten. Die vorgebrachten Einwände bestünden nur dann zu Recht, wenn die Firma bereits bei der Wahl des M. zum Betriebsrat eingewendet hätte, daß seine Arbeitsdauer noch nicht der Vorschrift entspreche.

Unternehmeroffensive im Baugewerbe

Verlängerung der Arbeitszeit — Ausnahmebestimmungen für erwerbslose Bauarbeiter

Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag der Bauunternehmerorganisationen die Landesregierung ermächtigt, auf Grund des § 6, Abs. 1, des Arbeitszeitnotgesetzes für die Zeit vom 15. April bis 15. November 1928 eine

tägliche Arbeitszeit von neun Stunden im Baugewerbe

festzulegen. Das Zentralorgan des Zimmererverbandes, „Der Zimmerer", Nr. 51, teilt dazu mit, daß: „einzelne Landesregierungen die zuständigen Behörden bereits entsprechend unterrichtet haben", d. h. alle Vorbereitungen eingeleitet haben, um mit Hilfe der staatlichen Machtmittel die Bauarbeiter zu zwingen, ab 15. April 1928 länger als acht Stunden zu arbeiten.

Mit dieser Maßnahme haben die Bauunternehmer und der Bürgerblock den offenen Kriegszustand im Baugewerbe proklamiert. Gleichzeitig gehen Bürgerblock und Bauunternehmer auch auf anderen wichtigen Gebieten gegen die Bauarbeiter vor. Die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung hat eine Verordnung erlassen, nach der die erwerbslosen Bauarbeiter **erst nach vierzehntägiger bis dreiwöchiger Karenzzeit Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen.** — Die Begründung dafür ist dieselbe, wie bei der oben erwähnten Anweisung über die Verlängerung der Sommerarbeitszeit. Das Baugewerbe sei Saisonarbeit, deshalb müsse im Sommer eine Stunde pro Tag länger gearbeitet und im Winter könne, da die Arbeitslosigkeit „berufsüblich" sei, in den ersten drei Wochen keine Unterstützung gewährt werden.

Was sagen nun die Gewerkschaften zu dem Vorstoß der Bauunternehmer? Der „Grundstein", das Organ des Baugewerksbundes, schreibt:

„Wir erklären nach wie vor: Wir stehen zum Achtstundentag. Unseren Kollegen im Lande rufen wir zu: die Augen auf! Es handelt sich darum, ihnen den Achtstundentag zu rauben, das bedeutet, trotz aller Gegenbehauptungen der Unternehmer, verkürzten Lohn und vermehrte Arbeitslosigkeit. Deshalb stehen wir ein für den Achtstundentag, trotz alledem und alledem!"

„Der Zimmerer", das Zentralorgan des Zimmererverbandes, antwortet mit der Parole: „Mögen sich die Unternehmer und Behörden auf den Kopf stellen: an dem Achtstundentag lassen die baugewerblichen Arbeiter nicht rütteln."

Das klingt sehr radikal. Aber das Verhalten der SPD.-Führer bei den Vorbereitungen zum Kampf um die dreigeteilte Schicht in der Hüttenindustrie gibt Veranlassung, den Taten sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer schärfstes Mißtrauen entgegenzubringen.

Die Bauarbeiterschaft muß aber auf den Vorstoß der Unternehmer und des Bürgerblocks unbedingt auch im kommenden Frühjahr mit einer **Gegenoffensive** antworten. Der Baugewerksbund und der Zimmererverband sind stark genug dazu. Der Baugewerksbund hat 400 000 und der Zimmererverband 100 000 Mitglieder. Mit organisatorischer Schwäche kann eine passive Haltung der Organisationen nicht entschuldigt werden. Außerdem haben die Bauunternehmer dadurch, daß sie ihren Arbeitsminister auf die Bauarbeiter hetzten, die angeblich endgültigen Entscheidungen des Hauptarifamtes durchbrochen. Das Hauptarifamt hatte beschlossen, das Arbeitszeitnotgesetz nicht als eine gesetzliche Arbeitszeitregelung im Sinne des § 3 des Reichstarifvertrages zu betrachten und die Arbeitszeit im Baugewerbe nicht zu verlängern. Damit hätten sich die Unternehmer zufriedengeben müssen. Sie haben aber durch die Mobilisierung der Staatsmacht Kampfmaßnahmen gegen die Bauarbeiter eingeleitet, also Tarifbruch begangen. Die Bauarbeiter haben deshalb auch in bezug auf die im Frühjahr zu erwartenden „endgültigen" Entscheidungen des Hauptarifamtes in der **Lohnfrage freie Hand.**

Nieder mit dem zentralen Schiedsgericht (Hauptarifamt)!
Heraus mit den Löhnen!

Das sind die Kampflosungen der Bauarbeiter. Gemeinsam muß der Kampf aufgenommen werden gegen die Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes und des Erwerbslosenversicherungsgesetzes sowie gegen den neuen Entwurf der Berliner Gerüstordnung, mit deren Hilfe der Bürgerblock die Lebensbedingungen der Bauarbeiter verschlechtern will.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0007

Eine Million Versicherungen bei der Volksfürsorge

Zahlen beweisen! Sie zeugen von der Macht und Bedeutung eines ganzen Wirtschaftszweiges; sie sprechen aber auch von der Größe und Leistungsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. Seit Bestehen der neuen Währung ist die **Volksfürsorge** dasjenige Versicherungs-Unternehmen in Deutschland, das den größten Bestand an Volksversicherungen hat.

Nun hat die Volksfürsorge die erste Million Versicherungen erreicht! Allseits wird die Tätigkeit der Volksfürsorge anerkannt. Welche Leistungen aber wird dieses gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unternehmen erst vollbringen können, wenn der Bestand an Versicherungen statt der jetzigen ersten Million ein Vielfaches dieses Bestandes haben wird. Im Monat November 1927 sind bei der Volksfürsorge 36 029 Versicherungsanträge gestellt worden. Das ist seit Bestehen des Unternehmens das höchste Monatsergebnis. In der Rechnungsstelle Leipzig allein sind im Monat November 1763 Anträge hereingebracht worden, im Dezember wird die Zahl der Anträge aus der Leipziger Rechnungsstelle **über** 2000 betragen!

Diese Fortschritte sind erklärlich, wenn man weiß, wie die Volksfürsorge sich betätigt. Dafür wieder ein neues Beispiel! Der Bahnarbeiter **Walter Freund aus Diemitz bei Halle** wurde auf der Strecke Kottbus—Frankfurt von einem Zuge überfahren und ist infolge der erlittenen Verletzungen kurze Zeit nach der Einlieferung in das Krankenhaus in Kottbus gestorben. Freund war seit 1. Juli 1927 bei der Volksfürsorge mit einer Monatsprämie von 2 Mk. und einer Versicherungssumme von 916 Mk. versichert. Da die Volksfürsorge bei Unfalltod die doppelte Versicherungssumme auszahlt, **erhielten die Angehörigen eine Versicherungssumme von 1832 Mk. ausbezahlt.**

Was diesem Arbeiter passierte, kann stündlich jedem anderen auch passieren. Darum sollte kein Arbeiter versäumen, eine Versicherung bei seinem eigenen Unternehmen, bei der Volksfürsorge, abzuschließen. Nähere Auskunft bekommt man durch die **Vertrauensleute** der Volksfürsorge und durch die **Rechnungsstelle in Leipzig**, Zeitzer Straße 32.

Volkstümliche Vortragsabende im Zoologischen Garten Halle

Im Laufe der nächsten Monate wird im Zoologischen Garten eine Reihe von Lichtbilder-Vorträgen aus dem Gebiet der Tierkunde durch den Direktor Dr. **Hauchecorne** abgehalten werden. Die Vorträge finden im Saal des Zoologischen Gartens statt. Der Eintrittspreis ist sehr mäßig bemessen, er beträgt für Erwachsene 30 Pf. und für Kinder 25 Pf. Abonnenten haben freien Eintritt.

Es soll damit verschiedenen Anregungen aus den Kreisen unserer Besucher und der Presse stattgegeben werden. Die bisher übliche Vereinigung von Musik-, Tanz- und Vortragsabenden fand aus verschiedenen Gründen nicht den Beifall aller Besucher. Versuchsweise werden deshalb die **Musik- und Tanzabende getrennt** von volkstümlichen Vortragsabenden stattfinden.

Die nächsten Vorträge behandeln die Themen: „**Raubtiere**" und „**Winterbilder aus der heimischen Vogelwelt**". Die volkstümlich gehaltenen Ausführungen des Vortragenden, die jedem Tierfreund Gelegenheit geben, seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Tierkunde zu erweitern, werden von schönen Lichtbildern begleitet. Die Direktion hofft, so den Wünschen **aller** Kreise unserer Stadt, von alt und jung zu entsprechen und wird diesen Versuch zu einer ständigen Einrichtung machen, unter Umständen sogar noch weiter ausbauen, wenn ein ausreichender Besuch diese Veranstaltungen lohnt. Die Vorträge sollen in erster Linie eine Anregung zur eingehenden Beobachtung unserer Zoo-Tiere geben und das, was hier zu sehen und zu lernen ist, noch weiter ergänzen. Außerdem sollen bestimmte Kapitel aus der Tierwelt, der Heimat und fremder Länder, der Tierkunde im engeren und weiteren Sinne und irgendwie an diese angrenzende Gebiete behandelt werden, wie z. B. Haus- und Jagdtiere, Pelztiere, Pflege solcher Tiere, die für den Liebhaber und Züchter in Frage kommen, das Tier in der Kunst und dergl. Ein reiches Material an Bildern, auch an Filmen steht zur Verfügung.

Es wird auch wie früher die Möglichkeit bestehen, andere Fachleute als Redner zu gewinnen, doch ist das nur möglich, wenn der Besuch gegenüber früheren Veranstaltungen sich bedeutend bessert.

Neue Kältewelle. 7 Grad Kälte herrschten in der Nacht zum Mittwoch in Halle.

Er will „fürnehm" schlafen. In der Nacht zum Mittwoch wurden aus einem Geschäftshaus in der Ulrichstraße mehrere Schlafanzüge gestohlen.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle. Bezahlt wurde am Dienstag, dem 27. Dezember, für Ochsen, Bullen, Kühe, Jungrinder, Mastkälber, Saugkälber, Lämmer und Masthammel, Schafe, Schweine und rumänische Schweine wie vorher. Ausgesuchte Posten aller Arten über Notiz.

Folgenschwerer Uebermut. Wie wir erst jetzt erfahren, ereignete sich in einem hiesigen Hotel ein bedauerlicher Vorfall am Heiligabend. Im Scherz, der ein furchtbares Ende fand, wurde ein 19jähriger Kochlehrling von einem jüngeren versehentlich mit einem Fleischermesser in den Unterleib gestochen. Der Schwerverletzte wurde in die Klinik gebracht. Der Täter brach, als er der schrecklichen Folgen seines Uebermutes gewiß wurde, zusammen.

Film und Vorträge

„Streik"

Dieser große Russenfilm, der überall mit beispiellosem Erfolg aufgeführt wurde, gelangt ab heute im **Biophon-Theater, Große Ulrichstraße**, zur Aufführung. Unser Leipziger Bruderblatt, die „Sächsische Arbeiterzeitung", schreibt über den Film folgendes:

Lange Zeit hat es gebraucht, bis in Deutschland dieser Russenfilm vorgeführt wurde. Die Herrscher der deutschen Lichtspielhäuser sabotieren die Russenfilme und nützen ihre Monopolstellung dazu aus, die Massen mit üblen Kitsch zu vergiften. Vor einigen Wochen lief nun der Film „Streik" in Berlin und jetzt erst in Leipzig ... Diesen Russenfilm hat der geniale Regisseur **Eisenstein** gedreht, der mit dem Potemkin-Film die Welt in Staunen und die herrschende Klasse in Wut und Schreck versetzt hat ... Nicht anders ist von ihr der Film „Streik", bevor er zur Aufführung in Deutschland freigegeben wurde, behandelt worden. Man merkt dem Filmwerk die Behandlung durch die kapitalistische **Zensur** deutlich an ... Aber ganz konnte die Zensur dem proletarischen Film nicht die Kraft nehmen und seine packenden, aufrüttelnden Bilder unterdrücken. Immer wieder dringt in ihnen der revolutionäre Geist durch, der auch nicht durch die von der Zensur vorgeschriebenen Bildtexte überwunden werden kann. So zeigt auch dieser Russenfilm „Streik" das Gesicht der herrschenden Klasse, nackt, unverhüllt, brutal.

Der Arbeitsplan der Volkshochschule ist erschienen und in den Buchhandlungen und Verkaufsstellen unentgeltlich zu haben. Der Kartenverkauf beginnt am Dienstag, dem 3. Januar. Es wird darauf hingewiesen, daß im Sprechzimmer der Volkshochschule, Katholische Volksschule, Oleariusstraße 7 I, Zimmer 12, vom Dienstag, dem 3. Januar, an, in der Zeit von 18 bis 20 Uhr Karten ausgeeben werden.

Zum Heringsalat großer Heringsverkauf

Gr. Ulrichstraße 58
Bernburger Straße, am Reileck
Steinweg, am Rannischen Platz
Besonders billig, durch direkten Einkauf, dabei vorzügliche Qualität, da größtenteils von unserem Einkäufer ausgesucht
Norw. Riesenfettheringe ... Stück 10 ₰
Schotten .. Stück 12 und 9 ₰
dito 10 Stück 110 und 85 ₰
Matjesheringe, Heringsmilch
Saure Gurken, Salz- u. Pfeffergurken, Kapern, Perlzwiebeln
Allerfeinste Mayonnaise (Appel, Türk & Pabst)
Ferner:
Täglich frische Räucherwaren
1 Waggon
Frische Seefische besonders billig
Zum Silvester in großen Mengen
Lebende Karpfen ... Pfund 140 ₰
alle Größ., garant. reinschmeckende Ware
Alle Sorten Feinfische
Allerfeinsten, delikaten
Heringsalat . Pfund 100 ₰
Fleischsalat . Pfund 120 ₰
Großer Versand nach auswärts
Fernsprechsammel-Nr. 27931 verbindet mit allen Betriebsstätten
Unsere Fisch-Backstuben täglich von 10—19 Uhr in Betrieb. Probieren Sie unseren Backfisch von köstlichem Geschmack und billig
3957

Für Silvester
empfehle ich meine Riesen-Auswahl
Spirituosen Liköre und Weine
erster Häuser zu billigen Preisen
Ganz besonders empfehle den beliebten
Tarragona vom Faß . . Liter Mk. 1,50
zu haben in allen Verkaufsstellen. Gespülte Flaschen und Gläser mitbringen
Paul Richter
Hauptgeschäft: Steinweg Nr. 53
Zweiggeschäft: Steinweg Nr. 15
Zweiggeschäft: Geiststraße Nr. 32
3953

Zur Silvesterfeier!
Beste alte Jam.-Rum-V. 45% u. 48%
Auserlesene Weinbrände
Arrak, Burgunder-, Schlummer-Rum-Punsch
Glühwein-Essenz
Bowlen-Wein
Rotwein
Südwein
3827
Bio-Likörfabrik und Weinbrennerei
H. Fuhrmann, Wittenberg
Coswiger Straße 31

Seifenhaus Walter Thäle
Wittenberg, Neustraße 10 (Ecke Jüdenstraße)
Billigste Bezugsquelle aller Haushaltungs-Artikel
Verlangen Sie ein Sparbuch, Sie erhalten 4% Rabatt, außer auf Marken-Artikel

Adler-Apotheke
Wittenberg
Markt Schloßstr. 1

Karl Bräse, Wittenberg
Fleischerei und Wurstfabrik
Fernruf Nr. 865 Collegienstr. 45
Alle Sorten Fleisch- u. Wurstwaren in bester Qualität

Herren- u. Knabengarderoben sowie Arbeitskleidung zu billigsten Preisen 617
I. Israel, Wittenberg
Collegienstraße 6 Collegienstraße 6

„Atlantic"
Deutsche Seefischvertriebs-G. m. b. H.
Geiststraße 47 Fernspr. 29647
Für Silvester:
Lebende Spiegelkarpfen nur reinschmeckende Ware
ff. ger. Aale in all. Größ.
Räucherwaren, täglich frisch
feinste portug. Oelsardinen.
Zum Heringssalat
Deutsche Fettheringe Stück 7 ₰, 10 Stück 60 ₰
Gr. Schottenheringe Stück 12 ₰, 10 Stück 110 ₰
Riesenvollheringe Stück 14 ₰, 10 Stück 125 ₰
3959
Matjesheringe usw.
Perlzwiebeln, Kapern
Senfgurken, Sardellen
Mayonnaise Heringsmilch
Frisch eingetroffen.
Seefische
Seelachs, o. K. ... Ø 25 ₰
Goldbarsch, o. K. ... Ø 27 ₰
Kabeljau, o. K. ... Ø 27 ₰
Kabeljau-Karbonaden Ø 43 ₰
Seelachs-Filet ... Ø 43 ₰
Goldbarsch-Filet ... Ø 48 ₰
Große Rotzunge ... Ø 70 ₰

Holzschuhe
kauft man billig und gut bei
Lederhandlung **Max Blaut**
Merseburg, Kl. Ritterstraße 12

Moderne **Küchen**
weiß lackiert, 7 teil., m. 120 cm breitem Büfett alles mit Linoleum, nur
120 Mk.
Max Jungblut
Albrechtstraße 37
3884

Zentralhalle Zeitz
Das große Neujahrs-Programm!
„Das rosa Pantöffelchen"
Ein Glanzfilm voll Liebe und Lust
3826
„Die doppelte Braut"
Ein interessanter Kulturfilm und „Die Woche"
Beginn 4 Uhr. Neujahrstag 3 Uhr: Jugendvorstellung

Hüte, Mützen
Pelzwaren, Lederbekleidung
kauft man vorteilhaft bei
August Linke, Wittenberg
24 Collegienstraße 24
Umarbeitungen von Pelzwaren schnellstens!

Volkshaus Eisleben
Freitag: Schlachtefest
Von mittag 1 Uhr Wellfleisch
Abends: Frische Bratwurst
Sonnabend
Silvestervergnügen
des Reichsb. Schwarz-Rot-Gold
Neujahr im großen Saale:
Tanz
Allen werten Gästen und Freunden wünschen wir im voraus ein *3829
gesundes, fröhliches, neues Jahr!
Reinhold Kaßler u. Frau

Achtung.

*3830
Empfehle diese Woche bestes prima
Mastfleisch
Rouladen, Fett, sowie alle Sorten Wurst mit Schweinefleisch gemischt
Dix Nachf., G. Reif,
Zeitz, Scharrenstr.
Telephon 433

Uhren, Goldwaren, Optik
äußerst preiswert bei
Ernst Kühle, Uhrmachermeister, Wittenberg
Coswiger Straße 6 Reparaturen gut und billig!

Für den Winter!
Warme Unterkleidung
Wollene Kleiderstoffe
Strickjacken, Handschuhe
in größter Auswahl
Hermann Müller & Sohn
Piesteritz 611

Preiswertes Silvester-Angebot
Niersteiner Domthal . Fl. 1,60
Chateau la Cloche (rot) Fl. 1,10
Jam.-Rum-Verschnitt Fl. 3,00 3,60 u. 4,25
Bat-Arrak-Verschnitt Fl. 3,50 u. 4,00
Weinbrand Fl. 3,20 3,50 u. 4,00
Spezialität:
„Furore mild", der franz. Marke ebenbürtig ... Fl. 3,90
Große Auswahl in Likören
Samos, exquisit ... Fl. 1,60
Tarragona ... Fl. 1,40
Fruchtweine in feinster Qualität
liefert 3958
M. Lange, Kl. Ulrichstr. 25 Tel. 24825

Lichtspielpalast Sonne, Merseburg
Ab Donnerstag, dem 29. Dezember: das große
Silvester-Neujahrs-Programm *3828
Ossi Oswalda, Henry Bender, Harry Liedtke
Eine tolle Nacht
Der übermütigste Film-Schwank mit echter Silvester-Stimmung
Außerdem das große Beiprogramm
Anfang 5½ und 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr

Union-Theater, Merseburg
Ab Donnerstag bis Montag
Tom Mix in seinem großen Sensationsfilm
Der Kampf im Pulverturm
Ein Kampf auf Leben und Tod in 6 Akten
Außerdem der Lustspiel-Schlager
Die Höschen des Fräulein Annette
(Die Karriere eines Nähmädchens)
Anfang 6½ Uhr und 8¼ Uhr. Sonntag 4 Uhr

624
Freitag
Schlachtefest
V. 9 Uhr ab Wellfleisch
B. Kühlewind
Schweitschkestr. 28

Leder
zu bekannt billigen Preisen 625
Sommer & Karzhals
Albrechtstr 46, Ecke Geiststraße

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten!

Konsumverein für Wittenberg
und Umgegend (E. G. m. b. H.)
Der Grundstein zur Gemeinwirtschaft
609

Jeder kauft
Wintertrikotagen, Wäsche, Woll- u. Kurzwaren, Arbeit.-Konfektion
preiswert und gut bei
Alfons Günther, Piesteritz
Wilhelmstraße 26 612

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- und Wurstwaren

Möbel
sehr preiswert bei
Otto Kandelhardt jun.
Tischlermeister Wittenberg, Elbstraße 3.

Franz Roming & Söhne,
Piesteritz (Bez. Halle)
liefern
Fahrräder gegen Teilzahlung
zu vorteilhaften Preisen
614

In **Zeitz** kaufen Sie
Fische
gut und preiswert in der
Hamburger Fischhalle
3831

Sautzschen

Sonntag, den 1. Januar
großer *3832
Masken-Ball
Anfang 6 Uhr
Einlaß der Masken 6½ Uhr
Freundlichst laden ein
Kegelklub Johannismühle Der Wirt

Empfehle mein reichhaltiges
Seifenlager
zu billigsten Preisen 605
Ludovika Scholz
Klein-Wittenberg, Dessauer Straße 43

J. Preminger
Jüdenstr. 7 Wittenberg Jüdenstr. 7
Täglich neue Eingänge moderner
Damen- und Herrenbekleidung
Trikotagen und Strickjacken
Spezialität: Berufsbekleidung
Möbel stets auf Lager

Hermann Krüger
Piesteritz 613
Uhren :: Goldwaren :: Optik
Lieferant sämtlich. Krankenkassen

Werbt für den Klassenkampf

M. Pietzak, Piesteritz,
Coswiger Straße 4
Herren- und Knaben-Garderoben
Arbeitsbekleidung, Hüte, Mützen
Billigste Preise 615

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Warme
Unterkleidung
für jedermann 1622
finden Sie preiswert und anerkannt gut in reicher Auswahl bei
Erich Rosenhagen, Piesteritz
Beachten Sie meine 3 großen Schaufenster

Schuhhaus W. Kiehle
Wittenberg :: Collegienstraße 7
Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Lack-, Salon-, Ball- und Straßenschuhen 608
Spezialität: Rindlederarbeitsschuhe, Gamaschen, Sport-, Halb- und Langstiefel

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstraße 27 Tel. 21107

Lederausschnitte
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Gummiabsätze
billigst 623
Reinh. Hannibal,
Bitterfeld

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstraße 22 Mittelstraße 51
Das führende Haus für elegante Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung, sämtl. Berufskleidung

Werbt f. d. Rote Hilfe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Unzulässige Abzüge bei Wohlfahrtsunterstützung

Bei der Rentenerhöhung für die Sozialrentner hat sich herausgestellt, daß die Kommunen durch Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung um den gleichen Betrag die Sozialrentner immer wieder um ihre geringen Rentenerhöhungen gebracht haben. Der Reichsarbeitsminister hat sich deshalb schon veranlaßt gesehen, in einem Rundschreiben vom 25. April 1927 auf die Unzulässigkeit einer „schematischen Anrechnung“ hinzuweisen. Bei der letzten Rentenerhöhung am 1. Juli d. J. hat sich aber der Skandal in den Kommunen wiederholt. Die geringen Erhöhungen von 5 bis 6 Mark und noch darunter sind nicht den Sozialrentnern, sondern der Gemeindekasse zugeflossen. Teilweise betrug sogar der Abzug der Wohlfahrtsunterstützung noch mehr als die Rentenerhöhung, so daß sogar noch Kürzungen der Gesamtbezüge eingetreten sind.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat deshalb durch eine Anfrage an den Reichsarbeitsminister diesen zum Einschreiten aufgefordert. In einem Schreiben an unseren Genossen Rädel teilt der Reichsarbeitsminister nun mit, daß er folgendes Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet hat:

Betr.: Sozialrentnerfürsorge
A V Nr. 8824/27

An die für die Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung zuständigen Ministerien der Länder

Betr.: Sozialrentenfürsorge

„Vielfachen an mich gerichteten Beschwerden muß ich entnehmen, daß trotz meines Rundschreibens vom 25. April 1927 — V A 2259 — der Grundsatz der Individualisierung der Fürsorge bei der Anrechnung der auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1927 über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung auf die Fürsorgeleistungen nicht überall genügend beachtet wird. Ich wäre daher dankbar, wenn mein damaliges Rundschreiben den Fürsorgeverbänden in Erinnerung gebracht und erneut darauf hingewirkt würde, daß eine schematische Kürzung der Fürsorgeleistungen um den Betrag der Rentenerhöhung unbedingt vermieden wird. Von einer Anrechnung der gesamten Rentenerhöhung sollte nach Möglichkeit in jedem Falle abgesehen werden. gez. Dr. Brauns.“

Die Wohlfahrtsbehörden müssen also überall zur Rechenschaft gezogen werden, wo solche Abzüge vorgekommen sind. Es muß verlangt werden, daß die Sozialrentner die ihnen unrechtmäßig vorenthaltenen Summen unverzüglich nachgezahlt erhalten.

Kampf dem Steuerraub der Bürgerblockregierung und die Konsumgenossenschaften

Die Kapitalistenklasse wendet zur Ausplünderung der Arbeiter alle Ausbeutungsmittel an. Die Kapitalisten verweigern den Arbeitern nicht allein den ihnen zustehenden Lohnanteil, es wird auch versucht, die geringen Löhne der Arbeiter durch verschiedene direkte und indirekte Abgaben noch mehr zu verkleinern. Einen guten Raubzug führt die Bürgerblockregierung mit den Zöllen und Steuern durch.

Für das neue Jahr des Haushaltetats ist geplant, **nicht weniger als 8692 Millionen Mark an Zöllen und Steuern aufzubringen.** Dabei hat z. B. die erste Hälfte des Etatsjahres 1927/28 an Zöllen und Verbrauchssteuern 16 Prozent über den Voranschlag hinaus gebracht. Dabei zeigt der Oktoberabschluß des Etats, daß im Jahre 1927 mit einem **Mehraufkommen von etwa 300 bis 350 Millionen Mark gerechnet werden kann.** Wie diese Steuern im wesentlichen aufgebracht werden, ist bekannt. Die Kapitalisten, die ihre wenigen Steuern fast restlos wieder auf die breiten Massen abwälzen, zahlen auch rein formal nur geringe Steuern. **In der ersten Hälfte des Etatsjahres 1927 wurden je 100 Mark Steueraufkommen aufgebracht durch 30 Mark sogenannte Besitzsteuern und 70 Mark Massensteuern.**

Die Arbeiter müssen nicht nur die Lohnsteuer direkt zahlen. Sie müssen die Verbrauchssteuern bei den täglichen Einkäufen tragen und darüber hinaus auch einige andere Steuern in den Konsumvereinen auf ihre Schulter legen lassen. Die Beträge, welche die Konsumgenossenschaften in den letzten Jahren an Steuern an den kapitalistischen Staat zahlen mußten, sind immer größer geworden. Es seien hier die letzten Zahlen wiedergegeben:

Jahr	Beträge	In Proz. v. Reinertrag
1903	1,2 Millionen	0,94
1910	2,6 „	0,85
1914	3,2 „	0,65
1925	16,0 „	2,48
1926	12,1 „	1,63

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache und zeigen, wie notwendig ein wirklicher Kampf gegen die Steuerbelastung ist.

Die Steuerarten, die auch die proletarischen Genossenschaften bezahlen müssen, kann man am besten am Beispiel des **Konsumvereins Dresden** betrachten. Dresden hat in seinem neuen Geschäftsbericht gezeigt, daß der Konsumverein für Reichssteuern zahlen mußte, die Körperschafts-, Vermögens-, Umsatz-, Grunderwerbs- und Kraftfahrzeugsteuer, während **Landes- und Gemeindesteuern** zu zahlen waren für Gewerbe-, Grund-, Mietzins-, Getränke-, Schankerlaubnis-, Stempel-, Hunde-, Reklamesteuer usw., sogar für die Werbeabende mußte Vergnügungssteuer (!) gezahlt werden, und zwar etwa 2000 Mark. Die letzten Geschäftsberichte einiger Konsumvereine bringen Angaben über die steuerliche Belastung im Geschäftsjahr 1926/27. Danach mußten Steuern gezahlt werden von den Konsumvereinen **Berlin** etwa **517 000**, **Dresden** etwa **470 000**, **Essen** etwa **438 000**, **Düsseldorf** etwa **186 000**, **Gotha** etwa **58 000** und **Remscheid** etwa **52 000 Mark.** Daraus ist ersichtlich, wie ein wesentlicher Teil der Gelder der proletarischen Genossenschaftsmitglieder dem kapitalistischen Staat verpflichtet wird.

Die Bürgerblockregierung hat einige **Gesetzentwürfe zur Steuerfrage** vorbereitet und dem Reichswirtschaftsrat und Reichstag eingereicht. **Dabei ist selbstverständlich nicht daran gedacht, die Arbeiterkonsumvereine von der Zahlung der Umsatzsteuer zu befreien.** Im Gegenteil! Es erfolgt der Versuch einer neuen Belastung der Genossenschaften mit Steuern. Bisher war die Gewerbesteuer von den einzelnen Ländern geregelt. Jetzt soll durch das Gesetz über die Vereinheitlichung in Steuersachen **auch den Genossenschaften die Zahlung von Gewerbesteuer auferlegt werden.** Die Reichsregierung hat bei der Einreichung ihres Entwurfes an den Reichswirtschaftsrat die Heranziehung der Genossenschaften zur Gewerbesteuer vorgesehen. Dieses Vorgehen der Bürgerblockregierung erfolgte, obwohl selbst nach den Bestimmungen der Klassengerichtsbarkeit eine Heranziehung der Genossenschaften zur Zahlung der Gewerbesteuer unmöglich ist, weil sie nach den kapitalistischen Gesetzen kein Gewerbe betreiben und auch durch Verbot des Genossenschaftsgesetzes die Waren nur an Mitglieder abgeben dürfen. Der Reichswirtschaftsrat hat bei der Behandlung des Gesetzentwurfes den Beschluß gefaßt, daß die Arbeiterkonsumvereine von der Zahlung der Gewerbesteuer befreit werden sollen. Noch aber ist dieser Beschluß vom Reichstag nicht akzeptiert.

Die reformistischen Genossenschaftsführer kennen nur einen Weg. **Trotz allen Fiaskos ihrer Steuerpolitik in den letzten Jahren wenden sie sich untertänigst mit Bittschriften an die Reichstagsmitglieder, um von ihnen Gnade zu erflehen.** Die reformistischen Führer verzichten jetzt überhaupt darauf, die Frage der Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer aufzurollen; sie verzichten darauf, auch nur ein Wort gegen die Verbrauchssteuern und Lohnsteuern zu sprechen und finden sich mit der Politik der Bürgerblockregierung ab. So ist irgendein Erfolg für die Arbeiterklasse und die proletarischen Genossenschaften unmöglich.

Die Genossenschaften sollen selbstverständlich keine Gewerbesteuer zahlen! Die Genossenschaften sollen ebenso von der Zahlung der Umsatzsteuer befreit werden! Aber gleichzeitig muß der Kampf aufgenommen werden gegen die Ausplünderung durch die Verbrauchssteuern, die Umsatzsteuer und auch die Lohnsteuer usw. Die Reichstagsfraktion der KPD. hat eine Reihe **Anträge** eingebracht, zu denen überall von den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern Stellung genommen werden muß. In den Anträgen wird u. a. verlangt, daß die **Tabaksteuer** mit einem Jahresertrag von 655 Millionen die **Zuckersteuer** mit 284 Millionen Jahresertrag faktisch verschwinden. Die **Bier- und Tabaksteuer** soll nur noch auf stärkere Getränke und bessere Tabake erhoben werden, die für den Arbeiter kaum zu erreichen sind. Die **Zuckersteuer** soll ganz aufgehoben werden. Auch die **Umsatzsteuer** soll ganz aufgehoben werden und für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt wird, soll die Umsatzsteuer herabgesetzt werden bis auf 0,5 Prozent. **Außerdem sollen dann die Genossenschaften von der Zahlung der Umsatzsteuer befreit werden.**

Gleichzeitig ist von der Reichstagsfraktion der KPD. beantragt, daß das **Einkommensteuergesetz** eine andere Fassung erhält. Einkommen bis zu 4000 Mark sollen mit 5 Prozent, bis zu 8000 Mark **mit 10 Prozent, bis 20 000 Mark mit 25 Prozent, bis 50 000 Mark mit 50 Prozent, bis 100 000 Mark mit 65 Prozent versteuert werden. Die Einkommenteile über 100 000 Mark sollen restlos eingezogen werden.** Auch die **Vermögenssteuer** soll eine Aenderung erfahren, und zwar in der Weise, daß die Steuerbeträge für die kleineren Vermögen herabgesetzt, während die größeren Vermögen höher besteuert werden sollen.

Bis zur Behandlung der Steuerfrage im Reichstag und zur Abstimmung der kommunistischen Anträge steht nur noch eine kurze Zeit zur Verfügung. Es ist unmöglich, lediglich mit parlamentarischen Maßnahmen irgendwelche nennenswerten Erfolge für die Arbeiter herauszuholen. Nur durch die Stärkung der proletarischen Kampffront und die Einsetzung der proletarischen Klassenorganisation der Gewerkschaften, Genossenschaften usw. im außerparlamentarischen Kampf können Erfolge für die Arbeiter herausgeholt werden. Es ist deshalb Pflicht, in allen proletarischen Genossenschaften zum Kampf gegen den Steuerraub der Bürgerblockregierung Stellung zu nehmen. Ueberall müssen in den Veranstaltungen **Protestentschließungen** angenommen werden, darüber hinaus sind gemeinsame **Protestversammlungen der Gewerkschaften und Genossenschaften** gegen den Steuerraub der Bürgerblockregierung durchzuführen, um zu erreichen, daß die Genossenschaften von den Steuern befreit werden, und daß eine Herabsetzung der Massensteuern und eine stärkere Belastung der Besitzenden durch den Massenwillen der Arbeiterschaft erzwungen und die Hungerregierung des Bürgerblocks beseitigt wird.

Mansfeld-Sangerhausen

Das Sangerhäuser Arbeitsamt peinigt Erwerbslose

Antreiber erhalten Recht — Ausgebeutete keine Unterstützung

Ueber das Arbeitsamt in Sangerhausen wurden des öfteren Klagen laut. Was sich die Herren dort aber jetzt geleistet haben, geht wirklich über die Hutschnur.

Vor kurzem wurden zwanzig bis dreißig Arbeiter nach Förderstedt vermittelt, und zwar nach der Firma „Westfälische Eisenbahn- und Tiefbaugesellschaft Kregeler & Kampmann, Hannover“. Vom 17. bis 22. Dezember standen nun die Kollegen dort in Arbeit. Auch am Totensonntag haben sie geschuftet. Den Zuschlag für die Sonntagsarbeit bekamen sie nicht. Es trat dann Schneefall und starker Frost ein. Darauf entließ die Firma die Leute. Auf dem Entlassungsschein wurde als Grund „der Austritt erfolgt wegen Frost“ vermerkt. Die Arbeiter gingen also zurück zum Sangerhäuser Arbeitsamt und meldeten sich erwerbslos.

Nach einer Wartezeit von drei Tagen glaubten sie in den Genuß von Erwerbslosenunterstützung zu kommen. Nichts von alledem, sie erhielten ein wirklich dreistes Schreiben, aus dem so richtig hervorgeht, daß die

Arbeitsämter Sklavenvermittlungsstellen für die Kapitalisten

sind. Wir lassen es folgen:

Sangerhausen, den 7. Dezember 1927.

An den Arbeiter
Herrn Hugo Ehrhardt,
Sangerhausen.
d. d. Magistrat.

Wer seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben oder durch sein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, verloren hat, erhält gemäß § 93 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (RGBl. I S. 187) für die ersten vier Wochen der Arbeitslosigkeit, die danach eintritt, keine Arbeitslosenunterstützung.

Sie sind von der Firma Kregeler & Kampmann, Hannover, auf der Baustelle in Förderstedt beschäftigt worden und **wegen eingetretenen Frostes entlassen!!** Nach Mitteilung der genannten Firma wäre Ihre Entlassung jedoch auch erfolgt, wenn kein Frost eingetreten wäre (??), da Sie nicht arbeitswillig sind. (Woher weißt Du? D. Ber.)

In einem weiteren Schreiben teilt uns die Firma unterm 1. Dezember 1927 mit:

„Die Leute übten in der Mehrzahl passive Resistenz, indem sie den, sie zur Arbeit anhaltenden Schachtmeistern und Vorarbeitern erklärten, sie wüßten wohl, daß sie arbeiten müßten und dafür auch hergeschickt seien, aber wie sie arbeiteten, das sei ihre Sache, der Tag ginge auch herum, wenn wenig gearbeitet würde. Diese und ähnliche Aeußerungen wirkten demoralisierend auf die übrigen arbeitswilligen Leute.“ (Merkt hier nicht ein Dummer die fette Lüge? D. Ber.)

Als Zeugen sind von der Firma Kregeler & Kampmann folgende Personen angegeben:

Schachtmeister Ludwig Hebecker,
Oberschachtmeister Wilhelm Hebecker,
Schachtmeister Wilhelm Kolle,
Bauführer Wilhelm Edler, sämtlich in Förderstedt.

Aus vorstehendem Grunde wird Ihnen die Krisenunterstützung erst nach einer Wartezeit von vier Wochen, und zwar für die Zeit vom 21. Dezember 1927 bis 15. Januar 1928 in Höhe von täglich 4,06 oder wöchentlich 24,38 Mk. bewilligt.

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb zwei Wochen nach Empfang schriftlich Einspruch beim Spruchausschuß des hiesigen Arbeitsamtes einlegen. Der Einspruch muß ausführlich begründet sein.

Für Ihre etwaigen Behauptungen haben Sie Beweismittel anzugeben.

Der Vorsitzende.
J. V.: Beau.

Das Schreiben spottet wirklich jeder Beschreibung. Auf Grund **unwahrer Nachrichten** wird einfach den Kollegen die Unterstützung verweigert. Wenn man solche Zeugen anführt, wie Schachtmeister, Oberschachtmeister und Bauführer eines kapitalistischen Betriebes, dann kann man allerdings einen „Grund“ finden, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Die Unterlagen des Schreibens vom Sangerhäuser Arbeitsamt sind purer Schwindel und mit diesem will eine Behörde ihre Maßnahme rechtfertigen!!

Herr Bald vom Arbeitsamt, es wird bald Zeit, daß Ihnen die Erwerbslosen einmal den Standpunkt klarmachen. Jetzt heißt es vor allen Dingen beim Kreisausschuß und beim Landrat Beschwerde erheben gegen diese skandalöse Behandlung. Es muß sich ja zeigen, ob der Landrat solche Schweinereien deckt. Die Sache kommt auch noch vor das Arbeitsamt. Dessen können Sie sicher sein. Auf die Verhandlungen der Spruchkammer werden wir noch zurückkommen. Erwerblose, schließt Euch zusammen, wählt Ausschüsse und wehrt Euch gegen die zum Himmel stinkenden Ungerechtigkeiten!

Ermsleben. Werbeveranstaltung. Am Sonnabend, dem 31. Dezember, findet in Sinsleben im Parschen Lokale unsere diesjährige Winterveranstaltung statt, wozu die Einwohner von Ermsleben und Sinsleben herzlich eingeladen sind.

Stößen. Die Einweihung des Wasserwerkes und des Wasserturmes durch den Magistrat soll nunmehr erfolgen. Die Wasserversorgungsanlage hat 190 000 Mark gekostet. Bei den Bohrungen war in einer Tiefe von 59 Metern so viel Wasser erbohrt worden, daß das Wasser über das Bohrloch lief und in die Nautschke abgeführt werden mußte. Das erbohrte Wasser ist gut, nur etwas eisenhaltig.

Artern. Der Erweiterungsbau des Stadtkrankenhauses wurde vor den Feiertagen eingeweiht mit den üblichen Zeremonien. Eine Menge bürgerliche Vertreter waren erschienen. Der Operationssaal, die Röntgen-Anlage, die Badeeinrichtungen und die Warmwasserheizung wurden besichtigt. Am 2. Feiertag war das „Volk“ zu Besuch gekommen. Mit dem Ausbau dieses Gebäudes ist endlich einem dringenden Bedürfnis entsprochen worden. Wir wollen hoffen, daß auch die Behandlung der Patienten zu Klagen keinen Anlaß gibt und daß es nicht so ist, wie in anderen Krankenhäusern Mitteldeutschlands, die auch modern eingerichtet sind, in denen aber die Kranken nichts zu lachen haben.

Meisdorf. Eisstauung. Auch hier stauten sich an der Selkebrücke die Eisschollen. Die Straßen und Wiesen sind überschwemmt. Seit Sonnabend früh wurden ununterbrochen die Eismassen gesprengt. Weiter oben, am Schiefetale, ist die Selke ebenfalls über die Ufer getreten und hat sich in den Wiesen ein vollständig neues Bett gegraben. Auch dort wird gesprengt.

Roßla. Die Weihnachtsbescherung. Den Arbeitern in dem Mifawerke ist ein großes Heil widerfahren, denn sie haben zu Weihnachten acht Tage Ferien erhalten, natürlich ohne Bezahlung. Und von Neujahr an wird „sozialisiert“, und zwar besser als wie in Sowjet-Rußland. Dort wird die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt bei voller Bezahlung, während in dem Mifawerk die vierstündige Arbeitszeit durchgeführt wird mit ganz geringer Bezahlung. Ist das nicht herrlich? Die Schieber und Meester haben einen Wochenverdienst als Weihnachtsgratifikation erhalten, die Proleten gar nichts.

Merseburg-Querfurt

Einbruch in die Kötzschener Bäckerei

In der Sonnabendnacht drangen Einbrecher in der kurzen Zeit, als der Gemeindebäcker Röder das Backen unterbrochen hatte, in das hiesige Gemeindebackhaus und entwendeten dort Waren im Werte von etwa 300 Mk. Dann brachen sie auch noch in den Laden ein und entwendeten dort außer dem Bargeld, das sich in der Ladenkasse befand, noch Weihnachtsstollen, Schokolade und Rauchwaren. Nachdem die nächtlichen Besucher sich dann noch in der Küche an bereitstehenden Kartoffelsalat sattgegessen hatten, verschwanden sie und konnten auch noch nicht entdeckt werden.

Groß-Kanna. Die Kumpels sollen im Dreck verrecken. Der Barackenmeister Ulieshausen, genannt „Stahlhelmwindhund“, brachte es beim Weihnachtsfest fertig, den Kumpels die Bettwäsche vorzuenthalten. Sie sollten das „Fest des Friedens und der Liebe“ im Dreck und Morast verbringen, obwohl 40 gewaschene Bettbezüge vorhanden waren. Die Kumpels stellten das fest und forderten energisch den Neubezug der Schlafstätten. Diesem Drucke mußte der Barackenmeister wohl oder übel nachkommen. Dem Herrn soll gesagt sein, daß er mit seinen Freveltaten nicht weiter kommt. Eine besondere Nummer bei der Direktion hat er sowieso nicht. Merkt er denn nicht, daß man ihm das Bauen seines Stalles aus einem bestimmten Grunde abgelehnt hat? Uebrigens könnte er einmal seine eigene Lohntüte betrachten, dann sollte ihm wohl die Einsicht kommen, eher mit den Proleten, als gegen diese zu gehen.

Groß-Kanna. Wenn ein Kumpel krank wird. Auf dem Abraum des „Michel“ wurden plötzlich mehrere Arbeiter krank. Sie verlangten Krankenscheine. Au Backe, was mußten sie erleben. Sie bekamen ohne weiteres sogenannte Kurscheine in die Hand gedrückt mit dem Bemerken, daß sie nebenbei ihre Arbeit verrichten müßten, und zwar hat der „Heilige Christ“ die Sache bewerkstelligt. Dieser Mensch ist ja auch nur ein Prolet, er tut aber so, als ob er unentbehrlich auf dem „Michel“ ist. Die Arbeiter werden weiter ihr Recht suchen. Dem „Christ“ wünschen sie aber zum Jahreswechsel, daß er endlich zu Verstand kommt, nicht mehr so viel in die Kirche rennt und die Rechte der Arbeiterschaft achten lernt.

Bad Lauchstädt. Automatischer Telephonverkehr soll hier eingeführt werden. Die Stadt hat kein Geld zur Uebernahme der Baukosten für ein Telephonanschlußgebäude. Die Oberpostdirektion will nun die Sache vornehmen, und zwar soll der Platz Alter Friedhof an der Lindenstraße dafür zur Verfügung gestellt und pro Quadratmeter mit 4,50 Mark berechnet werden. Die Stadtverordnetensitzung hat letzteres so beschlossen.

Großlehna. Die unbedeckte Kalkgrube. Auf einem Neubau an der Straße nach Altranstädt war am 5. Oktober d. J. Kalk gelöscht worden; die Kalkgrube blieb unbedeckt. In der Dämmerung spielte ein dreijähriger Knabe in dem offenen Baugelände, stürzte in den frischgelöschten Kalk und verlor durch denselben das Augenlicht. Der Bauunternehmer wurde jetzt zu 250 Mk. Geldstrafe wegen Körperverletzung und zu 50 Mk. wegen Vergehens gehen die Baupolizeiverordnung verurteilt. Die Rentenansprüche für das arme Kind werden nun folgen.

Wiehe. Wesentliche Verkehrsverbesserung. Die Kraftpost Roßleben—Wiehe wird von jetzt an auch zum Zug 10.38 Uhr (von Naumburg) verkehren, und zwar an Werk- und Sonntagen. Damit ist ein sehr oft geäußerter Wunsch unserer Einwohnerschaft in Erfüllung gegangen. Die Kraftpost verkehrt nunmehr an Werktagen zu sechs Zügen, vormittags dreimal und nachmittags dreimal.

Cassendorf. Jagdsportlustige fanden sich zusammen, um die Gemeindejagd zu pachten. Es waren alles Leute, die auf gut Deutsch gesagt, „etwas in die Milch zu brocken“ hatten. Rühlemann, der sonst immer knurrt, daß er soviel Steuern berappen muß, machte das Höchstangebot, 550 Mark, das zweite Angebot gab der Landwirt Wille mit 520 Mark. Auch die übrigen Pachtpreise waren hoch genug. 340 Mark war das billigste Angebot. Seht, Proleten, was sich die Herren immer noch erlauben können, die meist hinter der schwarzweißroten Fahne hertrotten. Für 550 Mark, die Rühlemann nur für die Jagd ausgibt, muß ein Landarbeiter fast ein Jahr arbeiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die Weihnachtsfeier der Werktätigen in Weißenfels

Die Bescherung der JAH.

Ist es nicht ein Beweis wahrhafter proletarischer Solidarität, wenn seit Monaten Arbeiterfrauen an der Nähmaschine sitzen und aus neuen Stoffen und bereits getragenen Kleidungsstücken Sachen anfertigen, die den ärmsten der Armen zu Weihnachten beschert werden sollen, denjenigen Opfern des Systems, von denen wir nicht wollen, daß sie zu Weihnachten der Kirche und den reaktionären Wohlfahrtsorganisationen ausgeliefert werden sollen.

Zeugt es nicht von brüderlicher Solidarität, wenn Tag um Tag die Mitarbeiter der Internationalen Arbeiter-Hilfe Lebensmittel und andere Dinge sammeln, um den Arbeitsbrüdern in ihrer Not zu helfen?

Ja, schon immer war die Weihnachtsfeier der JAH. in Weißenfels ein Ereignis. Hat diese Organisation doch in unserem Orte einen sehr starken Stützpunkt und die Sympathie breitester Kreise der Werktätigen.

Am Freitag, dem 23. Dezember, fand im „Stadttheater“ die diesjährige Bescherung statt. Der große Saal war festlich geschmückt, über 300 Klassengenossen sollten erkennen, daß Solidarität eine wichtige Waffe im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse ist. Die „Internationale“ leitete die Feier ein. Genosse Junghans sprach die Begrüungsworte. Die proletarische Fassung des Liedes „Stille Nacht, heilige Nacht“ wurde von allen Anwesenden gesungen. Einem Rezitator, der den Charakter der Veranstaltung würdigte und die Klassengegensätze, wie sie sich zu Weihnachten offenbaren, aufzeigte, folgte Genossin Lotte Hesche, die unter großem Beifall zwei proletarische Weihnachtslieder sang. Darauf sprach der Genosse Schulz vom Landesvorstand der JAH. über den Sinn proletarischer Weihnachtsfeiern. Er zeigte die Lage der Arbeiterklasse auf. Er ging ein auf die Leistungen und zukünftigen Aufgaben der Internationalen Arbeiterhilfe. Er sprach über die kommenden Wirtschaftskämpfe, die unvermeidlich ausbrechen werden und die die Einheitsfront aller Ausgebeuteten notwendig machen. Gerade die JAH. hat in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen immer ihre Notwendigkeit bewiesen, sie hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse in ihr ein Rückgrat hat. Die verstärkten Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Vorstöße der Reaktion und des Trustkapitals auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete müssen den Ring auf der Seite der Arbeiter schließen. Genosse Schulz forderte auf zum Ausbau der Organisation, zur Verstärkung der Mitgliederzahl und zur aktiveren Mitarbeit.

Die Musik intonierte unser altes Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Dann wurde beschert. Diese Freude in den Augen der Arbeitsbrüder und besonders der Kinder! Es wurde reichlich gegeben und niemand von uns verlangt für diese Gaben, mit denen wir niemals die Not beseitigen werden, die nur Veranlassung sein sollen mitzuarbeiten am Befreiungskampfe und für den Endsieg der Arbeiterklasse, einen Dank.

Helft weiter an dem Werke praktischer Solidarität, tretet ein in die Reihen der Internationalen Arbeiter-Hilfe, als der Proviantkolonne des Proletariats. —s—

Großes Schöffengericht Weißenfels

Weil er eine Doppelehe einging

Aus der Strafhaft vorgeführt wurde der Dachdecker Johann Müller, der zurzeit eine Gefängnisstrafe von einem Jahre abreißt, die er sich 1921 durch Anfertigung von falschen Lotterielosen, die er in den Verkehr brachte, zugezogen hatte. Daß er die Strafe erst jetzt verbüßte, wußte er durch eine gut ausgedachte Idee zu bewerkstelligen, indem er sich durch die Bekanntschaft eines guten Freundes, namens Werner Wagner aus Frankfurt a. M., dessen Geburtsurkunde zu verschaffen wußte, mit der er sein Heil versuchte. Das Schicksal hat ihm überhaupt bös mitgespielt. Im Jahre 1899 heiratete er in Heidelberg seine erste Frau, mit der er sieben Kinder zeugte. Durch seine unregelmäßige Beschäftigung arbeitete er viel auswärts. Er versorgte jedoch seine Familie regelmäßig mit Geld, bis er arbeitslos wurde und von seiner Arbeitslosenunterstützung für die Familie nichts übrigblieb. Durch einen „garstigen Brief“, wie er sich ausdrückte, fühlte er sich veranlaßt, mit seiner Familie Schluß zu machen. Er ging auf Wanderschaft. In dieser Zeit spielte die Geschichte mit den Lotterielosen und die Annahme des falschen Namens. Auf der Wanderschaft kam er auch nach Hohenmölsen, wo er Beschäftigung fand, dort lernte er eine Witwe kennen, die er später heiratete. Der Ehe entsproß ein Kind. Die Frau war als Zeuge als Frau Wagner erschienen. Müller ließ sich aber auch in Hohenmölsen nicht halten und ging wieder in die Fremde. Er schickte seiner Frau anfänglich Geld, was er jedoch nach und nach einstellte, so daß dieselbe im letzten Jahr nichts mehr von ihm wußte. Das letzte Geld schickte er aus München. Der Wohnungswechsel nach dort war aber sein Verhängnis. Der Schwindel mit der Namensänderung kam heraus und er wurde verhaftet. Jetzt ist er wegen Doppelehe angeklagt. Der Staatsanwalt glaubt ihm mildernde Umstände versagen zu müssen, weil er seine Frau mit sieben Kindern im Stiche ließ, ohne zu fragen, was aus den Kindern, die noch klein waren, würde. Er beantragte 1 Jahr Zuchthaus. Das Gericht verurteilte ihn wegen Doppelehe und intellektueller Urkundenfälschung zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis.

Streikbrecher wurden verbleut

Bei dem letzten Bergarbeiterstreik fanden sich auch Elemente auf Grube „Leonhardt“ bei Neumark, die ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fielen. Unter ihnen waren die Arbeiter Hoffin und Genzel. Als sie am 19. Oktober in der Kantine zum Mittagessen erschienen, gerieten sie mit den früheren Kollegen P. und B. in Streit, der dadurch endete, daß sie schließlich mit blutiger Nase abziehen mußten. Heute hatte sich P. zu verantworten. B. liegt infolge Unglücksfalls im Krankenhause. P. gibt die Tat zu, mit der Bemerkung, daß sie ebenfalls von den Zeugen geschimpft worden sind. Der Staatsanwalt beantragt für P. 50 Mark Geldstrafe eventuell zehn Tage Gefängnis. Das Gericht sieht die Angelegenheit mildernd an und verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis.

Eine Blüte vom Jungdeutschen Orden

Der seit 13. November in Untersuchungshaft sitzende Handlungsgehilfe Martin Busch, Weißenfels, hat sich wegen Zechprellerei in 19 Fällen, sowie wegen Betrugs in zwei Fällen zu verantworten. Er ist wegen ähnlichen Vergehen schon mehrmals vorbestraft und deshalb von seinen Eltern verstoßen worden. Heute handelt es sich um Fälle, wo er in Wirtschaften ging und dort aß und trank, trotzdem er zu Hause Essen bekam. Heimlich verschwand er aus den Kneipen, oder wenn er nicht aus den Augen gelassen wurde, erklärte er, daß er das nächste Mal bezahlen würde. Am 27. Mai ließ er sich per Auto nach Freyburg fahren, ohne einen Pfennig Geld in der Tasche. Dem Autoführer erklärte er, daß er die Rechnun in Höhe von 8,50 Mark am andern Tage zahlen würde. Im Auftrage von einer Frau St., die ihm 12 Mark aushändigte, holte er bei der Firma Gl. Dachpappe, ohne zu bezahlen. Außerdem erklärte er der Frau, daß dieselbe 18 Mark koste, worauf er noch 6 Mark erhielt. Die Rechnung wurde von der Firma, weil Busch den Eindruck machte, als hole er die Pappe für seinen Vater, dem letzteren vorgelegt. Der Vater verweigerte die Zahlung. Der Staatsanwalt kritisiert die Handlungsweise des Angeklagten etwas und beantragt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Das Gericht ererkennt auf dieselbe Strafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Lieb Vaterland, kannst ruhig sein, der Jungdomann wird dich befrei'n.

Folgen der Wohnungsnot

Bei einer Zwangseinmietung kam es zwischen dem Gemeindevorsteher Br. in Oetzsch sowie dem Amtsvorsteher V., Altranstedt, zu Handgreiflichkeiten, indem Br. den V. mit dem Dunghaken bedrohte und beleidigte. Br. hatte sich deshalb heute wegen Behinderung einer Amtshandlung, Bedrohung und Beleidigung zu verantworten.

Die Klage hatte folgende Vorgeschichte. In Oetzsch waren drei bis vier Familien vorgezeichnet, die Anrecht auf Wohnung hatten, sobald sich Gelegenheit bietet. Einer von den Mietern, der jedoch als letzter eingetragen war, hatte Selbsthilfe geübt, indem er, als sich Gelegenheit bot, ohne Zutun des Wohnungsamtes, in eine Wohnung einzog, woraus er auch nicht wieder herauszukriegen war. In seiner alten Wohnung hatten zwei Familien in einem Raume gehaust. Der Ortsvorsteher, im Auftrage des Wohnungsamtes, versuchte die bezogene Wohnung wieder freizukriegen, was ihm jedoch nicht gelang, weil keine geeigneten Räume vorhanden waren. Der Amtsvorsteher wußte Rat, indem er die freistehende Wohnung des Angeklagten, die mit Getreide belegt war, in Aussicht nahm. Ohne den Angeklagten zu benachrichtigen, veranlaßte er den Umzug, als dieser auf dem Felde war. Er ließ die verschlossenen Türen, weil die Angehörigen die Schlüssel verweigerten, öffnen. Der Einzug begann. Zu seinem Schutze hatte sich der Gemeindevorsteher zwei Landjäger beordert. Der Angeklagte, der von seinen Angehörigen von den Vorgängen benachrichtigt wurde, kam zurück vom Felde nach seinem Hofe, auf dem sich eine Menschenmenge angesammelt hatte. In der Aufregung riß er den Dunghaken von der Mauer und ging auf die Beamten los mit den Worten: „Ihr Einbrecher, Ihr Verbrecher, Lumpen“ und dergleichen und schlug mit dem Dunghaken nach dem Amtsvorsteher, der jedoch den Schlag abfing. Der Landjägermeister verhinderte weitere Tätlichkeiten. Der Staatsanwalt beantragt für den Angeklagten wegen tätlichen Angriffs eine Geldstrafe von 200 Mark, wegen Beleidigung eine solche von 50 Mark.

Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird wegen Beamtennötigung zu 150 Mk. und wegen öffentlicher Beleidigung zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wird dem Beleidigten die Befugnis zugesprochen, das Urteil in seinem Amtsbezirk an die Anschlagtafeln bekanntzugeben.

Genossen,

rüstet zu den im Januar 1928 stattfindenden

Lenin-
Liebknecht-
Luxemburg-
Feiern

Von seinem eigenen Sohne denunziert

Der 69jährige Glasermeister Gustav W. aus Zeitz wird beschuldigt, die Stadt Zeitz in den Jahren 1926 und 1927 um 798 Mk. geschädigt zu haben, indem er unberechtigterweise Arbeitslosenunterstützung bezogen habe, weil er nebenbei noch gearbeitet hat, ohne dieses zu melden. Er führt an, daß er früher in guten Verhältnissen gelebt, eine flotte Glaserei betrieben und auch ein eigenes Grundstück im Besitz gehabt hätte. Nach dem Tode seiner ersten Frau habe ihm sein Sohn die Glaserei abgeschwatzt. Letzterer habe auch das Haus, das zwangsversteigert wurde, an sich gebracht. Sein Sohn war verpflichtet, jede Woche 8 Mk. für seine Unterhaltung zu zahlen, was jedoch erst mehrerer Termine bedurfte, ehe er seinen Verpflichtungen nachkam. W. bezog eine Arbeitslosenunterstützung von 4,56 bzw. 7,05 Mk. und konnte davon nicht leben, deshalb habe er ab und zu noch als Glaser gearbeitet. Außerdem habe er, als sein Sohn ihm über 300 Mk. Unterhaltungskosten zu zahlen verurteilt worden war, den ausgeklagten Betrag an die Stadt Zeitz zurückgezahlt. Sein Sohn leiste sich jeden Luxus, er habe sich jetzt noch ein Luxusauto zugelegt, und er selbst verkommt dagegen in Not und Sorgen. Der Sohn, der als Zeuge geladen war, wurde nicht vernommen. Der Staatsanwalt erkennt an, daß nicht die ganze Summe, die die Anklageschrift enthält, in Frage kommen kann und beantragt eine Geldstrafe von 100 Mk. oder zehn Tage Gefängnis. Das Gericht verurteilt ihn wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder zu zwei Wochen Gefängnis. Um ihn aber nicht wegen seines hohen Alters ins Gefängnis zu schicken, erkennt es auf Strafaussetzung auf die Dauer von drei Jahren. G—g.

Weißenfels. Klarstellung. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Weißenfels, ersucht uns um Veröffentlichung folgender Notiz: Um die irrige Meinung der Weißenfelser Arbeiter, die durch die Erklärung des Vorsitzenden, Genossen Galle, an einem Theaterabend in Schumanns Garten gemacht wurde — die Mandolinenspieler haben uns aufs trockne gesetzt — stellen wir fest, daß damit nicht der Arbeiter-Mandolinenklub gemeint ist, sondern nur die kleine Spielergruppe „Malo“, die uns ihre Mitwirkung zugesichert hatte. Der Arbeiter-Mandolinenklub mußte dagegen aus anerkannten Gründen von einer Mitwirkung Abstand nehmen.“

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Am 5. Jan. 1928 ärztlicher Unterricht nur für Samariterinnen. Dienst vom 29. Dezember bis 4. Januar: Paul Rothe, Tröglitzer Straße 9 III (Nachtglocke); Werner Wolf, Rasberg 30 I; Emil Bischoff, Neumarkt 16; Gertrud Göhring, Badstubenvorstadt 8c; Otto Bauer, Geraer Straße 24; Paul Albrecht, Stephanstraße 36 H.; Elsa Göbner, Geraer Straße 88; Kurt Großmann, Schädestraße 15; Gertrud Tuchscherer, Gärtnerstraße 8 II; Ernst Schindler, Schillerstraße 21.

Gröben. Von der Schule. In der Schule herrschen Verhältnisse, die vielleicht in das Mittelalter gehören, die jetzt aber nicht mehr vorkommen sollten. Der Herr Rektor ist eine besondere Nummer für sich. Er läßt, wenn er keine Zeit (oder keine Lust?) hat, sich selten sehen. Es wird ihm auch nachgeredet, daß er bei seinen Besuchen etwas nach Alkohol riecht. Das ist so ein Gespräch im Orte. Während des Unterrichtes müssen die Kinder für ihn Wege besorgen, im Sommer sogar Futter für das Vieh holen, damit es wachse und gedeihe. Die Kinder, die an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen, werden überhaupt nicht beachtet von manchen Lehrern. Wir begnügen uns heute mit dieser Notiz und hoffen, daß sich der Elternbeirat energisch der Sache annimmt. Unsere Kinder sollen etwas lernen, damit sie später als Klassenkämpfer ihren Mann stehen.

Rössuln. Rüstet zur Jugendweihe. Wie alle Jahre veranstalten die Freidenker für die Schulentlassenen eine Jugendweihe. Der Termin derselben wird später noch bekanntgegeben. Alle Eltern von Rössuln und den umliegenden Ortschaften, die mit der Kirche gebrochen haben und ihre Kinder zur Jugendweihe schicken wollen, melden sich rechtzeitig bei den Genossen Ernst Pfeiffer, Köpsen; Albert Fuchs, Rössuln; Emil Sachse, Webau; Paul Dornblut, Wählitz; Albert Rödiger, Granschütz; Karl Wenzel, Nellschütz. Es wird erwartet, daß sich recht viel daran beteiligen.

Aus dem Saalkreis

Lebendorf. Bei der Treibjagd wurden 148 Hasen geschossen. Das war die zweite Jagd der letzten Zeit, insgesamt wurden 400 Hasen zur Strecke gebracht. Nun fragt aber nicht, ob nur einer davon in den Topf eines Arbeiters wandert.

Niemberg. „Ein Weihnachtsengel“ erschien bei dem Landschaftskassendirektor Schoßig in der Nacht zum 23. Dezember, das ist bekanntlich jene Nacht, in der die Kinder der Reichen im Traume liegen und von schönen Sachen träumen. Der „Engel“ brachte aber nichts, sondern er nahm mit. Bei Schoßig war wahrscheinlich das, was woanders fehlte. 600 Mark Bargeld fielen den nächtlichen Besuchern ohne weiteres in die Hände und dann noch einige Schachteln der zu Weihnachten unerläßlichen Süßigkeiten. Wenn der „Engel“ die Sachen zugunsten der Armen verwandt hat, möchte sein Tun und Treiben immer noch gehen.

Arbeiter-Sport

Aus dem bürgerlichen Korruptionssumpf!

Wir entnehmen unserer Bruderzeitung, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ folgendes:

Die Ligavereine „Eintracht“ und „Sportfreunde“

Die beiden im Süden Leipzigs dominierenden bürgerlichen Ligavereine bedürfen anscheinend sehr dringend einer Auffrischung ihrer Mannschaften. So hat „Eintracht“ kürzlich mehrere Versuche unternommen, um Fußballspieler von dem Arbeiter-Turn- und -Sportverein „Vorwärts“ Leipzig-Süd für sich zu gewinnen. 15 Mark pro Spiel, Freibier und Essen waren zugesagt, die beiden Spieler waren schon aufgestellt. Sogar die Frau eines Vorstandsmitgliedes (!!!) ist als Vermittlerin aufgetreten. Die betreffenden zwei Spieler waren aber trotz Arbeitslosigkeit nicht zum Verrat am Arbeitersport zu bewegen.

Neuerdings hat der Verein „Sportfreunde“ versucht, einen guten Spieler für seine Liga-Handball-Mannschaft zu kaufen. Auch dieser Spieler gehörte dem Verein „Vorwärts“ Leipzig-Süd an. Anscheinend war hier der Spielführer der Mannschaft als Käufer tätig. Der Brief lautet:

Werter Herr . . . .!

Durch schon längere Beobachtungen, Ihnen neue Möglichkeiten in unserer Handball-Liga geben zu können, hoffen wir auf einen neuen Spieler in unserer Mannschaft. Wir erwarten Sie bestimmt am kommenden Sonntag auf dem Platze. Es kommen in Frage 5 Mark und Spesen.

Mit Hochachtung zeichnet
K. Hering.

Nach Stil und Schriftzügen ist der Briefschreiber ohne Zweifel aus dem Arbeiterstande. Die Vereinsleitungen schicken hier Leute vor, damit sie selbst rückenfrei sind. Das Angebot von 5 Mark und Spesen läßt vermuten, daß die Kasse der „Sportfreunde“ nicht so gespickt ist, als die von „Eintracht“. Man spricht davon, frühere Vorstandsmitglieder hätten falsch spekuliert. Diesmal sind die „Sportfreunde“ abgeblitzt. Vor einigen Jahren gelang es ihnen, einige Fußballspieler von unserem Vereine zu ködern, einige derselben werden jetzt noch als „Kanonen“ gefeiert. Auch diesen wird der verdiente Lohn nicht entgehen. Bald werden sie als verbrauchte Schlacken, als Altmaterial ausgeschifft werden und niemand wird mehr nach ihnen fragen. Wenn die Liga-Vereine trotz Arbeitslosigkeit usw. kein Glück mit ihren Angeboten haben, läßt dies erkennen, daß die Arbeitersportler ihre Ueberzeugungstreue nicht um 5 oder 15 Mark verkaufen.

Da in letzter Zeit in mehreren Vereinen Leipzigs solche Spielerziehungen zu beobachten sind, mögen die Arbeiter-Turn- und -Sportvereine diese Spielerkäufer und -beobachter scharf unter die Lupe nehmen, gegebenenfalls diesen Leuten, wenn auch in unsanfter Art, den Ausgang von unseren Plätzen weisen.

In Halle sind bereits ähnliche derartige Blüten zu verzeichnen. Es ist Pflicht der Vereinsleitungen und Spitzenorganisationen, in allen Tagungen und Sitzungen auf einen gesunden Arbeitersport hinzuweisen.

Macht Euch frei von allem, was Euch unterdrückt, und laßt die „feudalen Vereine“ unter sich. Meidet die bürgerlichen Sportplätze und tretet ein für einen Massensport.

Arbeiter, Angestellte, die Ihr heute noch Sonntag für Sonntag Eure sauerverdienten Groschen zu den bürgerlichen Sportvereinen tragt, laßt ab davon, Ihr unterstützt nur dieses dreckige System. Fallt Euren Arbeitsbrüdern in der Arbeitersportbewegung nicht in den Rücken. Bedenkt dies, reiht Euch ein in die Front der Arbeitersportler. Heraus aus dem Sumpf der Bürgerlichen, hinein in die Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung. Fr. B.

455000 Mark — 27 deutsche Rekorde!

„Der Gesamtbetrag, der durch die Ullstein-Olympia-Spende, durch Reichsmittel und durch öffentliche Sammlungen des Reichsausschusses für Leibesübungen zusammenkam“, schreibt das Ullstein-Blatt, die „B. Z. am Mittag“, „beträgt fast ½ Million, genau 455 000 Mark.“ Das sind die bisherigen Mittel, die die schwarzweißroten bürgerlichen Sportverbände bisher für die Vorbereitung der paar Kanonen für die Amsterdamer Olympiade im nächsten Jahre, wo „Deutschlands Weltgeltung“ zum Ausdruck kommen soll, einschließlich der Hunderttausende aus Reichsmitteln erhalten haben. Weitere Hunderttausende für 1928 stehen vom Reiche noch aus. Und was ist der „Erfolg“? Die „B. Z. am Mittag“ plaudert darüber folgendermaßen: „. . . sind doch in der Leichtathletik allein nicht weniger als 27 deutsche Rekorde verbessert und auf allen anderen Gebieten zahllose internationale Siege erreicht worden.“

Ein interessantes Rechenexempel ergibt sich daraus. Jeder teutsche Rekord kostete der werktätigen Bevölkerung — denn aus dem Steuersäckel stammen die Mittel — über 10 000 Mark. Für die schwarzweißroten Republikaner ist immer Geld da, für die Arbeitersportler aber genügen Bettelpfennige! Wird das Reich auch so bereitwillig sein, den Arbeitersportverbänden Mittel für die Teilnahme an der Spartakiade in Moskau zur Verfügung zu stellen?

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Alle Vereine, die dem Kartell angeschlossen sind, haben das 4. Quartal bis zum 4. Januar 1928 an den Kassierer, Sportgenossen Rosenberg, Burgstr. 82, möglichst von 6 bis 8 Uhr abends abzuführen.

Die Generalversammlung findet am Dienstag, dem 24. Januar 1928, im „Volkspark“ statt.

An die Spartenleitungen der dem Sportkartell Halle angeschlossenen Vereine

Ersuche hiermit die Vorsitzenden, innerhalb ihrer Sparte bis zur Generalversammlung des Kartells am 24. Januar 1928 einen Sportgenossen zu bestimmen, der seine Sparte im technischen Ausschuß des Kartells vertreten soll.

J. A.: Karl Oertel, Böllberger Weg 6.

Schiedsrichtervereinigung (Handball). Achtung, Vereinsspielleiter! Am 28. und 29. Januar findet für die 5. Gruppe in Löbejün ein Schiedsrichterkursus statt. Es ist Pflicht von allen Gruppenvereinen, Schiedsrichter zu entsenden. Es finden am Sonnabend, dem 28. Dezember, ein theoretischer Kursus und am Sonntag früh gleich Prüfungsspiele in Löbejün statt. Als Pflichtspiele gelten: 9 Uhr Löbejün Jugend — Krosigk Jugend; 10 Uhr Löbejün 1. — Naundorf 1. Die Vereinsspielleute haben Sorge zu tragen, daß der Kursus beschickt wird und die Mannschaften antreten. Zeit und Lokal wird noch bekanntgegeben. Der Ausschuß.

Verbindlich. Handball: Das Spiel Minerva — Sportlust Sportlerinnen zum 1. Januar 1928 ist krankheitshalber abgesagt.

Turner. Alle Wintersportler, die am Kreiskursus in Braunlage teilnehmen, müssen den vom Genossen Wentir erhaltenen Fragebogen sofort zurücksenden. Der Fahrpreis beträgt 12,60 Mk. und wird erst dort vergütet. Zwecks Regelung der Abfahrt treffen sich alle Teilnehmenden Montag, den 2. Januar 1928, ½20 Uhr, in der Geschäftsstunde der Turnspieler. J. A.: Adolf Werge.

Gruppenspielmannszug Zeitz. Am 8. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Zeitz, Restaurant „Felsenkeller“, Freiliggrathstraße, unsere Gruppentagung statt.

Vereinsmitteilungen

HFC. Sportlust 07 (Handball). Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, Handballersitzung sämtlicher Mannschaften bei Hübner. Auch die Sportlerinnen haben zu erscheinen. Im Interesse der Mannschaftsaufstellungen ist vollzähliges Erscheinen erwünscht. [926

Sportklub Adler von 1895. Am Silvesterabend Treffpunkt aller Mitglieder beim Sportkollegen Stockmar. — Am Neujahrstage Zusammenkunft aller Adler-Leute in der „Deutschen Eiche“, Diemitz. [927

ABB. Mötzlich. Sonnabend, den 31. Dezember, treffen sich sämtliche Mitglieder mit Angehörigen im „Posthorn“. Der Vorstand. [928

Fichte-Halle (Handball). 1. Sportlermannschaft am Freitag, dem 30. Dezember, nach der Turnstunde sehr wichtige Sitzung. [930

Sportabteilung Bitterfeld 03. Freitag, den 30. Dezember, Generalversammlung im „Gesellschaftshaus“. Anfang 20 Uhr. Jeder Genosse hat wegen der wichtigen Tagesordnung zu erscheinen. Genossen, zeigt mehr Interesse am Vereinsleben. Bezahlt Eure Beiträge! [931

T.-V. „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Halle

Am Silvesterabend Nachtwanderung durch die Dübener Heide nach dem Eisenhammer. Abfahrt Sonnabend 18.06 und 20.41 Uhr. Erstere Sonntagskarte bis Burgkemmnitz, letztere Sonntagskarte bis Gräfenhainichen. Nach Neujahr finden in allen Gruppen wie bisher wieder die Uebungsabende in den bekannten Turnhallen und Schulen statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0010
DFG

Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfelder Spießbürger

stellen sich in warmen Schuhen und im Pelzmantel auf den Marktplatz und heucheln Wohltätigkeit

Am Sonnabendnachmittag hatte sich auf dem Marktplatz um den Weihnachtsbaum eine Musikerkapelle versammelt, welche die so vielgepriesenen Weihnachtslieder herunterleierte, die ja doch nur Hohn und Spott für die Arbeiterklasse bedeuten.

Wenn man so bedenkt — hier im Lande spielen die Bourgeois „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit", und draußen, im fernen Osten, in China, werden Tausende von Arbeitern hingemordet.

Herrn Ebermann möchten wir einmal fragen: Haben Sie am Sonnabendabend auch an die Erwerbslosen und an die alten Leute gedacht, welche zu Hause in ihrer Hütte kaum das trockene Brot übrig hatten und die an den „Feiertagen" mußten fechten gehen?

Herr Ebermann, wie sieht es mit Ihrer Wohlfahrt aus? Hier könnte sich der Magistrat der Stadt Bitterfeld etwas mehr „wohltätig" zeigen. Wir glauben bestimmt, daß noch ein großer Teil der Lumpensammlung übrig geblieben ist. Was geschieht denn mit diesen Sachen? Es wäre vielleicht besser gewesen, Sie hätten die alten Zylinder, Schlipse und was nicht alles übrig geblieben ist, unter den Weihnachtsbaum auf dem Markt gelegt, damit die Proleten es sich beim Konzert am Sonnabend einmal ansehen konnten.

Wer nun etwa dachte, daß bei dem Konzert die Leute sich ansammeln würden, der hatte sich schwer geirrt, denn man sah meistenteils Spießbürger stehen, welche vor Langeweile nicht wissen, was sie zu Hause angeben sollen.

Die Arbeiterschaft bedankt sich für derartige Heuchlerkonzerte. Sie weiß genau, daß der Friede nicht eher kommt, bis das kapitalistische System gestürzt ist und die Arbeiterschaft die Diktatur des Proletariats errichtet hat, trotz der reformistischen Führer, welche heute noch dieses System unterstützen. Hoffentlich biegen sich im neuen Jahre die Balken, damit der Bruchladen der kapitalistischen Diktatur zusammenbricht.

Scheinheiligkeit zur Weihnachtszeit

Das „Bitterfelder Tageblatt" entrüstet sich über den „Pöbel"

„Bei dieser Straßenszene (beim Versuch der Verhaftung des Invaliden) wurde wiederum beobachtet, daß zahlreiche Umstehende für den Invaliden Stellung nahmen, ohne den Sachverhalt zu kennen und so den Beamten den Dienst erschwerten.

Das „Bitterfelder Tageblatt", welches in dieser Woche so schöne Berichte über die Weihnachtsfeiern des Stahlhelms, des Lieschenbundes und aller dieser nationalen Organisationen veröffentlicht hat und welches sich mit allen Mitteln für die Altkleidersammlung eingesetzt hat, lieferte vor einigen Tagen einen prachtvollen Beweis dafür, daß es ein ausgesprochenes arbeiterfeindliches Schmierblättchen ist.

Am Mittwoch in der vorigen Woche ereignete sich hier in Bitter-
Es ist begreiflich, daß in einem solchen Falle das Mitleid des Publikums dem Invaliden gegenüber geweckt wird, aber man darf dabei doch nicht vergessen, daß die Beamten nur ihre Pflicht tun. (!) Ohne triftige Gründe wird schließlich kein Mensch von der Straße weggeholt, am allerwenigsten ein Invalide."

Dieser Schmus, der zur Verteidigung der Polizei ge-
feld eine Tragödie, die den Arbeitern deutlich zeigt, daß auch die Weihnachtsstimmung nicht über das gräßliche Elend unter den breiten Massen hinwegtäuscht. Auf dem Weihnachtsmarkte hatte sich ein Invlide aufgestellt, der dort Waren zum Verkauft anbot. Im Reiche des „Retters" ist es aber verboten, daß ein Invalid auch nur den Versuch unternimmt, sich ein paar Pfennige zu verdienen. Kurzum, die Polizei, die regelt ja nicht nur den Verkehr, sondern behütet die Spießbürger auch vor dem Anblick dieser elen-
schrieben wurde, trägt die Ueberschrift: „Unangebrachtes Mitleid."
Eigentlich sollte sich jeder Kommentar hierzu erübrigen. Das „Bitterfelder Tageblatt", welches bei der Altkleidersammlung nicht genug schreien konnte: „Helft den Armen", nimmt hier in einer Weise gegen die Armut Stellung, die jedem die Augen öffnen den Menschen. Der Invalid wurde festgenommen, und man ver-
Wetter an die Straßenecke zu stellen und dort Waren feilzubieten, weil sie das „Vaterland" im Stich gelassen hat, werden von diesem suchte, ihn zur Wache zu schleppen.
sollte. Invaliden, die dazu gezwungen sind, sich in Wind und
Aus diesem Hergang schlägt nun das „Bitterfelder Tageblättchen" Kapital und füllt seine Zeilen. Dabei leistet es sich aber folgende sehr durchsichtige Gemeinheit. Es heißt nämlich:
Schandblatt als Pöbel hingestellt.
Besser konnte sich die Scheinheiligkeit nicht kennzeichnen.

„Olaf, die Tragödie eines Sportlers"

Zur Aufführung in Wittenberg

Die Aufführung des „Olaf", einer Sportlertragödie in Wittenberg durch die Allgemeine Ortskrankenkasse 1 und die Betriebskrankenkasse der Bayrischen Stickstoffwerke, mit Unterstützung des Landesverbandes Sachsen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, sowie des Landesausschusses Sachsen für Hygienische Volksbelehrung, war ein Versuch durch eine Theateraufführung, den Verlauf der Infektionskrankheit „Syphilis" den Zuschauern vor Augen zu führen. Desgleichen deren Gefährlichkeit und Ausdrucksformen und was der Staat zur Verhütung dieser Krankheit tut.

Die Handlung des Stückes ist folgende: „Der Sportler Olaf soll von dem Schiedsgericht disqualifiziert werden. Durch die Verwendung seines Freundes, der ebenfalls Sportler ist, will man es noch einmal versuchen. Er soll zur nächsten Olympiade sein Können zeigen, verliert jedoch wieder und läßt sich bei einem Arzt untersuchen. Derselbe stellt fest, daß Olaf Syphilis hat. Bei einer Feier seines errungenen Sieges, im Alkoholrausch, ist er angesteckt worden. Eine Kellnerin hat ihn infiziert. Trotz der Warnung des Arztes heiratet der Kranke, da ein Kurpfuscher, zu dem seine Geliebte geht, nur eine leichte Erkältung feststellt. In der Folge wird nun die Frau ebenfalls krank, während der Mann an den Folgen seiner Infektion wahnsinnig wird, einen Mord begeht und dann stirbt.

Das Spiel der Künstler war flott. Trotzdem der Saal eine schlechte Akustik hatte, verfolgten die Erschienenen mit Interesse die Handlung.

Nun kommt es nicht allein darauf an, zu sagen, daß man sich leicht eine solche Krankheit zuziehen kann, oder daß auch der Staat es noch an der nötigen Aufklärung fehlen läßt, wie während der Aufführung ganz zahm angedeutet wurde. Man muß der Sache mehr zu Leibe rücken. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung mit ihrer verlogenen Moral ist hier wie überall die Schuldige. Lehrer, die den Kindern den Vorgang der Zeugung, wie überhaupt der sexuellen Eigenschaften des Menschen, an Beispielen an der Natur demonstrierten, wurden aus dem Amt gejagt. Was soll erst unter dem neuen Reichsschulgesetz werden? Wer schafft denn schließlich die Kellnerinnen und Prostituierten, die ihren Leib für Geld verkaufen müssen? Erwerbslosigkeit und schlechte Löhne in der Bürgerblock-Republik sind die Ursachen!

So sehr das Bestreben der Krankenkassen von uns verstanden wird, so muß man doch auch klar und eindeutig sagen was ist.

Erst wenn die Arbeiterschaft die Macht hat, wenn an die Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung eine neue, bessere, die sozialistische Gesellschaftsordnung getreten ist, erst dann werden diese Krankheiten und alle Gebrechen des heutigen Systems verschwinden.

Der Bürgermeister von Zahna schwänzt die Stadtverordnetensitzung

um sich von der Verantwortung zu drücken

Zu der letzten Stadtverordnetensitzung ist folgendes zu berichten: Die Kosten für den Umbau des Rathauses konnten noch nicht festgestellt werden, da die Arbeiten noch nicht beendet sind. Nach Beendigung derselben ist ein lange bestehendes Uebel abgeschafft und etwas Neues, Gutes geschaffen. Für das neue Achtfamilienhaus wurde eine Anleihe von 12 000 Mk. bei der hiesigen Stadtsparkasse aufgenommen. Die Sparkassenrechnung von 1924 wurde vorgelegt und Entlastung erteilt. Dann sollte Kenntnis genommen werden von der außerordentlichen Kämmerei- und Sparkassenrevision. Das Protokoll von der Kämmereikasse lag vor. Das von der Sparkasse dagegen nicht. In dieser Angelegenheit wollen wir uns einmal nach dem Grunde umsehen.

In der Nummer 253 des „Klassenkampf" erschien ein Artikel, betitelt „Unregelmäßigkeiten bei der Stadtsparkasse in Zahna". Dieser Artikel scheint dem Bürgermeister Fleischhauer arg in die Knochen gefahren zu sein, denn er hat nachdem auf jede Art und Weise versucht, sich von der erhobenen Anklage reinzuwaschen, aber er hat es nicht geschafft, trotz aller Mittelchen. In den hiesigen Zeitungen schrieb er ein Eingesandt. Aber es ist nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Das Mißtrauen besteht weiter. Es glaubt ihm in dieser Sache niemand mehr. Nun glaubte die Oeffentlichkeit in der letzten Sitzung eine Aufklärung zu erhalten, weil der Punkt auf der Tagesordnung stand. Aber weit gefehlt, denn unser würdiges Stadtoberhaupt hatte den besten Teil der Tapferkeit vorgezogen. Er erschien überhaupt nicht zur Sitzung.

Diese Handlungsweise läßt sich schlecht mit seinen Eigenschaften, von denen er prahlt, vereinbaren. Er besitzt nämlich Kampfgeist. Er ist eine Kampfnatur. Wenn es aber in Wirklichkeit etwas zu kämpfen gibt, dann zieht er sich in die Etappe zurück.

Wir wollen feststellen, was sich der Herr Bürgermeister nicht getraut. Bei der Anlage eines Kontos zur 600-Jahrfeier bei der hiesigen Stadtsparkasse hat er eigenmächtig gehandelt. Er hat weder den Vorstand noch den Magistrat gefragt. Er behauptet in seinem Eingesandt das Gegenteil. Trotzdem bricht sich die Wahrheit Bahn, denn was der „Klassenkampf" in seinem Artikel brachte, hat auch der Regierungs-Kassenrevisor in seinem Revisionsprotokoll bestätigt. Der Bürgermeister selbst hat das besagte Protokoll in einer Sitzung vorgetragen. Wohlweislich hat er das Revisionsprotokoll den Stadtverordneten nicht vorgelegt, trotzdem er den Punkt auf der Tagesordnung hatte. Ein solches Verhalten spricht für seine Schuld.

Das Eingesandt stimmt auch nicht. Es gibt darüber noch Auseinandersetzungen.

Auch die Zeitung der „Klassenkampf", an dem nach Ihrer Meinung Blut klebt, wird dafür sorgen, daß Sie in Ihrer Amtstätigkeit nicht allzu sehr auf Rosen gebettet sind. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde die Wohnungsfrage erörtert. Genosse Lehmann stellte den Antrag, die Stadt soll sich im kommenden Jahre wiederum die Hauszinssteuergelder sichern und davon zwei Vierfamilienhäuser errichten. Die noch fehlenden Gelder sollen aus dem von der Regierung bestimmten Prozentsatz der Einlagen bei den öffentlichen Kassen aufgenommen werden. Der Antrag wurde angenommen. Trotz der ungefähr 35 in diesem Jahre erbauten Wohnungen ist die Wohnungsnot noch groß und im Interesse der Wohnungssuchenden ist es Pflicht, für Wohnungen zu sorgen.

Bitterfeld. Zur Jugendweihe. Es macht sich notwendig, daß am Donnerstagabend 7 Uhr alle Eltern, deren Kinder Ostern die Schule verlassen, sich zu einer Aussprache einfinden, zwecks Jugendweihe im kommenden Jahre.

Bitterfeld. Aufgefunden wurde gestern mittag ein Mann, sitzend in der Haustür Rathenaustraße 31. Auf dem Wege zum Krankenhause ist er verstorben. Seine Personalien konnten noch nicht festgestellt werden. Der Verstorbene dürfte etwa 50 Jahre alt sein.

Brehna. Neue Benzin-Tankstelle. Die Monopolin-Gesellschaft hat hier eine neue Benzin-Tankstelle errichtet, und zwar vor dem Grundstück Bahnhofstraße 1.

Roitzsch. Am Morgen des 2. Weihnachtsfeiertages stellte der Streckenläufer auf seinem Dienstgange zwischen den Blockstellen Kr. und Hi., auf der Strecke Bitterfeld—Roitzsch, einen Schienenbruch fest. Innerhalb einer Schiene hatte sich ein Stück Eisen gelöst und lag jedoch noch in seiner richtigen Lage.

Roitzsch. „Freue dich, o Christenheit!" Infolge der „glücklichen" Lage, in die ihn unsere herrlichen republikanischen Zustände versetzt haben, hat sich der jugendliche Einwohner Erich Kögler am sogenannten „heiligen Abend" durch Erhängen im benachbarten Holzweißig das Leben genommen. — Wie viele sollen noch folgen? Jugendliche Arbeiter, so können wir die Verhältnisse nicht ändern. Nicht dadurch, daß wir das Leben wegwerfen, sondern dadurch, daß wir um des Lebens und der Zukunft willen unter Einsatz unseres Lebens kämpfen und uns einreihen in die KPD., die allein die Interessen des arbeitenden Volkes rücksichtslos vertritt.

Greppin. „Was wollen die Kommunisten?" Am Donnerstag, dem 29. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal Schmidt Beginn der Kursusabende. Thema: „Was wollen die Kommunisten?" Alte Parteigenossen und RFB.-Kameraden sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Jeder „Klassenkampf"-Leser ist zur Teilnahme eingeladen.

Greppin. Für alle dem RFB. gespendeten Beiträge für die Kapelle sprechen die roten Frontkämpfer hiermit allen Gebern ihren Dank aus. Insbesondere dem Böttcher W. Heinrich und dem Bäcker Paul Schmidt für die von ihnen gezeichneten Beträge.

Wittenberg. Ein Kind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Ein Stubenkinderwagen mit dem 5½ Monate alten Eberhard Krienitz war in das Schafzimmer gefahren und in die Nähe des Ofens gestellt worden. Die Eltern befanden sich einige Zimer davon in der Wohnung und wurden später durch Brandgeruch, der aus dem Schlafzimmer kam, auf das Unglück aufmerksam. Der Kinderwagen war durch die Nähe des Ofens ins Glimmen geraten, dadurch erstickte das Kind und verbrannte bis zur Unkenntlichkeit.

Wittenberg. Unliebsamer Weihnachtsbesuch. Ein Einbruch wurde bei dem Zigarrenfabrikanten Otto F. verübt. Die Einbrecher hießen größere Mengen Zigarren, Zigaretten und Tabakwaren mitgehen.

Wittenberg. Vergebliche Mühe. Die Feuerwehr wurde am frühen Morgen durch einen Fabrikfeuermelder nach der Schokoladenfabrik Kant, Dessauer Straße, gerufen. Der Melder war durch eine Störung in Betrieb gekommen.

Piesteritz. Selbstmordversuch eines Sprengstoffarbeiters am „heiligen" Abend. Der Arbeiter Richard Kühn aus den Sprengstoffwerken Reinsdorf versuchte sich am Sonnabend umzubringen. Er hing sich mehrere Male an den Zaun der Stickstoffwerke in Piesteritz auf, wurde aber zur rechten Zeit von Feuerwehrleuten wieder abgeschnitten. Die herbeigerufene Polizei überführte Kühn nach dem Paul-Gerhardt-Stift.

Pisteritz. Schwerer Unfall beim Baumanzünden. Beim Anzünden der Lichter am Tannenbaum geriet Watte in Brand, wodurch die Kleider der achtjährigen Tochter des Arbeiters R. Hirschfeld in Alt-Piesteritz von den Flammen erfaßt wurden. Das Mädchen erlitt am linken Arm schwere Brandwunden.

Aus Anhalt

Dessau. Die Reichswehr hatte Feuer gefangen. Ein Lastauto der Magdeburger Reichswehr geriet während der Fahrt durch Dessau auf unaufgeklärte Weise in Brand. An der Bismarckstraße sah man, wie aus dem fahrenden Wagen auf einmal Flammen schlugen. Auch die beiden Soldaten, die sich in dem Auto befanden, wissen nichts anderes zu sagen, als das plötzlich die Flammen unter ihnen emporschossen. Die Feuerwehr löschte den Brand, ehe er den Benzintank erreichte. Das Fahrgestell blieb erhalten, die Holzteile der Karosserie sind verbrannt.

Dessau. Verbrüht. Ein dreijähriger Junge fiel am 1. Weihnachtsfeiertag in einen Behälter mit heißem Wasser, wobei dem Kleinen die Beinchen so schwer verbrüht wurden, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Dessau. Mit einer Stichwunde schwer verletzt aufgefunden wurde in der Dunkelheit ein 17jähriger junger Mann von hier.

Dessau. Der Wasserstand der Elbe ist während der letzten Tage mehr und mehr gefallen. Bei Roßlau wurde mit einem Pegelstand von 0,15 über Null der niedrigste Stand des Jahres erreicht. Der Wasserstand ist jetzt so niedrig, daß die Schiffahrt nicht mehr betrieben wird. Man hofft, daß sich dieser Zustand durch das der Elbe zufließende Schmelzwasser ändern wird.

Jeßnitz. Eisgang auf der Mulde an den Weihnachtstagen. Auf der vollufrigen Mulde lösten sich am 1. Feiertag gegen 2 Uhr nachmittags die Eismassen, und mit donnerähnlichem Gepolter ging es talwärts. Neugierige gab es genug, die sich dieses seltene Naturschauspiel ansahen. In Raguhn setzten sich die Eismassen um 5 Uhr in Bewegung. Am zweiten Feiertag war das Wasser bereits wieder zurückgegangen.

Jeßnitz. Ueberfall auf ein Dienstmädchen. Am Dienstagvormittag zwischen 9 und 10 Uhr wurde die 16 Jahre alte Frieda Sch. aus Zschornewitz im Pöplitzer Busch zwischen Pöblitz und Altjeßnitz von einem Mann überfallen und vergewaltigt, nachdem er ihre Barschaft in Höhe von 10 Mark an sich gebracht hatte.

Feige Kampfesweise der Reaktionäre in Brehna

Wie sie sich das Arbeiterlokal „sichern" wollten — Wie die Polizeibehörde dabei half
Umsonst war all ihr Mühen

Sämtliche Arbeitervereine und Sportvereine in Brehna haben zu ihrer Vereinstätigkeit schon jahrzehntelang den „Gasthof zur Erholung" als Vereinslokal benutzt. Weil nun die reaktionären Kreise bisher keine Möglichkeit hatten, uns als Arbeitervereine irgendwie das Lokal zu entreißen, so versucht man jetzt, auf eine ganz feige, wohldurchdachte, planmäßige Arbeit der hiesigen Arbeiterschaft ihr Lokal zu entreißen. Nicht nur, daß man den Wirt in seinem Geschäft schädigt, sondern man will vor allen Dingen die revolutionären Organisationen lahmlegen.

Nun wollen wir der Brehnaer Arbeiterschaft mal aufzeigen, wie man bisher versucht hat, diesen Plan durchzuführen.

Vor ungefähr drei Jahren versuchte der hiesige Stadtkämmerer Herbst, den „Gasthof zur Erholung" für die Rechtsorganisationen freizumachen. Der Wirt Maas sollte also die Arbeitervereine auf die Straße setzen. Dafür sicherte man ihm den Verkehr der reaktionären Leute zu. Aber dies war nur zum Schein, denn diese Gesellschaft dachte nicht ernsthaft daran, den Wirt zu unterstützen. Als ihr Plan nun nicht glückte, versuchte Herbst das Lokal käuflich zu erwerben. Auch das schlug fehl. Nun setzten sich die sogenannten Nachbarn vom „Gasthof zur Erholung" zusammen (natürlich mit den betreffenden Hintermännern) und berieten darüber, was nun zu tun sei. Man kam überein, daß man bei der Polizeibehörde Beschwerde wegen ruhestörenden Nachtlärms einreichte.

Als ersten Beschwerdeführer schickte man den Kriegervereinler Jeßner vor. Das zog nicht genügend. Also kam Herbst wieder mit heran als Beschwerdeführer. Auch er konnte nicht das gesteckte Ziel erreichen. Deshalb vergrößerte man bei der letzten Beschwerde den Kreis der Beschwerdeführer. Die letzte Beschwerde wurde unterschrieben von Herrn Herbst, Dr. Eisler (Kriegervereinshauptmann), von dem echt teutschen Stahlhelmmann Rittmeister a. D. Horn und Gutsbesitzer Otto Kreising.

Letzterer erklärte bei einem Gespräch, was er führte: „Ich habe nur unterschrieben, um eben nichts abschlagen zu wollen, ein Interesse habe ich ja nicht weiter daran."

Nun, wie stellte sich die Polizeibehörde bisher zu diesen Beschwerden? Vor allem sei zuerst festgestellt, daß eine Polizeistrafe bisher noch nicht verhängt worden ist wegen ruhestörenden Lärms im „Gasthof zur Erholung" oder in der Nähe des Lokals. Zuerst gab es eine mündliche Benachrichtigung des Wirtes durch die Polizei. Im Mai folgte eine schriftliche Uebermittlung von Beschwerden und eine Androhung, wenn diese sogenannten Lärmszenen nicht aufhören, wird die Genehmigung zu öffentlichen Veranstaltungen im Lokal verweigert.

In einem Schreiben vom 18. Dezember 1927 droht die Polizei an, Veranstaltungen, welche nicht schon im voraus die Garantie für einen ruhigen Verlauf bieten, nur bis 10 Uhr abends zu genehmigen.

Vor allen Dingen haben die Spielmannszüge nur bis 10 Uhr das Recht zu spielen.

Diese Stellungnahme zeigt deutlich, wie die hiesige Polizeibehörde mit diesen Beschwerdeführern Hand in Hand arbeitet.

Vor allen Dingen war es Pflicht der Polizeibehörde, genau nachzuprüfen. Es steht auf jeden Fall fest, daß in jedem öffentlichen Lokal bei Veranstaltungen ein gewisser Tumult Platz greift, welcher aber kaum zu erwähnen ist.

Wie steht es denn mit dem „Gasthof zum Pelikan" bei Veranstaltungen? Ist da der Tumult nicht größer als anderswo? Ja, wenn im „Gasthof zur Erholung" nationale Weisen gespielt würden, hörte man wohl nichts von derartigen Beschwerden.

Man sieht vollständig klar, daß die ganze Sache nur aufgezogen wird, um die revolutionäre Arbeiterschaft in ihrem Vorwärtsstreben zu hindern. Den Herrschaften sei gesagt: Mit solchen feigen, niederträchtigen und gemeinen Kampfesmethoden werden sie ihr Ziel nicht erreichen. **Aber für die Arbeiterschaft sei es eine Lehre, diese Herrschaften überall dort, wo sie versuchen, auf feige Art die Arbeiterschaft zu schädigen, gehörig anzuprangern.**

Genossen, „Klassenkampf"-Leser!

Morgen, **Freitag,** und **Sonnabend,** kaufen wir **nur bei unseren Inserenten ein!** Gebt an der Kasse oder an den Geschäftsinhaber diese stille Antwort ab: (Ausschneiden)

Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen
Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen	Weil Sie im „Klassenkampf" inserieren, kaufe ich bei Ihnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Steigerung der Erwerbslosenziffer im halben Monat um 300 Prozent

nach dem Wochenbericht des Arbeitsamts Delitzsch

Der Arbeitsmarkt hat eine weitere Belastung erfahren, die noch stärker ist als die im November d. J. Die Bau- und sonstigen Außenarbeiten mußten fast restlos eingestellt werden. Hinzu kam noch der Kampagneschluß von Rohzuckerfabriken und Ziegeleien. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist gegenüber dem Stande vom 1. November um rund 300 Prozent gestiegen; zurzeit erhalten Unterstützung: Arbeitslosenversicherung: 1442 männliche und 41 weibliche Hauptunterstützungs- mit 1831 Zuschlagsempfängern. Krisenfürsorge: 34 männliche und 4 weibliche Hauptunterstützungs- mit 54 Zuschlagsempfängern.

In der Landwirtschaft nahmen die Entlassungen ihren Fortgang. Ständiges lediges Personal wurde weiter verlangt, jedoch ist die Nachfrage stark zurückgegangen. Mehrere Landarbeiter-Familien werden noch zum 1. Januar gesucht. Vermittelt wurden 8 ledige männliche Arbeiter, 1 Schweizer und 1 Kuhfütterer. Außerdem wurden noch 15 Arbeitskräfte zum Dreschen zugewiesen. In Gärtnereien erfolgten ebenfalls Entlassungen.

Der Bergbau ist noch aufnahmefähig. Bedarf besteht an 60 Grubenarbeitern, die zum Teil schon zugewiesen sind.

In der Metallindustrie wurden von einem Leichtmetallwerk mehrere Arbeiter und Schlosser eingestellt. Geringer Zugang war noch an Schlossern zu verzeichnen. In der Industrie der Steine und Erden war Zugang an Ziegeleiarbeitern. In Nahrungs- und Genußmittelgewerbe fanden durch Kampagneabschluß von Zuckerfabriken zahlreiche Entlassungen statt. Ein Teil der Entlassenen fährt in die Heimat (Eichsfeld), während ein anderer Teil im Bergbau untergebracht werden kann. Die Tabakindustrie bietet nach wie vor Zigarrenarbeiterinnen für Fabrikarbeit Beschäftigung.

Durch die strenge Kälte hat sich die Lage im Baugewerbe erheblich verschlechtert. Die Anfang dieses Monats infolge Rückganges des Frostwetters wieder eingestellten Bauhandwerker kamen sämtlich wieder zur Entlassung. Im Verkehrsgewerbe wurden Arbeitskräfte zum Schneeschaufeln von der Reichsbahn verlangt. Die Stellen konnten besetzt werden.

Delitzsch, wie siehst Du bloß aus

Unsere Stadt, die nach außen immer glänzen will, ist, wenn man richtig hinsieht, ein wahres Dreknest. Da ist zum Beispiel die Kohlstraße, eine verkehrsreiche Straße unseres Ortes. Diese Straße gleicht bei Tau- oder Regenwetter einem Schlammgraben. Durch den starken Autoverkehr, und vor allen Dingen durch das verrückte Fahren, sind die Fenster der Häuser bis ins erste Stockwerk über und über mit Kot bespritzt.

Bei Regen- oder Tauwetter ist diese Straße fast nicht zu passieren, wenn man nicht in den „Genuß" kommen will, seine Sachen einsauen zu lassen. Die Kraftwagenführer fahren mitunter so wahnsinnig schnell, ohne sich nur im geringsten um die Straßenpassanten zu kümmern.

Wo bleibt hier das „Auge" des Gesetzes? Wohl ist die Kohlstraße gepflastert. Aber wie? Sogenanntes Katzenkopfsteinpflaster. Sie ist für Radfahrer fast nicht zu passieren. Warum wird diese Straße nicht neu gepflastert? Sowiel uns in Erinnerung ist, ist diese Sache schon einmal im Stadtverordnetenplenum erörtert worden. Aber anscheinend ist kein Geld da.

Aber einen Weihnachtsbaum aufzustellen, da reicht das Geld hin.

Uns kommt da ein bekannter Spottvers in den Sinn, welcher vor einigen Jahren hier viel gesungen wurde. Er lautet:

O, Delitzsch, wie siehst Du bloß aus?
Die Straßen voll Dreck,
Und keiner kehrt's weg.
O, Delitzsch, Du dreckiges Nest!

Versöhnung oder Kampf

Kritische Bemerkungen von einem Besucher des Theaterabends der Freien Turnerschaft am 1. Weihnachtsfeiertag in Hohenleipisch

Die Freie Turnerschaft Hohenleipisch veranstaltete, wie alljährlich, am 1. Weihnachtsfeiertag einen Theaterabend. Der Saal war, wie jedes Jahr, bis auf den letzten Platz besetzt. Hofften doch die anwesenden Arbeiter, wie auch ich selbst, ein gutes Theaterspiel zu sehen, welches uns den Weg zeigt zur Befreiung der Arbeiter vom Joch der Kapitalisten. Ich hatte mich zuvor wenig darum gekümmert, was für ein Stück gespielt wurde. Bald brachte ich in Erfahrung, daß das Programm ein Theaterstück „Um Ehre und Glück" aufwies. Schon wurde mir klar, daß dies nicht viel für die werktätige Bevölkerung unseres Ortes bedeuten konnte. Es war denn auch so.

Weihnachtsabend bei einem Kanzleirat, dessen Sohn ein Verhältnis mit einem Mädchen hatte, was nicht zu den Besitzenden zu rechnen war. Der Kanzleirat wollte jedoch, daß sein Sohn eine Besitzende heiraten sollte. Am Ende war natürlich Versöhnung am Weihnachtstage zwischen arm und reich. Während der Pausen wurde zum Ueberfluß gespielt: „Vom Himmel hoch, da komm ich her."

Sind das Wege, die die Freie Turnerschaft zu ihrem Ziefen führt? Nein. Hier legt man das Volk in Fesseln, verbreitet Illusionen, die niemals Wirklichkeit sind. Der Kapitalist kennt kein Erbarmen. Auch am „Weihnachtsfest" nicht. Er weiß nur allein das arbeitende Volk zu unterdrücken.

Warum spielt Ihr Sportler nicht die Wirklichkeit, wo Ihr Proleten doch jeden Tag die Brutalität des Unternehmers zu spüren bekommt? Auch bei uns gilt es, in Zukunft **proletarische Weihnachtsfeiern** zu veranstalten, wobei der **Klassencharakter** nicht verwischt wird.

Weihnachtsfeier der IAH. in Elsterwerda

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, Ortsgruppe Elsterwerda, hat im vorigen Jahre, wie auch in diesem, am 23. Dezember ihre Weihnachtsbescherung im Saale des „Holzhofes" abgehalten. Die Eröffnung der Bescherung wurde durch die Schallmeienkapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes, Ortsgruppe Elsterwerda, mit dem Liede von R. Strzelewicz: „Stille Nacht, traurige Nacht, ringsumher Lichterpracht", eingeleitet. Das Referat und die Mahnung zum Zusammenschluß hielt der Stadtverordnete Genosse Adolf Schöne. Zur Verteilung kamen 51 Pakete mit neuen Kleidungsstücken für 85 Kinder. 108 Kinder wurden mit Kakao, Gebäck, Nüssen, Aepfeln usw. beschert. Dazu wurden noch 17 Lebensmittelpakete für alte Sozialrentenempfänger ausgegeben. Die Stadt Elsterwerda hat 100 Mark, der Kreis 100 Mark und die Gemeinde Biehla 100 Mark dazu beigetragen. Auch die Geschäftswelt von Elsterwerda ließ uns nicht im Stich und brachte durch Sammlung der Genossin Berta Schiemenz 50,50 Mark und etliche Kleidungsstücke, Gebäck, Spielzeug und anderes mehr zusammen. Alle Kinder und Eltern freuten sich. Der Saal war voll besetzt. Auch der Genosse Dr. Walter Mietzke hatte seine Hand reichlich aufgetan, indem er für jedes Kind ein Päckchen getrocknete Bananen, ein Tütchen Erd- und Walnüsse und Datteln gespendet hat. Die Kapelle sorgte fortwährend für gute Unterhaltung und am Schlusse sangen die Kinder und etliche Genossinnen noch Freiheitslieder. Die schlichte Bescherung der IAH war beendet.

Anmeldungen zur IAH werden bei dem Genossen Franz Krause, Rathausstraße, und bei dem Genossen Alfred Kümmel, Lange Straße 1, entgegengenommen. Auch der „Klassenkampf" kann hier bestellt werden.

Proletarische Weihnachtsfeier in Plessa

Am 1. Weihnachtsfeiertag veranstaltete die „Freie Turnerschaft" Plessa einen Familienabend, bestehend aus einem Theaterstück sowie turnerischen und musikalischen Darbietungen. Der Abend kann als gut gelungen bezeichnet werden. Ganz besonders gefielen die Konzertstücke des Plessaer Orchesters, die unter Leitung des neuen Kapellmeisters Gork zu Gehör gebracht wurden. Die Spieler des Theaterstücks, die durchweg junge Kräfte waren, gaben ihr Bestes, um das zahlreich erschienene Publikum (etwa 300 Personen) zufriedenzustellen. Durch vielen Beifall wurde es ihnen gelohnt.

Was das Turnerische anbelangt, so muß gesagt werden, daß sämtliche Uebungen gut klappten. Nur müssen die Turner auf eine mehr exakte Haltung bedacht sein.

Arbeiter von Plessa, Ihr habt wieder einmal gesehen, daß auch ein Arbeiterverein etwas Gutes bietet. Darum rufen wir Euch zu, meidet die bürgerlichen Veranstaltungen, die doch nur mit ihrem Kitsch Eure Gehirne verkleistern. Tretet aus den bürgerlichen Vereinen aus. Hinein in die Arbeiter-Sportvereine. Schickt Eure Jugend zu den Arbeiterorganisationen.

Elsenburg. 80 Pfund Mehl „entnommen" wurden einer hiesigen Mehlhandlung. In der Verkaufsbude gegenüber der Oktschule kamen zirka 2000 Zigaretten, 25 Pakete Tabak, etwa 500 Zigarren und 50 Tafeln Schokolade abhanden.

Hohenossig. Eine Scheune abgebrannt. Am Sonnabend wurde die Scheune des Henzeschen Gutes, in der Getreide, Stroh und landwirtschaftliche Maschinen aufbewahrt wurden, mit Inhalt ein Raub der Flammen.

Gleisen. Arbeitslose Bauarbeiter. Der Deutsche Baugewerksbund, Zahlstelle Gleisen, ersucht uns um folgende Mitteilung: Um eine geregelte Zeit zur Auszahlung der Unterstützung sowie auch erneuter Arbeitslosmeldung durchzuführen, wird hiermit jedem Kollegen bekanntgemacht, daß in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit folgende Zeit festgesetzt wird: Sonntag vormittag von 9 bis 11 Uhr. Alle Kollegen, welche die Zeit nicht einhalten, können erst die nächste Woche ausgezahlt bekommen. Kollegen, sorgt für Pünktlichkeit. Sagt es auch den Kollegen, welche den „Klassenkampf" nicht lesen.

Torgau. Die Lichtenburg muß weichen. Wie berichtet wird, soll das preußische Justizministerium die Absicht haben, das Gefängnis in der Lichtenburg zu räumen. In dem Gefängnis befinden sich zurzeit 500 Strafgefangene, darunter 30, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind. Der „Ausflug" der Gefangenen ins Freie mag wohl den Anstoß zu dieser „Sicherungsmaßnahme" gegeben haben. Wir haben vor nicht langer Zeit darüber berichtet, wie die Gefangenen in der Lichtenburg behandelt werden. Daß sie bei der elenden Behandlung „über Land" gehen, ist natürlich begreiflich. Das preußische Justizministerium weiß aber, was es den ängstlichen Großagrariern unserer Gegend schuldig ist. Es ordnet an, daß das alte Gemäuer eingerissen wird und eine neue Zwingburg ersteht. Auch diesen Streich machen die Sozialdemokraten mit. Alles für die Großagrarier.

Mühlberg. Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Karussellbesitzer L. zu einem Monat Gefängnis und der Maschinist L. zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Beide hatten fahrlässig den Tod des Tischlerlehrlings Hagemann verschuldet, der im Mai von einem Kettenkarussell stürzte und den Tod fand.

Liebenwerda. Als geschickte Ausbeuter kann man diejenigen Arbeitgeber bezeichnen, welche trotz Verfügung des Reichsarbeitsministers (vom Oktober 1926) bei der in Angestelltenkreisen herrschenden enormen Arbeitslosigkeit immer noch Doppelverdiener und dreifache Verdiener beschäftigen. Es handelt sich in erster Linie um weibliche Personen, welche mit mechanischen Arbeiten beschäftigt sind, also leicht ersetzt werden können.

Achtung, „Klassenkampf"-Leser!

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen den Abonnementsbetrag ein. Wer noch nicht bezahlt hat, erfülle umgehend seine Pflicht.

Arbeiter-Sport

7500 Touristenvereine in der USSR.

Auf Anregung des stellvertretenden Volkskommissars fand in Moskau eine Beratung statt, an der Vertreter der verschiedenen Volkskommissionen teilnahmen und wo die Fragen einer rationellen Organisation der Touristik erörtert wurden. Zur Uebernahme dieser Aufgaben wurde eine „Gesellschaft zur Förderung der Touristik" gegründet, deren Tätigkeit nach folgenden Richtlinien durchgeführt werden soll. In erster Linie sollen Exkursionen organisiert werden für die Arbeiterschaft, für die allgemeine und akademische Lehrerschaft. Die zweite Aufgabe der Gesellschaft ist, die die USSR. besuchenden ausländischen Touristen auf ihren Reisen behilflich zu sein. Weiter kommt die Durchführung und Organisation von Exkursionen russischer Arbeiter ins Ausland in Betracht.

Die Vorarbeiten für die Gesellschaft sind bereits von den Behörden unter Mitwirkung der staatlichen Wolga-Schiffahrtsverwaltung durchgeführt. Ein dreijähriger Arbeitsplan sowie ein finanzieller Vorschlag liegen bereits vor. Es ist im Laufe der nächsten drei Jahre die Organisation von 7500 Touristenheimen in Aussicht genommen, ebenso die Herausgabe einer Reihe von Führern über verschiedene Gegenstände der USSR., die bisher den breiten Touristenmassen unbekannt geblieben sind. Es wird auch eine Anzahl von Prospekten erscheinen mit Aufzählung der Punkte, wo Touristen gegen mäßige Bezahlung Unterkunft und Verpflegung haben können. Ebenso wird eine Reihe von bisher unbekannten Reiserouten über Karelien, den Murman, Ural, Nordrußland usw. ausgearbeitet.

Sportpolitische Rundschau

Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege teilt mit, daß die „DAZ." (Deutsche Arbeiter-Sportzeitung) mit der Nummer vom 15. 12 nicht mehr erscheint. Dagegen soll ab 15. Januar eine 20 Seiten starke Monatsschrift „Sportpolitische Rundschau" erscheinen. Ihr Inhalt soll teils sport-wissenschaftlich, teils sport-politisch sein. Die „DAZ.", das „Blatt ohne Not", soll also einer sportpolitischen Zeitschrift mit SPD.-Mitarbeitern weichen.

Marktkleinhandelspreise in Halle am 29. Dezember

Obst und Gemüse		
Ebbirnen	1 Pfd.	0,15—0,35 Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08—0,20 „
Kochäpfel	1 Pfd.	0,08—0,20 „
Eßäpfel	1 Pfd.	0,15—0,40 „
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,20 „
Bananen	1 Stck.	0,08—0,10 „
Weißkohl	1 Pfd.	0,08—0,9 „
Rotkohl	1 Pfd.	0,15—0,18 „
Grünkohl	1 Pfd.	0,12—0,15 „
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,12—0,15 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,30—0,70 „
Salat	1 Kopf	0,30—0,35 „
Mohrrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Rote Rüben	1 Pfd.	0,12—0,15 „
Kohlrabi	1 Stck.	0,04 -0,06 „
Zwiebeln	1 Pfd.	0,15 „
Selterie	1 Stck.	0,08—0,20 „
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40 „
Porree	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Fische		
Hechte	1 Pfd.	1,40 „
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50 „
Tal. ger.	1 Pfd.	3,50—4,00 „
Schellfisch	1 Pfd.	0,32 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Goldbarsch	1 Pfd.	0,40 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—0,90 „
Kabeljau	1 Pfd.	0,28 „

Schleie	1 Pfd.	2,00—2,20 Mk.
Heringe, Norw.	1 Stck.	0,05—0,06 „
Heringe, Schoten	1 Stck.	0,07—0,10 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,60 „
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60—0,75 „
Karpfen	1 Pfd.	1,40 „
Wild und Geflügel:		
Enten	1 Pfd.	1,00—1,20 „
Gänse	1 Pfd.	1,10—1,40 „
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,20 „
Tauben	1 Stck.	0,50—0,80 „
Fasanen	1 Stck.	2,00—4,00 „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,90—2,25 „
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50—1,80 „
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Wilde Kaninchen	1 Pfd.	0,90—1,00 „
Hasen im Fell	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Hasen, ausgenehm.	1 Pfd.	1,30—1,60 „
Sonstiges		
Butter, Molk.	1 Stck.	1,15—1,20 „
Butter, Bauern	1 Stck.	1,00—1,10 „
Quark	1 Pfd.	0,35 „
Käse	1 Stck.	4,10—0,20 „
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50 „
Kartoffeln	10 Pfd.	0,50—3,60 „
Kartoffeln, Meiere	10 Pfd.	0,80—1,00 „
Eier	1 Stck.	0,15—0,18 „
Zitronen	1 Stck.	0,08—0,10 „
Meerrettich	1 Stg.	0,20—0,40 „
Petersilie	1 Pfd.	0,50—0,70 „

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Rindfleisch:		
Kochfleisch	0,85—1,00 Mk.	
Bratenfleisch	1,10—1,20 „	
Gefrierfleisch	0,75—1,10 „	
Kalbfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10 „	
Bratenfleisch	1,10—1,30 „	
Hammelfleisch:		
Kochfleisch	0,85—1,00 „	
Bratenfleisch	1,00—1,20 „	
Schweinefleisch:		
Kamm und Kotletten	1,10—1,20 „	
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,00 „	
Ziegenfleisch	0,50—0,80 Mk.	
Rosskleisch	0,60—0,70 „	
Wurstwaren:		
Schlachtwurst	2,00—2,30 „	
Knackwurst	1,40—1,60 „	
Mettwurst	1,40—1,60 „	
Zervelatwurst	2,40—2,80 „	
Schinkenwurst	1,50—1,00 „	
Rotwurst, frisch	1,00—1,10 „	
Rotwurst, geräuch.	1,20—1,30 „	
Leberwurst, frisch	1,00—1,10 „	
Leberwurst, geräuch.	1,25—1,30 „	
Schinken, roh	1,80—2,00 „	
Schinken, gekocht	2,20—2,80 „	
Speck, fett, geräuch.	1,00—1,10 „	
Speck, mager, geräuch.	1,20—1,30 „	

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Fortdauer des meist heiteren Frostwetters, östliche Winde.

Für das übrige Deutschland: Im Nordwesten Temperatur um Null Grad und leichte Niederschläge, im übrigen Deutschland meist heiteres Frostwetter.

Briefkasten

Zur Bezirksparteischule liegt unter dem Namen Zetzschen eine Bemerkung ohne Orts- und sonstige Angaben vor. Wenn sich der betr. Genosse oder die betr. Parteileitung nicht hierauf melden, muß die Bemerkung in den Papierkorb wandern.

Bittersfeld. Besprechung zur LPP.-Feier konnte nicht mehr veröffentlicht werden. Notiz ging zu spät ein. Solche Ankündigungen gehören übrigens in den Versammlungskalender!

Hohenleipisch. K. H. Der Bericht über die Turnerveranstaltung mußte aus Raumgründen gekürzt werden. Nur überflüssige Bemerkungen wurden weggelassen.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Barnack, Halle a. d. S.

Sparsame Hausfrauen bevorzugen **Ritters Kaffee-Haushaltmischungen**
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig
1 Pfd. mit 20 Proz. Bohnenkaffee 90 ₰ 1 Pfd. mit 40 Proz. Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh. Georg Ritter, Gr. Steinstr. 76

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sömisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Am Donnerstag, dem 29. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Bureau der Bezirksleitung eine Sitzung der Agitprop-Abteilung statt, wozu alle geladenen Genossen bestimmt erscheinen müssen.

Halle, Stadtteil Zentrum. Freitag, den 30. Dezember, abends 7½ Uhr, in der „Goldenen Kette" wichtige Stadtteilleitungssitzung. Jeder Genosse muß erscheinen.

Halle. Abteilung 2, Süden. Alle Genossen, die in der KPD. und RFB. organisiert sind, heute abend 8 Uhr im „Thüringer Schloß" Fraktionssitzung.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Sieblen. Sonntag, 1. Januar, nachmittags 3 Uhr, wichtige Funktionärsitzung bei Kraneis. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Rose" wichtige Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen und jeder Genossin, in der Versammlung zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Freitag, 30. Dezember, beim Genossen Willi Müller, Mitgliederversammlung der Partei. Jede Genossin und jeder Genosse hat zu erscheinen.

Halle. Abteilung 1, Osten. Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, bei Hübner, Kurze Gasse, Abteilungspflichtversammlung.

Halle. Rote Jungfrau, Abteilung 2, Süden. Die für Donnerstag angesetzte Versammlung findet Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" statt. Funktionäre eine Stunde früher.

Halle, Abteilung 2, Süden. Alle KPD.-Genossen und Funktionäre heute abend 8 Uhr im „Thüringer Schloß" Sitzung. Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Merseburg

Merseburg. Alle Kameraden haben am Freitag, dem 30. Dezember, abends 8 Uhr, zur Vollversammlung in der „Stadt Leipzig" zu erscheinen.

Untergau Weißenfels

Kreischau. Freitag, 30. Dezember, abends 8 Uhr, bei Nöbel Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergau Sangerhausen

Artern. Sonntag, den 1. Januar, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung im „Gerthebaus". Erscheinen sämtlicher Mitglieder in Bundeskleidung wird zur Pflicht gemacht.

Untergau Wittenberg

Abteilung Wittenberg. Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Freitag, 30. Dezember, Generalversammlung. Alles muß erscheinen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, in der Kaffeeschenke Leitung, wichtige Tagesordnung. Jeder Ortsgruppenvorstand muß anwesend sein.
Zeitz. Freitag, 30. Dezember, 20 Uhr, Untergauleitungssitzung in der Kaffeeschenke. Wichtige Tagesordnung. Jeder Ortsgruppenvorstand muß anwesend sein.
Zeitz. Sonnabend, den 31. Dezember, Roter Kabarett-Abend des RFB. im Deutschen Haus, Zeitz-Ilse. Werbeabend und politische Satire.

Zörbig. Freitag, den 30. Dezember, 20 Uhr, bei Karbaum Versammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Tr. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner, Leipzig Nr. 14 971. Warenverteilstelle des RFB. Wilhelm Stöhel, Halle, Gr. Klausstraße 10.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abteilung 5, Zentrum, 15. Kameradschaft. Freitag, 30. Dezember, 20 Uhr, bei Fröhse Versammlung. Gruppenführer haben einzuladen.
Halle. Abteilung 5, Zentrum, Kameradschaft 1. Freitag, 30. Dezember, 20 Uhr, im „Pfälzer Schießgraben" Versammlung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau Halle, Gr. Steinstr. 16 II. pt. Teleph. 29151

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Westen. Freitag, 29 Uhr, in der Jugendherberge (Weingärten) Unterhaltungsabend. Musikspieler Instrumente mitbringen.
Halle. Gruppe Zentrum. Freitag, 20 Uhr, im Gesellenheim, Klosterstraße, Unterhaltungsabend. Musikspieler Instrumente mitbringen.
Halle. Gruppe Norden. Freitag, 20 Uhr, im „Adlerpark" Unterhaltungsabend. Musikspieler Instrumente mitbringen.
Halle. Am Sonnabend (Silvester) abend 8 Uhr Jahreswendfeier im Gesellenheim, Klosterstraße. Musikinstrumente mitbringen. Anschließend Nachtwanderung, gegen früh zurück.
Halle. Sonntag fällt die Halbtagesfahrt aus.
Halle. Sonntag abend 7,8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Brettspiele.
Ammendorf. Freitag, den 30. Dezember, Spielabend im Jugendheim.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Freitag, den 30. Dezember, Tischspielabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung I. Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Donnerstag abend 6 Uhr bei Wöhel, Unterberg, Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Halle. Freitag abend 6 Uhr in der Produktiv gem. Gruppenabend.
Halle. Sonnabend nachmittag 5 Uhr in der Produktiv Funktionärsitzung.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Prod. Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 29. Dezember 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 305

1½ Millionen Erwerbslose!

In 15 Tagen Zunahme von über 250000 — Nun erst recht: Achtstundentag, Lohnerhöhung und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 Prozent.

Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000, zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung „nur" 24,4 Prozent. Die Zahl der Krisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 Prozent zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 752 000 auf über 1 000 000 gestiegen, davon 150 000 Frauen. Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 240 000.

In Wirklichkeit sind diese Zahlen noch viel höher. Erstens fehlen die Ausgesteuerten, zweitens die „nicht als bedürftig befundenen" und drittens das große Heer der durch die Witterung lahmgelegten Bauarbeiter (Maurer, Schlosser usw.), die erst nach drei bis vier Wochen Unterstützung erhalten. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen beträgt demnach mindestens 1½ Million.

Was ist zu tun?

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. Dezember.

Die „Rote Fahne" schreibt: Die Zunahme der Erwerbslosigkeit ist ein Alarmruf an das deutsche Proletariat. Selbst der „Vorwärts" mußte zugeben, „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit taucht auf. Wir glauben, daß es gebannt werden könnte, aber wir wissen nicht, ob es gebannt werden wird." So stammeln hilflos die Reformisten. Als die Arbeiterschaft während der großen Konjunktur in den Betrieben war, als die Vorbedingungen für einen sicheren Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen gegeben waren, da waren es gerade die Reformisten, die jeden Tag predigten: Ein großer Streik bedroht die Konjunktur und bringt Arbeitslosigkeit mit sich. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit da, der Achtstundentag ist nicht erobert. Die Arbeiter haben, wie erst der gestrige Schiedsspruch eines sozialdemokratischen Schlichters zeigt, den Zehnstundentag und lumpige Pfennig Lohnzulage, also stehen vor neuem ungeheuren Elend. So wird die Niederlagenstrategie der Reformisten in ganz großem Maßstabe für die gesamte deutsche Arbeiterklasse sichtbar und fühlbar.

Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand:

Gerade weil neue Massenarbeitslosigkeit droht, gerade deshalb jetzt und sofort Organisierung des Kampfes um den Achtstundentag und höhere Löhne. Gerade deshalb Durchsetzung des Metallarbeiterkampfes im Ruhrgebiet. An Stelle der reformistischen Abwürgung des Kampfes ist die Mobilisierung der Arbeiter in allen Gewerkschaften und in allen Betrieben notwendig. Kampf gegen das rationalisierte Trustkapital, für den Achtstundentag und höhere Löhne!

Reformistische Sorge um das Wohl der Bourgeoisie

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. Dezember.

Gestern fand eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre statt. Dort erklärte Eggert vom ADGB. im einleitenden Referat:

„Die gewerkschaftliche Auffassung über den Wirtschaftsverlauf nach der Rationalisierung hat sich als durchaus richtig erwiesen. Die deutsche Wirtschaft vermag sich nur voll zu behaupten, wenn sie sich den modernsten Produktionsbedingungen anpaßt und in jeder Beziehung konkurrenzfähig wird."

Das Vorstandsmitglied des ADGB., der Delegierte zu der kapitalistischen Weltwirtschaftskonferenz, erklärt in dürren Worten ein hundertprozentiges Scharfmacherprogramm. Der heutige „Vorwärts" bringt in seinem langen Bericht über die Konferenz diesen Satz als einzigen in Fettdruck auf der ersten Seite. Daraus kann man sehen, daß die „Vorwärts"-Redaktion mit Eggert sich die größten Sorgen für die deutschen Kapitalisten macht über die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Trustkapitals. Die Sorge um den Achtstundentag und menschenwürdigere Löhne kennt man bei den Reformisten nicht.

...palt Luther will die Offiziere ...le-Polizei reinwaschen

...ademann wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt

...egen unseren Genossen ...rohung gegen hallische ...gericht am 25. Oktober ...t. Die Blamage der ...chlich, zumal die Offi... ...bwürdig vom Ge...

...5. Oktober wurde un... ...n Polizeimajor Fink ...orden waren, die Tat... Die Urteilsbegrün...

...auch der Oberstaats... ...gegen. Das freispre... ...iebe Staatsautorität, ...neswegs befriedigen. ...ch, daß der Freispruch ...ste. ...pt seines Amtes. Am ...„Weihnachtsgeschenk"

In der Strafsache gegen Lademann wegen Widerstands lege ich gegen das Urteil des Schöffengerichts hier vom 25. Oktober 1927 das Rechtsmittel der Berufung ein.

Berufungsrechtfertigung

Die Bedenken, die das Schöffengericht gegen die bestimmten Aussagen der Zeugen Fink, Kegel, Kaufmann, Reichardt, Kaiser, Herz und Keilhak vorgebracht hat, vermögen deren Glaubwürdigkeit nicht zu erschüttern. Die anderen Zeugen haben keine Tatsachen angegeben, die den Bekundungen der genannten Zeugen entgegenstehen. Sie haben nur dahin ausgesagt, daß sie die Worte des Angeklagten zwar gehört haben, aber dem Wortlaute nach nicht wiedergeben können. Das liegt daran, daß sie infolge des Tumultes — die Zeugen waren teilweise auch zu Pferde — die Worte nicht verstanden haben. Dafür, daß die Polizeibeamten unter Eid falsche Aussagen gemacht haben, weil sie bei einer früheren polizeilichen Vernehmung die gleichen Angaben gemacht haben, und zwar vor einem Dienstvorgesetzten zum Zwecke eines an den Herrn Minister des Innern zu erstattenden Berichtes, liegt kein Anhalt vor.

Bei richtiger Würdigung der Zeugenaussagen hätte eine Verurteilung des Angeklagten erfolgen müssen.

(gez.) Dr. Luther, Oberstaatsanwalt.

Die Berufungsbegründung ist an den Haaren herbeigezogen und wirkt daher lächerlich. Wichtiger ist,

die politischen Hintergründe der Berufung

festzunageln. Lademann muß verurteilt werden! Wie das geschieht, ist dem Klassenrichter Luther schnuppe. Aber nicht nur die Verurteilung Lademanns ist notwendig, sondern auch die „Ehrenrettung" der Polizeioffiziere, sie sind ja wertvolle Glieder der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Im preußischen Landtag läuft eine kommunistische Anfrage über das Verhalten der hallischen Polizei. Diese ist bis heute noch nicht beantwortet, sicherlich nur, weil bisher das Staatsministerium sehr schlecht um die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Fink und Genossen herumkam. Die Attacke Luthers soll der preußischen Koalitionsregierung die Stellungnahme erleichtern.

Die hallischen Polizeigewaltigen mitsamt ihrem Weihnachtsmann Luther, haben also ein sehr großes Interesse an der Verurteilung Lademanns, denn es gilt das eigene Renommee zu retten und die Regierung aus einer Klemme zu befreien. Für einen sozialdemokratischen Innenminister ist es ja immer unangenehm, wenn er im Interesse der Arbeiterschaft monarchistische Offiziere rügen muß.

Die Staatsanwaltschaft kennt den Ausweg. Die Berufungsverhandlung muß vor der Strafkammer erfolgen. Dort sitzen drei stimmberechtigte Richter, an deren erzreaktionärer Einstellung nicht zu zweifeln ist. Dafür wird Luther bei der Zusammenschiebung schon sorgen. Unter allen Umständen muß das Schöffengerichtsurteil umgestoßen werden. Daß das Luther doch keinen Trabanten vor der Strafkammer gelingt, ist bei der heutigen Klassenjustiz absolut nicht in Frage zu stellen.

Genosse Lademann erklärt uns nun zu der Berufung in seinem Prozeß etwa folgendes:

Ich bin freiwillig, ohne Aufhebung der Immunität, der Ladung zum Termin gefolgt. Die Methoden und Gemeinheiten der hal-

Selbstmordrekord in Deutschland

12000 bis 14000 Menschen jährlich in den Tod getrieben

Die Statistik der Todesursachen in Deutschland zeigt mit 12 000 bis 14 000 Selbstmorden im Jahre die höchste Verhältnisziffer zur Bevölkerung gegenüber fast allen Ländern der Erde. Auf 100 000 Menschen treffen in Deutschland jährlich durchschnittlich 23 Selbstmorde. Berlin steht an der Spitze aller Reichsgebiete mit der Höchstziffer von 45,4 Selbstmorden.

Diese Zahlen bilden eine krasse Anklage gegen die Herrschenden der deutschen kapitalistischen Republik. Täglich liest man — seit Jahren schon ist es das Auge gewöhnt — in den Zeitungen: **„Selbstmord beging..."** Dann ist es meistens ein junger oder alter Arbeitsloser, ein verhungerter Rentner, eine in entsetzlichem Elend befindliche, vor der Exmittierung stehende Familie. Immer wieder, in der überwiegenden Zahl der Selbstmordfälle, sind es **wirtschaftliche Ursachen**, die im heutigen Klassenstaat vollkommen zermürbte Menschen zum Gasschlauch oder anderen Arten des verzweiflungsvollen Selbsttötens greifen lassen.

Es ist nichts als Lüge zum Lobe der heutigen „gottgewollten Ordnung", wenn bürgerliche Blätter behaupten, die Selbstmordziffern seien nicht mit der Steigerung des Massenelends in die Höhe geklettert. In den Zeiten der größten Wohnungs- und Arbeitslosigkeit sind stets die höchsten Selbstmordziffern festzustellen: Unzählige Selbstmorde, die unter der Rubrik „Liebeskummer" und ähnlichem gehen, sind auf wirtschaftliche Not zurückzuführen, wobei der niederträchtige Abtreibungsparagraph 218 noch seine besondere Rolle mitspielt, junge proletarische Menschen in den Tod zu hetzen.

Beim statistischen Vergleich mit gefährlichen Krankheiten ergibt sich, daß an Blinddarmentzündung, Magenkrankheiten, Frauenkrankheiten, Tuberkulose (ausschließlich die in Proletarierkreisen so zahlreich vertretene Lungentuberkulose), Genickstarre, Ruhr, Diphtherie, Scharlach und Typhus im einzelnen **nicht so viele Menschen in Deutschland starben, wie die Zahl der Selbstmörder ist.**

Die Sprache dieser Zahlen ist eine erschütternde Anklage gegen die herrschende unmenschliche Ausbeutungsgesellschaft. Sie ist eine revolutionäre Mahnung, die Verzweiflung dieser 14 000 jährlich in den Tod getriebenen Menschen zu beenden durch den Sturz des kapitalistischen Staates.

Stillegung bei Lindner, Ammendorf?

400 Entlassungen am 13. Januar

Nachdem wir bereits vor einigen Tagen über die Stillegungsverhandlungen bei Lindner, Ammendorf, berichteten, hat jetzt eine erneute Verhandlung mit der Regierung in Merseburg stattgefunden, die folgende Regelung festgesetzt hat: Bis zum 12. Januar wird die Belegschaft so arbeiten wie bisher. Ab 13. Januar kann die Direktion 400 Arbeiter entlassen. Als Begründung für den Entlassungsantrag gab die Direktion Absatzmangel an.

Das sind ernste Zeichen der kommenden Krise. Rüstet zur Abwehr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271229-11/fragment/page=0013